

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 22 und 23.

Eingetretener Umstände halber Doppelnummer.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 24. Mai bis 6. Juni 1907.

Posen, den 11. Juni 1907.

B e r i c h t
über den Verlauf der am 27. d. Mts. abgehaltenen Versammlung der Vertrauensmänner des Vereins „Straz“ für die Stadt Posen.

Im Gartensaal des polnischen Gewerbehause, Wilhelmplatz 18, hatten sich von 115 Vertrauensmännern der Straz für die Stadt Posen nur 34 eingefunden. Der Starost, Rentier Anselm Smisniewicz, eröffnete die Versammlung um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr mit dem Straz-Grüße „Czuj duch“! Er äußerte sein Bedauern über die geringe Beteiligung und gab darauf die nachstehende Tagesordnung bekannt:

1. Ablieferung der Beiträge an den Kassierer.
2. Verlesen des Protokolls der am 5. Mai 1907 abgehaltenen Straz-Versammlung.
3. Wahl eines Starosten.
4. Laufende Sachen.
5. Anträge.
6. Schluß.

Zu Punkt 1.

Von den anwesenden Vertrauensmännern sind dem Vereinskassierer, Kaufmann Pfitzner, 169,50 Mk. Beiträge eingehändigt worden.

Zu Punkt 2.

Das von dem Schriftseher Winiewicz verlesene Protokoll über die am 5. Mai er. abgehaltene Versammlung des Straz-Vereins für die Altstadt Posen wurde von den Anwesenden für richtig befunden und angenommen.

Zu Punkt 3.

Smisniewicz: Mangel an Zeit gestatte ihm nicht, das Amt eines Starosten noch länger zu behalten. Er rate den Vertrauensmännern, einen Kandidaten aussindig zu machen, der weniger abhängig sei. Er, Smisniewicz, wolle natürlich dem Strazvereine seine Dienste für die Zukunft keineswegs vorenthalten und sich nach Kräften bemühen, für das Wohl der so notwendigen Organisation einzutreten.

Redakteur Chocizewski: Der Starost sei erst einige Monate in seinem Amte tätig und werde, wenn seine Zeit auch knapp bemessen sei, immer noch genug für die Straz wirken können; er solle doch bedenken, daß der Vereinigung nichts mehr schade, als der fortwährende Wechsel der Personen, welchen die wichtigsten Vertrauensstellen übertragen worden seien. Es werde schwer halten, einen passenden Starosten zu finden. von Rzepecki habe nach kurzer Wirksamkeit

sein Amt niedergelegt, Herr Smisniewicz wolle nun seinen Posten auch wieder verlassen. Wozu solle das führen! Er bitte S., wenigstens 1 Jahr lang Starost zu bleiben.

Smisniewicz erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die weitere Beibehaltung des Starostenamtes, willigte jedoch ein, so lange auf seinem Posten zu verharren, bis man einen geeigneten Ersatzmann gefunden haben würde.

Nach langer über diesen Punkt der Tagesordnung geführter Diskussion wurde auf Antrag des Vertrauensmannes Winiewicz beschlossen, Ende Juni eine Versammlung einzuberufen, in welcher der neue Starost gewählt werden soll.

Zu Punkt 4.

Smisniewicz: Man höre oft sagen, die Straz sei mangelhaft organisiert. Wer derartiges behaupte, führe sich und andere irre. Er weise hier hin auf die einzelnen Sektionen, die Starosten, Kommissare, Rednerschule und auf das unter der Leitung des Dr. Jaworski stehende Bureau. Die wohlgeordnete Organisation sei da, aber es fehle an emsigen und pflichttreuen Arbeitern, die für den Ausbau des angefangenen Gebäudes Sorge trügen. Wenn die maßgebenden Faktoren der Straz die ihnen auferlegten Pflichten gewissenhaft erfüllen wollten, dann wäre es nicht nötig, an eine Reorganisation des Vereins zu denken. Der ganze Apparat der Straz sei ohne Zweifel gut angelegt, nur die in der Vereinigung tätigen Kreise hätten begonnen, sich zu lockern. Die Hauptschuld daran trügen die Kommissare; diesen allein sei es zuzuschreiben, daß man nunmehr an eine Reorganisation herangehen müsse. Von 115 Vertrauensmännern der Stadt Posen erfüllten nur 34 ihre Pflicht treu und gewissenhaft. In der letzten Versammlung habe man aus dem Munde des Kassierers erfahren müssen, daß die Beiträge um 1000 Mark zurückgegangen seien. Das solle die Strazler aber noch keineswegs mutlos machen, sondern sie anspornen, um so eifriger zu arbeiten; das Verlorene müsse auf alle Fälle wieder eingeholt werden. Jeder solle es sich zur Hauptaufgabe machen, neue Mitglieder zu werben.

Weshalb erfüllten denn die Kommissare ihre Pflicht nicht so, wie sie es sollten? Manche von ihnen halte die Angst vor dem Boykott zurück. Andere wiederum seien leichtsinnig und hätten viel zu wenig Interesse an der Sache. Sie würden sich zur Erfüllung ihrer Pflichten sehr wohl verstehen, wenn man ihnen für

ihre Mühewaltung gut bezahlte. Dazu habe der Verein aber doch kein Geld. Das Schlimmste bei der ganzen Sache sei die Einziehung der Beiträge. Da heiße es Trepp auf, Trepp ab zu gehen — und vor dieser Arbeit scheuten sich die meisten. Manchen Vertrauensmännern sei es peinlich, ohne Geld in die Versammlung zu kommen, sie legten die Beiträge aus ihrer Tasche aus und bekämen sie nicht wieder ein. So gebe es der Gründe, welche die Kommissare nutzlos machten und sie ihre Pflichten vernachlässigen ließen, noch viele, er, Redner, wolle aber absehen, diesen Gegenstand hier noch weiter zu erörtern.

Mikolajczak: Viele Bürger sträubten sich, der Straz beizutreten. Die Kommissare sollten sich diese Leute notieren und sie in den Versammlungen namhaft machen. Auch die Presse müsse mehr für die Ausbreitung der Straz sorgen. Wenn man sich eine derartige Peitsche drehen werde, dann, das sei seine Ansicht, werde man Hunderte von Saumseligen für die Organisation fangen.

Smisniewicz: Er danke für die schätzbaren Fingerzeige; in den nächsten Versammlungen solle dieser Sache näher getreten werden.

Antkowiak: Den meisten Schaden hätten der Straz die Zeitungen zugefügt; ihrer über den Verein geübten scharfen Kritik sei es zuzuschreiben, daß sich die polnische Gesamtheit von der Straz fern halte.

Chociszewski, Redakteur des Postemp: Die Vorwürfe des Vorredners seien unberechtigt. Die Zeitungen müßten Kritik üben, wäre das hinsichtlich der Straz unterblieben, dann würde es heute um den Verein noch trauriger bestellt sein. Der größte Teil der polnischen Presse sei der Straz zugetan und habe sich wiederholt für sie ins Zeug gelegt.

Pfizner: Der Hauptvorstand habe beschlossen, Beitragskarten, ähnlich den Invalidenkarten, herstellen zu lassen. Die Beitragsmarken, à 25 Pfg., würden in jedem Jahre eine andere Farbe haben. Die Beitragskarte sei so eingerichtet, daß sie für 5 Jahre ausreiche, sie habe außer dem bereits erwähnten Zwecke noch die Aufgabe, den Besitzern als nationaler Paß zu dienen.

Dem Herrn Starosten könne er den Vorwurf nicht ersparen, daß er sein Amt vor der Reorganisation niederlege, es sehe das so aus, als ob er sich vor der Arbeit „drücken“ wolle.

Smisniewicz: Lediglich seine Abhängigkeit zwinge ihn, das ihm übertragene Ehrenamt niederzulegen, vor der Arbeit scheue er sich durchaus nicht.

In der letzten Versammlung sei von einem Vertrauensmanne beantragt worden, ein Sommerfest von vereinswegen zu veranstalten. Der Vorstand habe die Sache rundweg abgelehnt.

Der Kommissar des Vereins Straz, Wleklinski, habe in der Versammlung am 5. Mai die polnische Jugend gebrandmarkt, welche die für die deutschen Katholiken bestimmte Franziskanerkirche besuche, und den Antrag gestellt, die Straz möge Flugblätter verteilen lassen, durch welche die polnisch-katholische Bevölkerung zur Einstellung des Kirchenbesuchs in der Franziskanerkirche aufgefordert werden solle. Auch diesem Antrage sei seitens des Vorstandes kein Gehör geschenkt worden.

von Rzepecki: Die Straz könne sich um derartige lokale Sachen nicht kümmern. Er wisse ein anderes erfolgreiches Mittel, durch das man dem Besuche der Franziskanerkirche entgegentreten könne. Da sollten sich einfach 10—15 Mann vor den

Eingang der Kirche stellen und die polnischen Besucher auf den Fehler aufmerksam machen, ihnen etwa sagen: „Wißt ihr denn nicht, wo eure Kirche ist; was habt ihr hier zu suchen!“ — Der überwachende Beamte werde sich das, was er, v. Rzepecki, jetzt gesagt, wohl ganz genau notieren, das schade jedoch nichts, der von ihm erteilte Rat enthalte ja nichts Strafbares.

Wer an dieser Aktion teilnehmen wolle, der möge sich am Sonntag um 3/4 11 Uhr im Koppeschen Lokale einfinden.

Zu Punkt 5.

Auf Antrag des Vertrauensmannes Winiewicz wurden 5 Kommissare bestimmt, die sich mit der Frage der Kandidatur des neuwählenden Starosten befassen sollen.

Aus der Mitte der Versammlung wurde gegen Herrn von Koscielski der Vorwurf erhoben, daß er sich um die Versammlungen der Kommissare gar nicht kümmere. Überall — so führte Winiewicz aus — sei v. K. zu sehen, wenn es aber gelte, für sein eigenes Werk etwas zu tun, erscheine er nicht.

von Rzepecki: Herr von Koscielski sei schwer herzleidend, er müsse sich schonen; man solle von einem so bejahrten Manne nicht zu viel verlangen.

Antkowiak stellte den Antrag, der Hauptvorstand solle dafür Sorge tragen, daß in der Presse öfter Artikel über die Erhaltung und Förderung der Reinheit der polnischen Sprache erschienen.

Um 11 1/2 Uhr nachts erreichte die ruhig verlaufene Versammlung ihr Ende.

Böhm er,
Kriminal-Kommissarius.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 119 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. Mai 1907:

Die Antwort des Heiligen Vaters.

Geehrte Redaktion!

Ich übersende in der Anlage die heute aus Rom eingegangene Antwort auf die in der letzten polnisch-katholischen Versammlung in Posen, deren Leiter zu sein, ich die Ehre hatte, beschlossene Adresse. Die Antwort lautet in der Übersetzung:

Rom, Vatikan, den 14. Mai 1907.

Hochgeehrter Herr!

Es gereicht mir zur Ehre, Euer Hochwohlgeboren im Auftrage Seiner Heiligkeit des Papstes mitzuteilen, daß der Heilige Vater die ihm von dem Vertreter des Komitees der katholischen Versammlung während der diesem erteilten Audienz zu Füßen gelegte, volle Anhänglichkeit aussprechende Adresse der polnischen Katholiken mit besonderem Wohlwollen entgegenzunehmen geruht hat.

Die in derselben zum Ausdruck gebrachten Gefühle von Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Stuhle und der hochwürdigen Person des Stalt-halters Christi sind dem väterlichen Herzen Seiner Heiligkeit unermesslich lieb; indem er auch die unerschütterliche Treue des polnischen Volkes zur Kirche lobt, vergißt er nicht in den heutigen schweren Zeiten die Bedürfnisse dieses so großen Teils seiner Herde.

Indem der Heilige Vater allen diejenige Ruhe und Überlegung empfiehlt, die zur Lösung schwierigster und verworrenster Angelegenheiten so sehr beiträgt, erteilt er mit besonderer Liebe sowohl Euer Hochwohlgeboren, als auch jenen, die die Adresse unterzeichnet haben und allen, die ihnen teuer sind, seinen apostolischen Segen als Unterpfand himmlischen Trostes.

Geistlicher Adam Sapieha,

Wirklicher Geheimkammerer Seiner Heiligkeit.

Die vorstehenden Worte werden allen Versammlungen teilnehmen genügend verständlich sein. Meinerseits erlaube ich mir, folgende Bemerkungen hinzuzufügen:

Vorstehende Antwort wurde mir durch Monsignore Sapieha direkt vom Heiligen Vater zugesandt, als ein Akt nicht politischer, sondern religiöser Natur; außerdem ist sie ein Beweis dafür, daß sie ihr Entstehen dem persönlichen Gefühl des Heiligen Vaters verdankt. Die Tragweite und die Bedeutung dessen, daß der Heilige Vater „die unerschütterliche Treue des polnischen Volkes zur Kirche lobt, daß er in den heutigen schweren Zeiten die Bedürfnisse dieses so großen Teils seiner Herde nicht vergißt“, daß er weiter bei Übersendung seines Segens an alle, die die Adresse unterschrieben haben, die Wendung gebraucht, daß der Segen auch jene betrifft, „die ihnen teuer sind“, spricht klar zu jedem Herzen und wird einen Beweis dafür bilden, daß der Heilige Stuhl unsere unwiderrüflichen Bedürfnisse bei der religiösen Erziehung unserer Kinder anerkennt und wird auch zugleich ein Unterpfand und eine Bürgschaft dafür sein, daß von ihm unaufhörlich Gerechtigkeit gefordert werden wird.

Niezychowo, den 23. Mai 1907.

Roman Komierowski.

Aus Nr. 123 des Orędownik (Posen)
vom 1. Juni 1907:

Betrifft die gegenwärtige Lage der Schulangelegenheit.

Unsere ganze Presse veröffentlichte in ihrer Sonntagsausgabe den Brief des Fürsten Sapieha in Rom, welcher den apostolischen Segen enthielt, den der heilige Vater allen denen erteilte, die in der großen polnisch-katholischen Volksversammlung in Posen erschienen waren, und zwecks Stellungnahme der Germanisierung in der Schule und Kirche gegenüber die bekannte Adresse an den heiligen Vater beschlossen. Man kann dreist sagen, daß das eine Versammlung der polnischen Allgemeinheit, ein Generalkongreß war, in welchem die polnische Gesellschaft als ein einmütiges Ganzes ihre edelsten Gefühle und erhabensten Gedanken zum Ausdruck brachte, in welchem sie laut und rückhaltslos ihren Grundsatz aussprach und gegen die Germanisierung durch Schule und kirchliche Anstalten energig protestierte. Diesen unseren Gefühlen und Gedanken, diesem unseren Grundsatz und dem hieraus entspringenen Proteste hat der heilige Vater seinen apostolischen Segen erteilt.

Die Form des Briefes des Monsignore Sapieha ist vielleicht nicht so ausgefallen, wie dies sich manches wärmere Herz gewünscht hätte, doch wer die politischen Verhältnisse, in welchen sich der Vatikan zur Zeit befindet, berücksichtigt, der wird verstehen, daß auch der heilige Vater nicht alles das, was ihm am Herzen liegt, was ihn schmerzt und bedrückt, zum Ausdruck bringen kann. Wir müssen daher den Inhalt des Briefes betrachten, und das unterstreichen, daß der heilige Vater der Protestversammlung tatsächlich seinen Segen erteilt hat. Dies ist unser sittlicher Erfolg.

Augenblicklich müssen wir uns über unsere Lage Rechenschaft ablegen, wir müssen dies umsomehr tun, als uns einerseits von der Fortdauer des Schulstreiks, andererseits von dem Nachlassen der widerpenstigen Eltern und Kinder unter dem Drucke der immer größer werdenden Lasten und Geldstrafen berichtet wird. Wie verhält sich die Sache?

Gegen uns haben alle drei Teile der Staatsgewalt erklärt: die Regierung, die Gerichte und die gesetzgebenden Körper. Sittlich haben sich die kirchlichen Behörden, sowie die örtliche Obrigkeit (das Rundschreiben des verstorbenen Herrn Erzbischofs von Stabłowski) und jetzt das Oberhaupt der Kirche auf unsere Seite gestellt; außerdem ist unsere Geistlichkeit Hand in Hand mit dem Volke gegangen.

Die Staatsbehörden können mit Hilfe der sittlichen Mittel mit dem polnischen Volke nicht fertig werden und haben sich entschlossen, ihren Willen dadurch durchzusetzen, daß sie die materielle Seite der Gesellschaft angreifen.

Und es hat keinen Zweck, die Wahrheit zu verbergen, daß dies in vielen Fällen den von der Regierung erwünschten Erfolg davonträgt. Wir wiederholen: in vielen Fällen, aber nicht überall, denn alle Augenblicke erhalten wir Briefe, in denen mitgeteilt wird, daß der Streik trotz der ungeheuren Strafen fort dauere. Man braucht kein überaus großer Prophet zu sein, um zu wissen, daß die Händelei der Regierung mit dem Volke und den Kindern des Volkes noch lange, sehr lange dauern wird, obwohl zweifelsohne der Streik stufenweise zurückgehen wird. Wir haben nicht die Absicht, über die Zukunft des Streiks zu schreiben, denn wenn wir auch nicht unsere persönlichen Wünsche, sondern die greifbarsten Sachen, die Wendung, welche die Angelegenheit ohne Zweifel nehmen wird, darstellen würden, so würden wir uns der Gefahr des Einschreitens der Staatsanwaltschaft aussetzen.

Angesichts dessen hören wir auf, unsere Volksgesamtheit darüber zu informieren, was in einigen Gemeinden geschieht, wo sich die Eltern entschieden haben, infolge materieller Ohnmacht nachzugeben. Es ist uns mündlich und schriftlich mitgeteilt worden, daß die Eltern, die dem physischen Übergewicht der Staatsbehörden unterliegen, um jeden Preis der polnischen Volksgesamtheit und der preussischen Regierung gegenüber ihren moralischen Standpunkt dokumentieren wollen, indem sie einen Protest niederschreiben, in dem sie ihrer moralischen Überzeugung Ausdruck geben und gleichzeitig bemerken, daß sie ausschließlich wegen ihrer materiellen Ohnmacht gegenüber der Regierung und den Strafmitteln nachgeben.

Wir heben besonders scharf hervor, daß in diesem Falle die Initiative aus dem Volke hervorgegangen ist, das sich den Unterschied zwischen der physischen und moralischen Ohnmacht genügend klar gemacht hat und, indem es unter den rücksichtslosen Repressalien nachgibt, den Mut und seine Grundsätze nicht aufgibt.

Wir sehen also, daß dort, wo es den Staatsbehörden gelingt, mittelst des physischen Übergewichtes den Streik zu brechen, die Regierung insofern einen moralischen Erfolg nicht davonträgt, als die polnische Bevölkerung der moralischen Unterdrückung nicht unterliegt, worauf es unseren Gegnern so sehr ankommt.

Diese Gegner haben vergessen, daß das letzte Jahr des Kulturkampfes unser Volk politisch derart reif gemacht hat, daß es heute über manche Sachen vollständig klar ist, über welche es sich noch im vorigen Jahre nicht die geringste Rechenschaft abgelegt hat. Daher hat auch unser Volk die Fähigkeit zu kritisieren, sich schnell in seiner Lage zu orientieren und scharf in

die Zukunft zu blicken. Das ist vom politischen Standpunkte aus unser größter moralischer Erfolg.

Und der Erfolg der Regierung? Das desorganisierte Volksschulwesen. Denn wenn es den Staatsbehörden gelingen würde, in kürzerer oder längerer Zeit durch den Kampf mit den Eltern und Kindern den Streik endgültig zu beseitigen, so bleibt doch immer noch die Tatsache bestehen, daß sich zwischen dem polnischen Hause und der deutschen Schule Verhältnisse herausgebildet haben, welche das preussische System so bald nicht wird bessern können. Die auf dem Gebiete des Schulwesens betriebene germanisatorische Politik hat eine entschiedene moralische Niederlage erlitten. Vielleicht wird die Volksschule in stande sein, in Zukunft den Wissensschatz der jungen Nachkommenschaft um einige Duzend deutscher Ausdrücke mehr zu „bereichern“ als es bisher der Fall gewesen ist. Dem preussischen Systeme war es doch aber um etwas anderes zu tun — es handelte sich bei ihm um das polnische Herz, um die polnische Seele.

Dieses Herz und diese Seele werden auch fernerhin zu uns, zur polnischen Gesamtheit gehören — nur mit dem Unterschiede, daß sie mit uns eng verbunden sein werden, nicht wie bisher durch halbes, sondern durch volles nationales Selbstbewußtsein und durch bürgerliche Selbsterkenntnis.

Aus Nr. 22 der Praca (Posen)

vom 2. Juni 1907:

Im Anschluß an die Veröffentlichung des Herrn von Komierowski aus Niezychowo führt die Praca aus:

Unserer Meinung nach verrät Herr von Komierowski zuviel Subtilität. Wie schwierig die Lage des apostolischen Thrones unserer Frage gegenüber ist, wissen wir wohl. Andererseits scheint es uns aber, daß angesichts der Millionen leidender Schäflein eine klare Antwort nicht nur am Platze, sondern durchaus notwendig gewesen wäre.

Diese fehlt noch. Und die vorliegende Antwort kann unsere Volksgesamtheit, die eine andere Stimme vom Stuhle des hl. Petrus erwartet hat, nicht befriedigen.

Aus Nr. 121 des Lech (Gnesen)

vom 30. Mai 1907:

Die Antwort des Heiligen Vaters auf die zu seinen Füßen niedergelegten Befundungen der Treue, beschlossen in der Posener Protestversammlung, hat in den denkenden Kreisen unserer Gesamtheit tiefe Bestürzung hervorgerufen. Eigentlich war das keine Antwort des Heiligen Vaters, sondern eine Mitteilung des Fürsten Sapieha darüber, was der Heilige Vater über unseren in Verteidigung des heiligen Glaubens geführten Kampf denkt. Angesichts dessen ist die Entzückung, in welche der päpstliche Kammerherr von Komierowski verfallen war, schwer zu verstehen; denn v. K. bemüht sich, unserer Gesamtheit einzureden, daß der Brief des Fürsten Sapieha etwas enthalte, was wir aus ihm absolut nicht herauslesen können.

Vor allem haben wir gar nicht erfahren, was das Haupt unserer Kirche über das Lehren der Grundsätze der Religion in einer fremden, unverständlichen Sprache denkt, und das sollte eine 4 Millionen zählende Gesamtheit erwarten, die doch schon ungeheuere Opfer dargebracht, indem sie den Grundsatz verteidigt hat, welcher durch die heilige Kirche verkündet wird: daß die Religion in der Sprache des Volkes (lingua vernacula) gelehrt werden sollte. Die preussischen

Gerichte deuten diesen Grundsatz nach ihrer Auffassung, und wir wissen nicht, woran wir uns halten sollen: ob der Beschluß des Tridentiner Konzils ein unumstößlicher Grundsatz der katholischen Kirche ist, oder ob sich die Kirche mit der Deutung des Grundsatzes durch die protestantischen Gerichte einverstanden erklärt.

Unsere Zweifel in dieser Beziehung zerstreut der Brief Sapiehas nicht mit einem Worte, und darauf beruht sein ganzer Wert in negativer Bedeutung. Wir wundern uns nur, daß keins unserer Blätter die Aufmerksamkeit darauf gelenkt hat und daß alle sowohl das Schreiben Sapiehas wie auch die Bemerkungen v. Komierowskis ohne jede Kritik wiedergegeben haben. Wir wissen nicht, welchem Umstande das zuzuschreiben ist. Wir erhielten zahlreiche Korrespondenzen, welche ihr tiefes Bedauern darüber ausdrücken, daß uns Rom so sehr vorsichtig geantwortet hat.

Aus Nr. 125 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 4. Juni 1907:

Das Ende des Schulstreiks?

So oft bei uns angefragt wurde, wann endlich der Schulstreik enden wird, antworteten wir, das sei nicht bekannt, denn wir kennen die Absichten der Beteiligten nicht genau, von denen das Bestehen des Streiks abhängig ist; hält es doch schwer, davon zu sprechen und zu denken, denn die Staatsanwaltschaften machen jede freiere Diskussion in dieser Hinsicht unmöglich in der Annahme, daß jede Diskussion dieser Art eine strafbare Anregung zum Streik sei.

Wenn diese Furcht nicht vorhanden wäre, so wäre die Sache schon längst beigelegt. Daher hängt die Beilegung des Streikendes nicht in erster Linie von uns ab. Wir haben ihn nicht hervorgerufen, wir nehmen seine Beendigung als Tatsache in das Inventar der laufenden politischen Fragen auf.

Als am Sonnabend in der „Germania“ ein Schreiben erschien, welches ein mögliches Ende des Streiks voraussieht, wurde von vielen Seiten erklärt, es sei noch eine große Frage, ob die „Germania“ und die Verfasser dieser Artikel nicht einen Prozeß haben werden; wir aber gaben diese Schreiben, wie es unsere Pflicht war, mit einer gewissen Schüchternheit wieder, und wir knüpften daran eine entsprechende Bemerkung, damit wir zu den Tausenden von Strafen und Kosten nicht noch neue hinzuzufügen brauchten.

Daß die Erklärungen der Gemeinden, die in der „Germania“ das Wort ergriffen haben, mit unserer Bemerkung in katartischen Kreisen unlieb aufgenommen wurden, ersehen wir daraus, daß jene Schreiben und unsere Bemerkung mit Grabesstille verschwiegen wurden, während man erwarten durfte, daß vor allem der Mentor des hiesigen Katakismus einen triumphierenden „Sieges“-Ruf angesichts der berechtigten Resignation auf die bisherige scharfe Form des Streikkampfes erheben wird.

Es müßte denn die vom „Posener Tageblatt“ an dem Franzosen Herrn Huret gemachte Errungenschaft dem Blatte den Kopf verdreht haben, daß es eine so wichtige Tatsache, wie die mögliche Beendigung des Schulstreiks mit völligem Stillschweigen übergangen hat.

Wir sind überzeugt, daß es den Verlust oder die Unaufmerksamkeit bald wieder gut machen und El ins Feuer gießen wird, um die Schließung des Friedens, wenigstens eines ehrenvollen Friedens, nach Möglichkeit zu verhindern.

Wir sind anderer Meinung. Wie wir schon am Sonnabend unsere Freude über die Friedensaussichten

ausdrücken, so wiederholen wir auch heute unsere Worte mit ganzer Aufrichtigkeit.

Wir werden der weiteren Entwicklung der so schwierigen und heißen Angelegenheit mit Ruhe und mit einem guten Gewissen entgegensehen; vor allem aber hoffen wir, daß die Behörden endlich aufhören werden, die freie und ungebundene Diskussion zu erschweren. Daß diese auch unsererseits mit vollkommener Ruhe geführt werden muß, das verlangt der politische Verstand. Zeigen wir doch einmal, daß wir an diesem Verstand in den so schweren Prüfungen zunehmen!

Wir haben zur Verwunderung der ganzen Welt gekämpft, wir gehen aus dem Kampf ehrenvoll hervor. Die Vorsehung wird uns den Verlust in entsprechender Weise ersetzen, und die Verluste sind ja andererseits nicht so groß in anbetracht der großen moralischen Gewinne.

*

Die im Voranstehenden angedeutete, dem in der „Germania“ veröffentlichten offenen Schreiben beigelegte Bemerkung des Dziennik Poznański lautet:

Diese wichtige Erklärung eröffnet die Aussicht auf Beilegung einer der brennendsten aktuellen Fragen. Möchte die Hand glücklich sein, die diesen Schritt getan in der Hoffnung, daß er nicht nur einseitig bleibt.

Aus Nr. 125 des Postep (Posen)

vom 4. Juni 1907:

Betrifft den Schulstreik.

Wer das voranstehende Schreiben durchgelesen hat, der erfährt aus ihm, daß die Väter der genannten Ortschaften ihren Kindern gebieten, den Streik in Sachen des Religionsunterrichts einzustellen. Sich mit dem so wichtigen Schritt einverstanden erklärend, führen sie die Gründe an, weshalb sie das tun, sie geben nämlich einfach der Übermacht und Überlegenheit der Schulbehörde nach, denn es ist ihnen unmöglich, weitere Strafen und die daraus entstehenden Lasten zu tragen, die ihnen der Schulinspektor androht. Die Schulbehörden drohen in letzter Zeit größere Strafen schon nicht mehr den Kindern, sondern unmittelbar den Eltern zwecks Unterdrückung des Streiks an.

Was soll man jetzt von dem Verhalten der Väter in den genannten Ortschaften denken? Die nackte Wahrheit dürfen wir in der Schulstreikfrage nicht mehr schreiben, da unserer sofort Prozesse warten, wir können daher nicht aussprechen, was unser Herz und unsere Seele fühlt. Wir stimmen jedoch dem Standpunkt bei, der in dem Briefe der genannten drei Gemeinden ausgedrückt wird, denn wenn sie vor der Übermacht weichen, so tun sie es mit dem Protest im Munde, daß ihrem Gewissen und den Grundsätzen der Kirche unrecht getan wird.

Wir schreiben schon vor den Pfingstfeiertagen, daß infolge der nicht nur den Kindern, sondern auch den Eltern auferlegten größeren Strafen der Schulstreik werde eingestellt werden müssen. Auch heute wiederholen wir dies, denn einen andern Ausweg aus dieser Angelegenheit sehen wir nicht. Der genannte offene Brief enthält noch gewisse diplomatische Wendungen, wie z. B.: um der Schulbehörde Zugeständnisse zu ermöglichen, deshalb treten sie (die Väter) vom Schulstreik zurück. Was für Zugeständnisse dies sein sollen, wissen wir nicht, es müßte denn sein, daß zwischen der preussischen Regierung und Kom. Unterhandlungen stattfinden. Wir erwarten von der preussischen Regierung keine großen Zugeständnisse.

Wenn wir unsere Sache nicht durchsetzen konnten, so mögen jetzt die Eltern zu Hause ihre Kinder die Glaubenswahrheiten in der Muttersprache lehren. Wir werden in dieser Angelegenheit das Wort noch wiederholt ergreifen müssen. Für heute nur die wenigen Worte.

Aus Nr. 125 des Wielkopolanin (Posen)

vom 4. Juni 1907:

In Sachen des Schulstreiks.

Aus dem offenen Briefe erhellt, daß die Familienväter vor den angedrohten Strafen weichen, die bei der heutigen Strömung niemand von ihnen abzuwenden vermöchte, gleichzeitig verwahren sie sich aber gegen die Annahme, daß sie in Sachen des Religionsunterrichts ihre Überzeugung geändert hätten, — desgleichen legen sie gegen jeglichen Zwang in dieser Angelegenheit entschieden Protest ein. Die Familienväter weichen einzig vor der Übermacht, sie behalten sich aber die Freiheit vor, ein Verbot von neuem zu erlassen, sofern die Schulbehörde nicht willens wäre, ihre berechtigten und begründeten Rechte zu berücksichtigen.

Unseres Erachtens dürfen die anderen Schulgemeinden, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, ebenso verfahren, und es wird ihnen dies niemand übelnehmen.

Ein solches Verhalten ist keineswegs ein Zeichen geistigen Verfalls. Wir haben genügend gezeigt, welcher Geist die ganze Nation von den Jüngsten bis zu den Ältesten beseelt, aber zwecks Strafen zu ertragen, sich Bestrafungen, sogar Gefängnisstrafen gegenüber einer Übermacht auszuweichen, halten wir für nutzlos.

Was wir gewollt, haben wir erreicht, — die Regierung weiß, daß die ganze Nation gleicher Überzeugung ist, und daß alle ohne Unterschied des Standes zur Verteidigung der höchsten Güter bereit sind.

Die Staatsbehörden sollten loyal vorgehen — so wie die Väter der genannten Gemeinden offen aufgetreten sind.

Aus Nr. 124 des Lech (Gnesen)

vom 4. Juni 1907:

Ein Ausweg.

Es wird uns geschrieben: Tagtäglich erinnern die Behörden neue Mittel, um den Schulstreik zu brechen. Auf Schritt und Tritt macht sich uns die gepanzerte Faust fühlbar. Gefängnis und Geldstrafen sind noch nicht die strengsten Antistreikmittel, sogar die ungeheuren Kosten, die dadurch entstanden sind, daß die Behörde ganze Massen von Straflehrern anstellte, sogar die Zurücknahme der Beihilfe und der Bau neuer Schulhäuser gehören dazu nicht. Nicht so sehr veranlaßten diese einen Rückgang des Streiks, als die Leiden der Kinder, die infolge der Arreststrafen, der im Vergleich zu früher häufigeren Züchtigungen und des bisweilen weiten Weges so leiden, daß die Eltern das nicht mehr ansehen konnten und ihren Kindern geboten, den Streik einzustellen.

Dieses Nachgeben machte überwiegend einen unangenehmen Eindruck, weil es ohne Vorbehalt erfolgte. Erst der offene Brief der Gemeinden Golejewko, Chojno und Sworowo im Kreise Rawitsch lenkte uns auf

einen guten Weg. Diese Gemeinden sind der Übermacht gewichen, sie betonten aber, daß sie an ihrem Grundsatz, dessentwegen sie so viele Opfer gebracht, entschieden festhalten. Das ist ein sehr richtiger Standpunkt, und meines Erachtens empfiehlt es sich, daß auch andere Gemeinden diesem Beispiel folgen.

Aus Nr. 124 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 4. Juni 1907:

Die Schulstreikfrage

betrifft gegenwärtig Bahnen, die zu einer endgültigen Beilegung dieser so wichtigen Angelegenheit führen können. Schon in verfloßener Woche berichteten Blätter, daß in mehreren Gemeinden beschloffen wurde, den sogenannten Schulstreik einzustellen und gleichzeitig zu Händen der betreffenden Behörden feierlichen Protest dagegen zu erheben, daß der Widerstand gegen die Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht in der Schule als eine Auflehnung gegen die Staatsbehörden bezeichnet werde.

(Es folgt hier der offene Brief aus der „Germania“ in polnischer Übersetzung.)

Das Mittel, welches die genannten Väter aus den Gemeinden im Kreise Rawitsch zur Beilegung des „Schulstreiks“ angewandt haben, halten wir für äußerst glücklich gewählt und zur endgültigen Beseitigung dieser unserer gegenwärtig größten Sorge führend. Daß nur von der anderen Seite die Beweggründe zu diesem Schritte richtig verstanden werden möchten, und daß man sich ihnen anpassen möchte!

Aus Nr. 125 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 4. Juni 1907:

Waffenstillstand.

Die voranstehende Erklärung und der Protest der Väter aus Chojno, Golejewo und Sworowo ist eine Waffenstreckung oder vielmehr ein Waffenstillstand im Kampfe mit der preussischen Regierung um den polnischen Religionsunterricht in der Schule. Als unsere Volksgefamtheit diesen Kampf im September vorigen Jahres aufnahm, war sie zweifellos auf Verluste und Opfer vorbereitet, denn wo Holz gehackt wird, dort fliegen Späne.

Die preussische Regierung ist mit ganzer Energie zur Unterdrückung des Streiks geschritten, sie war in den zu diesem Zweck gewählten Mitteln nicht wählerisch, die Strafen ergingen immer zahlreicher, der Druck wurde immer stärker, so daß Verhältnisse derart eintreten mußten und auch eintreten, daß nicht nur die Schwachen und Furchtsamen die Reihe der Kämpfenden zu verlassen angingen, sondern daß sich auch die Ausdauernden und Tatkräftigeren bald wiederholt sagen mußten, der Übermacht müsse freiwillig nachgegeben, der Widerstand müsse eingestellt werden, wenn nicht ein völliger materieller Ruin herbeigeführt werden soll.

In einer solchen Situation befanden sich die Väter der streikenden Kinder in Chojno, Golejewo und Sworowo. Da sie sahen, daß ihnen ein weiterer Kampf eine materielle Niederlage zuziehen würde, beschloffen sie, den Kampf vorläufig einzustellen, und man kann sie deshalb nicht tadeln. Sie gingen aus diesem Kampfe ehrenvoll hervor, denn, ohne auf ihre natürlichen Rechte zu verzichten, erklären sie, daß sie nur vor der überlegenen Macht des Gegners weichen.

Wie wir erfahren, beabsichtigen auch mehrere andere Gemeinden, die nicht länger imstande sind, die Lasten zu tragen, die ihnen infolge des Schulstreiks auferlegt worden sind, ähnliche Erklärungen und Proteste zu veröffentlichen.

Aus Nr. 124 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 4. Juni 1907:

Der Schulstreik liegt in seinen letzten Zügen.

Die Väter der genannten Gemeinden täuschen sich unseres Erachtens, wenn sie meinen, daß das preussische System auf die Zurücknahme ihres Verbots mit Zugeständnissen antworten wird. Nein, es wird dies als Triumph seiner „Mannhaftigkeit“ ansehen, und die Schulbehörden in den polnischen Landesteilen werden desto tatkräftiger darangehen, die Überreste der polnischen Sprache auszurotten, die noch im Religionsunterricht auf der Unterstufe und beim Schulgebet übrig geblieben sind.

Wir hören, daß in nächster Zeit dem Druck der Regierung eine ganze Reihe anderer Gemeinden nachgeben wird, und daß diese Gemeinden eine ähnliche Erklärung abgeben werden, wie die Familienväter aus Chojno, Golejewo usw.

Einer Gemeinde, in welcher der Schulstreik bis heute in bedeutendem Umfange fortbesteht, wurde gedroht, daß, falls der Streik nicht aufhöre, eine neue Schule für 60000 Mark werde errichtet werden! Dieser Übermacht wird auch sie unterliegen.

Herr von Studt triumphiert.

Seine preussische Kultur feiert einen glänzenden Sieg — auf Kosten der Tränen Tausender von Kindern, schwerer Steuerlasten der Eltern dieser Kinder, auf Kosten der Gefängnisstrafen Hundeter der besten Bürger.

Aus Nr. 115 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. Mai 1907:

Betrachtungen über den Widerstand der Kinder.

Aus der Provinz.

Die Proklamation der Regierung, daß es ihr mit Hilfe gemäßigter aber entschiedener Mittel gelingen würde, den Streik zu unterdrücken, hat sich als verfrüht gezeigt. Das Hervorfuchen immer neuer Mittel beweist eine gewisse Ratlosigkeit der Regierung. Man war der Meinung, daß nach Ostern, wo die Eltern die Kinder zum Hüten des Viehs gebrauchen, der Streik aufhören würde. Dem ist aber nicht so. Es steht außer Frage, daß in der Erntezeit der Streik hier und dort abflauen wird, aber von einem gänzlichen Aufhören desselben kann keine Rede sein, es sei denn, daß die Regierung irgendwelche außerordentlichen Strafen ausdenkt.

Häufig hören wir im Herrenhause und im Abgeordnetenhaus den Vorwurf, daß der Schulstreik durch künstliche Überredung aus politischen Gründen entstanden ist. Solche Vorwürfe müssen wir zurückweisen, nicht etwa aus dem Grunde, als ob die Nation einer derartigen Anstrengung und Aufopferung nicht würdig wäre, sondern aus dem Grunde, damit wir selbst endlich einmal den wahren Sachverhalt kennen lernen.

Der Streik behauptet sich am hartnäckigsten in Gegenden, in denen der Religionsunterricht schon seit langer Zeit in deutscher Sprache erteilt worden ist, wo das Volk in nationaler Hinsicht am wenigsten auf-

geklärt ist, wo es zwischen dem katholischen Deutschen und dem Polen keinen Unterschied gemacht hat. Jeder, der in die katholische Kirche ging, war in seinen Augen ein Pole. Daß der Religionsunterricht in der deutschen Sprache erteilt wurde, setzte ihn zunächst nicht in Erstaunen, denn es war doch „polnischer“ Unterricht, nur in deutscher Sprache.

Die Loyalität des Volkes ging so weit, daß ich in vielen Häusern Bilder deutscher Fürsten sah, und die Eltern zu ehelichen Verbindungen mit Katholiken deutscher Zunge, ohne Schwierigkeiten zu machen, ihre Zustimmung gaben.

Das Volk erkannte instinktiv die Gefahr und sieht in der Erteilung des Religionsunterrichts in einer unverständlichen Sprache eine Demoralisierung der Kinder. Als Priester kam ich bezeugen, daß ich nicht einmal in der Stadt so viele moralische Übertretungen und eine solche Verdorbenheit unter den Kindern wahrgenommen habe, wie jetzt dort in den Dörfern, wo man das Band, das die Schule mit den Eltern und der Kirche verbunden hat, durch den deutschen Unterricht zerrissen hat. Ich bin das vierte Jahr in der Grenzparochie und ich nehme eine von Jahr zu Jahr größer werdende Verwilderung unter der Jugend wahr. Ich habe häufig mit angesehenen Personen gesprochen, die Fühlung mit den Kindern haben und diese haben meine Wahrnehmungen bestätigt. Es ist also kein Wunder, wenn die Eltern bei ihrem Willen beharren und sich nicht beugen lassen. Kommt das Kind verweint nach Hause, dann sagt die Mutter: „Weine nicht, Kind, unser Herr Jesus hat mehr gelitten.“

Wäre der Patriotismus instande gewesen, unser Volk zu so großen Opfern, die nicht nur in Geld bestehen, zu bewegen? Würden die Kinder, die noch nicht verstehen, was ein Nationalitätenkampf ist, trotz Schlägen und Arreststrafen so lange aushalten? Wer das polnische Volk genau kennt, der wird nicht behaupten, daß politische Gründe die Ursache dieses Kampfes gewesen sind. Der Kampf in der Schule ist nur ein religiöser Kampf — der zweite Kulturkampf.

K.

Aus Nr. 116 des Lech (Gnesen)

vom 24. Mai 1907:

Was tut Rom, was tut die geistliche Behörde?

Wir erhalten nachstehendes Schreiben: Also über 40 Tausend Mark Geldstrafen und gegen 6 Jahre Gefängnis haben Geistliche, Redakteure und eifrige Polen — so schreibt der Lech — für den Kampf um die Religion und die Muttersprache erhalten; diese Strafen sind herniedergefallen auf unser polnisches, der Kirche treu ergebenes Volk. Und was hat unsere geistliche Behörde dem gegenüber bis jetzt getan? Sie schweigt und schweigt, und ihre Schäflein leiden fürchterlich! Mein Gott! Wann wird denn diese unsere geistliche Behörde aus dem Schlafe erwachen? Wann wird sie zum Schutze ihrer ihr von Gott anvertrauten Schäflein auftreten, die da kämpfen um die teuersten Schätze: um die heilige Religion und die Muttersprache? Und heute, da die Wogen der rasenden Sturmflut immer heftiger über uns und unsere Kinder fallen, heute, fast der Verzweiflung nahe — rufen wir: „Geistliche Behörde, rette uns, denn wir gehen verloren!“

Haben wir denn diese Tausende von Unterschriften für Rom umsonst gesammelt? Haben wir denn aus der großen polnisch-katholischen Versammlung in Posen

vom Dezember 1906 an das Haupt der Kirche, den heiligen Vater, umsonst unsere Klagen gesandt, indem wir, dem Apostolischen Stuhle treu ergeben, unsere verzweifelte Lage in Religionsangelegenheiten dartaten? Wie furchtbar ist es, wenn die protestantischen Gerichte so ungünstige Urteile in Sachen unserer Religion fällen — und die Behörde der katholischen Kirche auf das alles so gleichgültig und hartnäckig schweigt! O möchte doch diese unsere Kirchenbehörde jetzt nach Pfingsten, mit dem heiligen Geiste erleuchtet, endgültig, offen und mutig wie die Apostel auftreten und erklären: **wie ihr Grundsatz ist mit Beziehung auf die Muttersprache beim Religionsunterrichte!** Wenn uns die Kirche nicht verteidigen wird, dann können schreckliche Zeiten eintreten; es können sich — was Gott verhüten wolle — die Worte des Prälaten Laubitz aus der Posener Versammlung bewahrheiten.

Wir flehen und bitten zu unserer geistlichen Behörde bei Gott dem Allmächtigen, daß sie endlich auftreten möge in der Verteidigung ihrer Schäflein.

Aus Nr. 110 des „Wielkopolanin“ (Posen)

vom 15. Mai 1907:

Das Schlagen der Kinder.

Kielpin bei Wollstein.

Am Dienstag, den 7. Mai, erschien früh zwischen 7 und 8 Uhr der Schulinspektor aus Wollstein bei uns, hatte aber mit den Kindern nichts vor, sondern sprach nur mit Herrn Lehrer Bartosiawicz und fuhr auf dem Rade weiter. Kurz darauf begann das Schlagen der Kinder der Mittelklasse, die gerade in der Schule war, durch Herrn Lehrer Bartosiawicz, dafür, daß sie nicht gehorsam waren, weil sie nicht „Guten Morgen“ sagten, sondern nur „Niech będzie pochwalony“ in polnischer Sprache, denn man muß wissen, daß in unserm Dorf alle Kinder in allen drei Klassen, mit Ausnahme von 3 Kindern, streifen. Das Bestrafen der Kinder überschritt indessen nicht die Grenzen.

Aber am Nachmittag saß die III. Klasse, d. h. die älteren Kinder, Arrest ab. Zu dieser Zeit kam der zweite Lehrer, Herr Unger, ein Evangelischer, herbei, denn bei uns gibt es 2 Schulen. Als die Lehrer die Schule betraten und die Kinder sie polnisch und nicht mit „Guten Morgen“ begrüßten, begann gleich das Prügeln. Zuerst schlossen sie die Türe, damit nicht manche Kinder entweichen sollten und dann legten sie sie auf die Bank und strafte sie. In der Schule erhob sich ein derartiger Skandal, daß vor der Schule ein Auflauf entstand.

Als die Kinder aus der Schule zurückkehrten, erhoben die Mütter mit den Kindern ein derartiges Wehklagen und machten ein solches Lamento, daß die Väter vom Felde heimkehrten, ja sogar manche Leute vom Dominium ihr Arbeitsgerät auf dem Felde zurückließen und dem Dorfe zueilten.

Grade zu dieser Zeit nahm der Kreisarzt im Gasthause Impfungen vor, also gingen die Lehrer mit den hierzu bestimmten Kindern zur Impfung. Die Leute vom Dominium belagerten das Gasthaus, aber auf Anordnung der Lehrer wurde sofort nach Wollstein nach einem Gendarm telephonierte. Nach einer halben Stunde war der Gendarm bereits in Kielpin und schrieb mehrere zur Bestrafung auf.

Aus Nr. 116 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 24. Mai 1907:

Bartischin, 20. Mai 1907.

Die Posener Ober-Staatsanwaltschaft hat gegen die hiesigen Lehrer wegen Überschreitung des Züchtigungsrechts die Untersuchung eingeleitet. Irgend eine deutsche Schreiberseele des Bromberger Lokalanzeigers bemühte sich, die Kinder, welche vor dem Untersuchungsrichter vernommen wurden, als Lügner und die Eltern als Leichtgläubige hinzustellen. Jener Schreiberseele erklären wir, daß in der Untersuchung zu wenig angegeben worden ist; vor Gericht wird es sich zeigen, auf welche Weise die Lehrer und die Aufsichtsbehörde mit unseren Kindern verfahren sind.

Die Väter der einzelnen Kinder haben gegen manchen Lehrer wegen übermäßiger körperlicher Züchtigung den Prozeß angestrengt, desgleichen gegen die Aufsichtsbehörde wegen Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt. Die Staatsanwaltschaft hat, wie bereits erwähnt, die Untersuchung eingeleitet und 39 Personen: Eltern, Kinder, einen Arzt und die Lehrer vorgeladen. Die Vernehmungen fanden am 16. und 17. d. Mts. vor dem Amtsrichter Herrn Krüger in Labischin statt. Es hat sich auch herausgestellt, in welcher Weise die Kinder „hinreichend“ die deutsche Sprache beherrschen, denn der Richter mußte sich der polnischen Sprache bedienen, damit die Kinder verstünden, um was es sich handelt. So fragte der Richter auch in deutscher Sprache, ob sie mit den Lehrern verwandt seien. Die Kinder bejahten das, als man sie aber polnisch fragte, widerriefen sie es sofort.

In betracht dessen sagte der Richter den Kindern, daß diejenigen, welche nicht genügend deutsch verstünden, auf die Seite treten sollten. Da stellte sich's heraus, daß nur einige ältere Kinder auf ihren Plätzen blieben. Die obigen Beweise zeigen zur Genüge die „hinlängliche“ Kenntnis der deutschen Sprache, von welcher der hiesige Hauptlehrer stets spricht. Es handelte sich hier um gewöhnliche Fragen. Was kann dann aber ein solches Kind von den ihm fremden religiösen Begriffen verstehen? Wenn es sich aber um die Religion handelt, dann besitzen die Kinder ja immer „hinlängliche“ Kenntnis der deutschen Sprache.

In besonderen Fällen übermäßiger körperlicher Züchtigung haben wir uns bereits an die Staatsanwaltschaft gewandt, doch stets ohne Erfolg. Trotz der Atteste des Arztes wurde der Lehrer gewöhnlich als schuldlos erachtet, der alsdann in der Schule die Eltern — — — und sagte, daß er alles könne und machen werde, was er wolle.

Es ist ein Fall zu verzeichnen, daß ein gewisser Knabe, der in jener „erlaubten“ Weise gezüchtigt wurde, Herzklopfen bekam und ohnmächtig wurde. Er mußte an die frische Luft gebracht werden, und nachdem er sich wieder erholt hatte, wurde er nach Hause geschickt. Der deutsche Arzt, welcher das Attest ausstellte, bemerkte darin, „daß man jede Aufregung vermeiden müsse, daß der Knabe an Herzklopfen leide.“

Angeichts dieser Vorfälle haben wir nun beschlossen, gemeinsam vorzugehen und uns unsere Rechte als Menschen und Staatsbürger zu suchen, wir haben die Bestrafung der Schuldigen gefordert. Wir sehen den kommenden Tagen mit Ruhe entgegen und hoffen, daß uns Gerechtigkeit werden wird.

Die Väter.

W. Bronecki. St. Mielsarzewicz. T. Danielewicz.

Aus Nr. 117 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 24. Mai 1907:

Kosten. Die gestern von uns angekündigte Versteigerung der Möbel des Propstes Dr. Surzynski fand heute vor dem hiesigen Rathause statt.

Die Gläubigen verließen gerade die Kirche, als die Magistratsdiener die gepfändeten Gegenstände aus der Propstei trugen. Mit Erstarren sah man auf diesen ungewöhnlichen und seit der Zeit des Kulturkampfes hier nicht gekannten Umzug. In manch einem Auge zeigte sich eine Träne, insbesondere, als man den Seelsorger erblickte, der aus der Kirche trat und die wüste Propstei besah.

Die auf dem Marktplatz aufgestellten, gepfändeten und mit deutlichen Siegeln versehenen Gegenstände waren bald von einer dichten Menschenmenge umgeben, von Leuten, die aus allen Teilen des Kreises zum Wochenmarkte erschienen waren. Alle richteten ihre Augen auf den Propst Dr. Surzynski, der sich zur Versteigerung eingefunden hatte. Auf den Gesichtern der versammelten Menge sah man die Neugierde über das, was wohl geschehen wird. Aus den Fenstern des Rathauses sahen dem der gewissen Kultur sicherlich keine Ehre bringenden Vorgänge die Richter, die Gerichts- und Magistratsbeamten zu. Sie sahen und hörten das Weinen des polnischen Volkes, welches seinen gepfändeten Seelsorger umstand.

Der Gerichtsvollzieher begann mit der Versteigerung. Für das Sofa und zwei Polsteressel setzte er selbst den Betrag von 150 M. und rief: „Zum ersten!“ Er wartete und wartete.... Niemand bot.... Er wartete weiter.... Als er sich überzeugt hatte, daß sein Bieten vergeblich war, unterbrach er die Versteigerung und verschwand; erst nach einigen Minuten begann er von neuem mit der Versteigerung. Irgend jemand aus der Menge rief: „Tausend Mark!“ Man hielt das für einen Scherz, deshalb gab der Gerichtsvollzieher selbst 60 M. an, ein anderer nannte 70 M. Als dem letzteren der Zuschlag erteilt werden sollte, bot Herr Dr. Lawentowski aus Kosten 220,13 M.; er ließ sodann die erstandenen Möbel dem Propste. Mit Triumph wurden sie auch sofort nach der Propstei befördert.

Wir bemerken, daß der Propst das Volk beruhigte; er hat die Versammelten, sich von Gefühlen, die ihre Herzen in diesem Augenblicke erfüllten, nicht etwa hinreißen zu lassen.

Dieser Vorfall hat in dem heutigen Kulturkampfe eine weitgehende Bedeutung. Er zeigte angeichts der hiesigen Deutschen und Juden, wozu ein solcher Kampf führen kann.

Aus Nr. 107 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. Mai 1907:

Nach der Osterbeichte.

Fast überall in unseren Diözesen ist die Osterbeichte bereits beendet, hier und dort, in einigen größeren Städten, kann man dieser Pflicht eines katholischen Christen noch nachkommen.

Uns Geistlichen ist es allgemein aufgefallen, daß die Volksschullehrer mit einer gewissen Begeisterung und mit außergewöhnlichem Eifer sich in diesem Jahre dem Tribunal der Buße gestellt haben. Die Zeiten, in denen wir leben und der in der Schule tobende Kampf hatten uns wider Willen die Befürchtung gedrängt, daß es anders sein würde, daß vielleicht die schwächeren Elemente unter den Pädagogen unserer

Volkschulen den schwachen Faden, der sie bis jetzt mit der Kirche verbunden hat, völlig zerreißen würden. Und in der Tat, war der gegenwärtige Augenblick sicher dazu geeignet, bei uns eine „Los von Rom“-Bewegung unter jenen zu schüren, die immerhin in das Feuer des Kampfes zwischen der Regierung und — sagen wir so — der Geistlichkeit und den Eltern der Kinder gestellt, infolge ihrer materiellen Interessen auf der Seite jener stehen mußten, von denen sie Brot und Lebensunterhalt bekommen. Die Befürchtungen haben sich als trügerisch erwiesen; mir ist kein Fall bekannt, daß in der gegenwärtigen Zeit ein Lehrer zum Protestantismus übergetreten wäre, im Gegenteil, es traten, wie ich bereits am Eingang gesagt habe, zu unserm Erstaunen die Lehrer in vielen Dörfern, man kann sagen ostentativ und in corpore, zur Osterbeichte an.

In vielen Städten, z. B. in Argentan, wo der Schulstreik in voller Kraft fortdauert und wo die Lehrer gewöhnlich einzeln ihrer Gewissenspflicht nachkamen, benachrichtigte der Rektor der Schule den Propst, daß die ganze Lehrerschaft gemeinsam zur Beichte zu erscheinen beabsichtige und bat um Bezeichnung des Tages und der Stunde, sodaß die Seelsorger sich um gute Beichtväter bemühen konnten, die die deutsche Sprache geläufig beherrschen. In anderen Fällen — wie es auch bei mir geschah, — in denen die Lehrer beim eigenen Propst nicht beichten wollten, baten sie schriftlich um die Erlaubnis, in anderen Pfarorien beichten zu dürfen, und viele von ihnen eilten sogar nach unseren Domkirchen in Gnesen und Posen.

Immerhin ist dies eine bezeichnende und erfreuliche Offenbarung, die bezeugt, daß viele von jenen, die häufig in Erfüllung des Willens der Regierung und der Vorgesetzten den Kindern und Eltern gegenüberzutreten mußten, in ihrer Seele die Anschauungen teilen, daß der Religionsunterricht — wie unser unvergeßlicher Erzbischof in seinem Oktoberrundschreiben gesagt hat — nur in der Muttersprache erteilt, insofern ist, das jugendliche Herz dazu fähig zu machen, die Liebe Gottes zu erkennen und kräftige, unerschütterliche Grundlagen für das ganze Leben zu schaffen.

Vorstehender Bemerkung möchte ich noch mehr hinzufügen: Auch in der Seele jener Lehrer haben die gegenwärtigen Strömungen eine gewisse Reaktion hervorgelernt, von der sie sich selbst keine Rechenschaft ablegen und die sich in einer kräftigeren und heißeren Anhänglichkeit an die Kirche und an die Geistlichkeit äußert.

Gleichzeitig ist das Benehmen der Lehrer, die zum großen Teil Deutsche sind, ein klarer Beweis dafür, daß den Katholiken deutscher Nationalität seitens unserer geistlichen Behörde kein Unrecht geschieht und wenn trotzdem etwas insofern sein sollte, ihren Glauben und ihre Anhänglichkeit an unsere gemeinschaftliche Kirche zu schwächen, so ist es nicht der Mangel einer gehörigen Pastorisierung seitens der Behörde und der Geistlichkeit, sondern Schuld der Ausfälle solcher Zeitungen, wie der katholischen Rundschau, die Haß gegen alles, was polnisch ist, säen und unter dem Mantel der Verteidigung katholischer Interessen den Intentionen und Zwecken unserer „Allerherzlichsten“ dienen, ohne überhaupt von der systematischen Beeinflussung der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber uns auch außerhalb der Grenzen des Großherzogtums zu sprechen.

Sch habe Königsberger und Leipziger Zeitungen gelesen, die in ihren Leitartikeln unsere Angelegenheiten besprachen und in ihrer Verbissenheit der „Posenerer“ nichts nachgaben, sie in der Verdrehung der Tatsachen sogar unendlich übertrafen, weil die Lehrer, die fern

vom Schlachtfelde diese Nachrichten nicht genau kontrollieren können, diesen Ekstasierungen blind glauben.

Vielleicht wird die erfreuliche Offenbarung, die auch zum Schreiben dieser wenigen Zeilen angeregt hat, die Ankündigung dessen sein, daß der Friedensengel einst wieder in unsere Schulen zurückkehren wird und daß sie wieder das werden, was sie sein sollen, Wohnstätten der wahren Bildung und Kultur, zum Wohle und zum Fortschritt der Menschheit.

Sigma.

Aus Nr. 112 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. Mai 1907:

Vom Propst Haupt aus Argentan

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

In Nr. 107 des Dziennik Poznański schreibt Sigma in einem „Nach der Osterbeichte“ betitelten Artikel folgendes:

„In vielen Städten, z. B. in Argentan, wo die Lehrer gewöhnlich einzeln ihrer Gewissenspflicht nachgekommen sind, benachrichtigte der Rektor der Schule den Propst, daß die ganze Lehrerschaft gemeinsam zur Beichte zu erscheinen beabsichtige und bat um Bezeichnung des Tages und der Stunde.“

Hierzu erkläre ich als Propst in Argentan: Es ist unwahr, daß der hiesige Rektor mich von der Absicht der Lehrer, in corpore zur Beichte zu erscheinen, benachrichtigt hat und daß er mich um Angabe des Tages und der Stunde gebeten hat.

Am letzten Donnerstag der Osterbeichte, als bei mir fremde Geistliche zum Hören der Beichte anwesend waren, kamen die hiesigen Lehrer zur Beichte, aber auch nicht alle.

Im Interesse der Wahrheit bitte ich die geehrte Redaktion um gütige Veröffentlichung dieser Berichtigungszeilen im Dziennik Poznański.

Hochachtungsvoll

Propst W. Haupt, Dekan.

Aus Nr. 108 des Kurier Poznański (Posen)
vom 12. Mai 1907:

Rückkehr des Geistlichen Tezierski aus Schrimm.

Schrimm, den 9. Mai.

Das Gericht in Schrimm hat den Propst Tezierski aus Rumowo zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Rechtsanwalt Kuszczyński führte in seiner vorzüglichen Verteidigungsrede gegen den Antrag des Staatsanwalts aus, daß der Angeklagte höchstens zu Festungshaft verurteilt werden könnte, jedoch ohne Erfolg. (Weitere Details über den Prozeß lassen wir fort, da uns schon von anderer Seite eine Korrespondenz hierüber zugegangen ist. — Anmerkung der Redaktion.)

Propst Tezierski nahm das Urteil mit Ruhe und mit der Würde eines wahrhaft patriotischen Priesters entgegen. In dem Augenblick, in dem ihm das Urteil, das man nicht kritisieren darf, das aber andererseits nicht zu verstehen erlaubt ist, verkündet ward, empfand er, daß zwischen ihm und seinen Schäfchen ein neues Band entstanden war, daß das Bindeglied, das ihn mit der Pfarorie verbindet, aufs neue geschürzt worden ist, daß es unzerreißbar geworden ist. Daß sich dies wirklich so verhält, davon hat uns die Rückkehr des geistlichen Märtyrers in seine Pfarorie nach Rumowo überzeugt.

Gegen fünf Uhr nachmittags fuhr Propst Jezierski in einem Wagen des Herrn Lebinski aus Malachowo in Gesellschaft des Rechtsanwalts Ruszczyński aus Schrimm fort. Ferner begleiteten ihn in Wagen Herr Lebinski aus Malachowo, Frau Stabłowska aus Tworzymirek, die Herrschaften Laurentowski aus Szezodrochowo und andere. In allen Ortschaften, die der Wagenzug passierte, hatte man das Resultat des Prozesses bereits erfahren. Überall standen auch Gruppen von Leuten und begrüßten den Verurteilten mit Tränen, Rufen und Blumen, mit denen sein Wagen bald angefüllt war. Den Augen der Fahrenden bot sich in Tworzymirek, das schon zur Pfarodie Kuntal gehört, ein wunderlicher Anblick dar. Die dortige Bevölkerung hatte nämlich eine Triumphpforte quer über den Weg erbaut. Die Pforte zerstörten jedoch die Gendarmen, deren sich drei am Platze befanden.

Dasselbe geschah in Kuntal selbst. Aber auch hier zeigte sich eine merkwürdige Inkonsequenz, indem man eine Pforte unberührt ließ. Die Begeisterung des Volkes erreichte den Höhepunkt, als Propst Jezierski unter Glockengeläut in Kuntal einzog und als dem Wagen sich ein weiß gekleidetes Mädchen näherte, um den Seelforger mit einem Vers, der der Gelegenheit angepaßt war, zu begrüßen. Kaum hatte es indessen begonnen, als ein Gendarm herangaloppierte und die Aussprache unterbrach. Propst Jezierski, der jenes Mädchen und die übrigen Versammelten nicht Unannehmlichkeiten seitens der Behörde aussetzen wollte, bat die Leute, auseinanderzugehen, was dann auch unter den Klängen des Liedes „Herzliche Mutter“ geschah.

Alle Anwesenden gewannen aus dem Verlauf der ganzen, die Herzen erschütternden Feier die Überzeugung, daß die preussische Regierung selbst ein unzerreißbares Band zwischen der Volksgemeinschaft und den Priestern schafft, daß sie selbst den Felsen aufbaut, den kein Sturm erschüttern wird.

Dich, geistlicher Märtyrer, begleitet der Wunsch, daß der Schlag, der Dich getroffen hat, von Dir mutig ertragen wird, im Andenken an den heiligen Stanislaus, der auch für die gute Sache gelitten hat.

Aus Nr. 119 des Wielkopolanin (Posen)
vom 26. Mai 1907:

Vom Schlachtfelde.

Wir reden hier nicht von dem Felde der blutigen Schlacht, sondern von jenem Kampfe, dessen Feld unsere Lande bilden. Wir kämpfen verzweifelt um unsere Existenz mit dem übermächtigen, uns mächtig bedrängenden Deutschtum, das von den Millionen der Regierung und von dem Gesetze unterstützt wird.

Dieser Kampf um die nationale Existenz währt nun schon über hundert Jahre, quält und peinigt uns nicht wenig — aber andererseits stählt er auch unsere Kräfte.

Unsere Lage ist eine sehr schwere, aber wir haben durchaus keine Veranlassung zur Verzweiflung.

Die Art des von den Deutschen geführten Kampfes hat bewirkt, daß alle Gesellschaftsklassen der Nation erwacht und zur Verteidigung der Position erschienen sind.

Dies ist die erste günstige Folge der schweren Kämpfe. Je mehr man uns bedrängt hat, desto größere Kräfte mußten wir aus uns herausholen, um uns nicht zermalmen zu lassen, je größer die Menge unserer Feinde wurde, desto mehr Bürger mußten wir in unsere Reihen berufen. Heute gehören schon die-

jenigen, die sich von der Verteidigung unserer Rechte und nationalen Schätze fernhalten, zu den Ausnahmen.

In diesem Kampfe um die Existenz handelt es sich in erster Linie um den Besitz des Grundes und Bodens. Wir wissen, daß Bismarck die Ansiedelungskommission ins Leben gerufen hat, die allen Grund und Boden aus polnischen Händen aufkaufen soll, um ihn in größeren oder kleineren Abschnitten nur an Deutsche abzugeben. Die Polen können von der Ansiedelungskommission nicht das kleinste Stückchen Land erwerben.

Die Ansiedelungskommission hat große Lücken in unsern Besitzstand gerissen, denn es haben sich viele Verkäufer gefunden. Für den Ankauf unseres Landes hat die Regierung fast 500 Millionen ausgegeben; jedoch hat sie ihr eigentliches Ziel, unsere Landesteile zu verdeutschern, dem Polentum den letzten Schlag zu versetzen, nicht erreicht.

Bei genauerer Berechnung zeigt es sich außerdem, daß wir trotz der Millionen der Ansiedelungskommission, trotz der Tätigkeit der Landbanken, trotz des Schwachers der geheimen und offenen Helfer der Ansiedelungskommission 58000 Morgen Acker mehr aus deutschen Händen, als die Deutschen aus polnischen Händen erworben haben.

Hieraus ergibt sich, daß unsere Genossenschaften und Parzellierungsbanken, sowie auch Privatkäufer energisch tätig gewesen sind, um dem Verlust des polnischen Bodens Einhalt zu tun.

Es handelt sich jetzt darum, das, was wir besitzen, zu erhalten und alljährlich noch etwas hinzu zu erwerben.

Wir haben also einen bedeutenden Sieg über den Gegner davongetragen, besonders wenn wir die Hilfsmittel in Betracht ziehen, über welche die Gegner im Kampfe mit uns verfügen.

Dieser Sieg darf uns indessen nicht betören, er darf uns nicht unverständlich machen. Der Kampf geht immer weiter fort, auch der Gegner hat Kräfte und erfindet immer neue Mittel, um uns zu schwächen; deshalb müssen wir stets auf der Hut sein und wir dürfen keinen Augenblick unsere Hände müßig ruhen lassen.

Im Kampfe um den Besitz des Bodens haben sich unsere Bauern und unser Arbeiterstand besonders rühmlich hervor getan.

Es giebt allerdings leider bereits viele Verkäufer unter den Bauern, aber es giebt auch Leute, die um nichts in der Welt ihre von den Vätern ererbten Gefilde, den heiligen Boden, aus der Hand geben. Verteidigen wir also unsern Boden und wir werden auch nicht an Zahl geringer werden.

Die Ansiedelungskommission hat etwa 90000 Deutsche zu uns importiert, anscheinend eine große Zahl, die aber in unserm ganzen Lande zerstreut ist und deshalb die Waagschale nicht ins Schwanken bringen konnte. Dies hat sich namentlich bei den Wahlen gezeigt. Es ist bekannt, daß wir bei den Reichstagswahlen alle unsere Siege behauptet haben, während wir in Schlesien einige neue Siege erobert haben. Aus der preussischen Statistik können wir uns ebenfalls überzeugen, daß trotz der schwierigen Verhältnisse, unter denen wir leben, unsere Zahl gewachsen ist.

Das Bild ist also ziemlich erfreulich.

Es handelt sich jetzt darum, daß unsere Zahl nicht geringer wird, sondern noch mehr anwächst. Die einzige Art, hierfür zu wirken ist die Sorge um die junge Generation.

Unsere junge Generation (besonders die Kinder des Volkes), — hat schwere Zeiten durchgemacht und während dieser eine ungewöhnliche Geistesstärke gezeigt.

Es handelt sich darum, daß die junge Generation ihr Polentum bewahrt, ferner ihren nationalen Geist, die Anhänglichkeit an den Glauben, die Sprache und den Boden.

Hierum müssen sich die Eltern, Vormünder und alle gutgesinnten Leute bekümmern.

Das polnische Haus und die Eltern müssen den Kindern Anhänglichkeit für alles das einflößen, was ihnen selbst heilig war.

Wenn wir uns so verhalten werden, dann brauchen wir um unsere Zukunft nicht besorgt zu sein. Mit Hilfe Gottes werden wir uns erhalten.

Aus Nr. 109 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Mai 1907:

Die Verdrängung der Polen.

Unter diesem Artikel brachten wir in Nr. 104 eine uns überlieferte Mitteilung, nach welcher verschiedene deutsche Firmen ihre polnischen Agenten nur aus dem Grunde entlassen haben, weil sie Polen sind.

Bald jedoch machte man uns von kompetenter Seite darauf aufmerksam, daß jene Polen ihre Stellen verloren haben, weil sie ihre Pflichten vernachlässigt hatten. Wenn dem wirklich so ist, so haben jene Herren sich ein trauriges Zeugnis ausgestellt.

Heute fordert uns auch die Zigarrenfabrik L. Wolff in Hamburg unter Berufung auf den diesbezüglichen Paragraphen des Pressegesetzes auf, eine Berichtigung zu bringen, daß die in Rede stehende Firma mit dem Ostmarkenvereine nichts gemeinsam hat und daß sie ihren polnischen Vertreter nicht infolge der Hezereien dieses Vereins entlassen hat.

Vertreter dieser Firma war Herr Goldmann aus Posen.

Aus Nr. 121 des Dziennik Kujawski (Hohenjalsa)
vom 30. Mai 1907:

Die nach Deutschland eingeladenen englischen Journalisten

sind in dem Staate der „Kultur und Gottesfurcht“ bereits eingetroffen.

Diese Visite der Vertreter der englischen Presse ist die Antwort auf den vorjährigen Aufenthalt deutscher Journalisten in England. Dieser Besuch entbehrt keineswegs der politischen Färbung, aber in den heutigen Verhältnissen kann man ihm eine größere Bedeutung nicht zuschreiben. Der deutsch-englische Antagonismus hat heute so tiefe Wurzeln gefaßt, daß selbst die Deutschen, welche eine Besserung dieser Verhältnisse wünschen, auf diese Art des Probierens gegenseitiger Annäherung sehr zweifelhaft blicken.

Die Ankunft der englischen Journalisten weckt in Deutschland keinen Enthusiasmus. Charakteristisch ist, daß in demselben Augenblicke, in dem die englischen Gäste in Bremen den deutschen Boden betraten, die deutsche Presse über die englische Zeitung „Observer“ herfällt, welche in dem Artikel „Der Kaiser und der König“ das Verhältnis Kaiser Wilhelms zu König Eduard in einer für den ersteren sehr wenig schmeichelhaften Weise bespricht.

Dieser Ausfall wird die Engländer noch genauer von der preußischen Gastfreundschaft überzeugen. Darum sollte unser Verein der polnischen Journalisten und Literaten in Posen Nutzen ziehen, die uns wohlgesinnten Engländer nach der Feste Przemyślans ein-

laden und ihnen hier auf der seit alters her polnischen Erde die Spuren der gegen uns angewendeten preussischen „Kultur“ vor Augen führen. Die englischen Journalisten werden eine solche Einladung nicht zurückweisen, denn es ist ihnen an den Rücksichten der Preußen wenig gelegen, und die preussische Polizei wird es nicht wagen, sie als „lästige Ausländer zu behandeln, was sie Schwächeren gegenüber gerne tun würde“, wie sie das seiner Zeit mit unseren Gelehrten aus Galizien getan hat.

Wenn man es doch in Posen verstehen wollte, aus diesem wichtigen Augenblicke Nutzen zu ziehen, wenn man diese Sache nur nicht verschlafen möchte!

Aus Nr. 117 des Dziennik Kujawski (Hohenjalsa)
vom 25. Mai 1907:

Bromberg. Dem Maschinenarbeiter Joseph Majzkowski ist die „Genehmigung“ erteilt worden, seinen Namen in „Markmann“ umzuändern. — Der Schlosser Emil Paul Kopanski hat sich in „Marstens“ umtaufen lassen. — Das sind die Folgen unserer „eifrigen nationalen Arbeit!“

Jetzt erst zeigen sich die Früchte unserer „stillen“ nationalen Arbeit, welche hierorts eine ganze Reihe von Jahren unsere Intelligenz geleistet hat, so lange die hiesigen Verhältnisse nicht belebt worden sind von dem braven und schätzbaren Dr. Warminski, der heute unter Aufopferung seiner eigenen Gesundheit die hiesige Polonia rettet, ohne bei unseren hiesigen „Größen“ das erforderliche Verständnis und die nötige Anerkennung zu finden. Nur das Volk achtet, schätzt ihn hoch, denn er befaßt sich mit ihm gar redlich, indem er es vor der weiteren Germanisierung bewahrt. Nationale Schamröte muß unser Antlitz bedecken, wenn wir auf die Verwüstung schauen, welche die Germanisierung unter unseren Polen anrichtet, es sind das alles Früchte unserer Nachlässigkeit und geistigen Trägheit derjenigen, die da die Spitze unseres Volkes sein wollen und kein Verständnis haben von den elementarsten nationalen Pflichten, die auf der Intelligenz eines jeden Volkes ruhen.

Vielleicht wird das rühmliche Beispiel, welches ihnen Dr. Warminski in dieser Beziehung gibt, jetzt mehr Nachseiferer finden. Gott gebe es!

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 1. Juni 1907:

Einen längeren Artikel über den **Namenswechsel** polnischer Personen schließt die Gazeta Grudziadzka mit folgenden Ausführungen:

Es fällt auf, daß die Abänderungen polnischer Namen in deutsche besonders in **Bromberg** und Umgegend unter den **Eisenbahnarbeitern** usw. vorkommen.

Es ist sogar vorgekommen, daß die hinterbliebene Frau eines verstorbenen Eisenbahnarbeiters ihren polnischen Namen in einen deutschen geändert hat.

Ich möchte also alle Leser in Bromberg und Umgegend bitten, uns mitzuteilen, warum diese Leute ihre Namen ändern und wer sie dazu beredet hat. Es muß diese Sache einmal öffentlich beleuchtet werden.

Aus Nr. 110 des Wielkopolanin (Posen)
vom 15. Mai 1907:

Wahlen in den Gemeinden.

Camincen, den 10. Mai 1907.

Gelobt sei Jesus Christus!

Geehrte Redaktion!

Schon lange war aus unserem Dorfe nichts zu hören, als ob in ihm keine außergewöhnlichen Ereignisse vorgekommen wären. Dabei ist aber das Gegenteil der Fall, denn es kommen immer häufiger neue Anordnungen des Schulinspektors, immer andere Beschlüsse des Kreis Ausschusses, die bezwecken, die Gemeinde mit Kommunalabgaben zu belasten. Wie in anderen Orten hat man auch bei uns ihrer Ämter enthoben: Zunächst die Mitglieder des Schulvorstandes aus dem Grunde, weil sie den Schulstreik nicht verhindert hatten. Später kam die Reihe an den Schulzen und an die Schöffen (ausgenommen Herrn Andreas Dymek, der keine streikenden Kinder mehr hatte). Nicht genug damit, daß man sie ihrer Ämter enthob, leitete der Herr Landrat noch das Disziplinarverfahren gegen sie ein, wodurch er ihnen viele Unannehmlichkeiten und Kosten verursachte. Der Prozeß ist nachstehenden Herren gemacht worden: Jarysz aus Chelst, Adalbert Broca (der durch alle Instanzen gehen will), Chrysostomus Dymkow, als Vertreter der Schöffen und dem Schulzen Alexander Dymek, dem noch über 10 Mark Kosten auferlegt worden sind.

Auf den 28. März setzte der Landrat einen Termin zur Wahl eines neuen Schulzen fest. Es wurde Herr Lorenz Piontek mit 7 gegen 2 Stimmen gewählt, die auf Herrn Fröhlich, einen Protestanten, fielen, der eine Mühle und eine Schneidemühle besitzt. Jene zwei Stimmen gaben nicht etwa Deutsche ab, denn solche sitzen nicht im Gemeinderate, sondern nur Polen (ausgenommen Herr Fröhlich, der vor einigen Jahren, um sich bei ihm einzuschmeicheln, in den Gemeinderat gewählt, zu der Wahl aber nicht erschienen war). Die Ursache eines solchen Wählens kann man sich unschwer denken.

Eine Woche darauf fand ein Termin zur Wahl des Vertreters des Besitzers statt. Gewählt wurde Herr Lorenz Dymek.

Aber was geschah!

Der Landrat bestätigte weder Herrn Piontek als Schulzen, noch Herrn Dymek. Aus welchen Gründen dies geschah, weiß man nicht.

Auf den 25. April setzte der Landrat die neuen Wahlen fest, zu denen nur Polen kamen, weil Herr Fröhlich nicht erschien. Die Polen stellten Herrn Johann Wawrzyn als Kandidaten auf. Was geschah nun! Bei der Wahl erhielt Herr Wawrzyn 5 Stimmen und Herr Fröhlich 2 Stimmen, 1 Stimme fiel auf Herrn Stanislaus Mucha. Wer sie abgegeben hat, weiß man nicht. Einer von denen, die für den Deutschen gestimmt haben, befindet sich bei ihm als erster Arbeiter (oder als Meister in der Schneidemühle), weshalb man sich also darüber überhaupt nicht zu wundern braucht; der zweite aber ist ein unabhängiger Wirt, der sich nach niemandes Gnade umzusehen braucht, da er eine Wirtschaft hat, auch keine Arbeiter anzunehmen braucht, da er mehrere wackere Söhne besitzt.

Als ihm später der Vertrauensmann Vorwürfe machte (und er selbst ist auch Vertrauensmann, da er Mitglied des Wahlkomitees ist) erklärte er: Besser wäre es gewesen, wenn alle für Fröhlich gestimmt hätten, denn er ist ein sehr guter Mensch und wäre ein besserer Schulze gewesen, als einer

der Polen und schließlich, aus welchem Grunde sollte ich denn für einen Polen stimmen, gibt mir ein Pole denn irgend etwas? Und wenn mir ein solcher auch etwas geben wollte, so hat er selbst nichts. Als ich im Herbst kein trockenes Brennholz hatte, konnte ich solches nirgends bekommen. Als ich aber zu Herrn Fröhlich ging, half er mir gleich und gab mir Holz.

Die Wahlen waren vorübergegangen und wir waren der Meinung, daß nun endlich alles zu Ende war und wir keinerlei Plackereien mehr haben würden, denn zu einer Überraschung war kein Anlaß vorhanden, weil Johann Wawrzyn keine streikenden Kinder und eine deutsche (katholische) Frau hat, die bereits erwachsenen Kinder besser deutsch als polnisch sprechen, er ferner keinem Deutsch angehört und sich schriftlich ziemlich gut deutsch ausdrücken kann. Aber was geschah! Am 6. d. Mts. bekam der bisherige Schulze, Herr Andreas Dymek, vom Kreis Ausschuß ein Schreiben folgenden Inhalts: „Der Kreis Ausschuß beschließt zur Verjagung der Bestätigung

1. des als Gemeindevorsteher gewählten Eigentümers Johann Wawrzyn in Camincen,
2. des als Schöffenstellvertreter gewählten Eigentümers Johann Piontek ebendasselbst seine Zustimmung zu erteilen.

Der Ernennung

1. des Mühlenbesizers Gustav Fröhlich in Camincen als stellvertretender Gemeindevorsteher und
2. des Besitzers Friedrich Sasse als Stellvertreter des Schöffenstellvertreters in der Gemeinde Camincen

wird zugestimmt. Gleichzeitig wird in Gemäßheit des § 87 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 die dem kommissarischen Gemeindevorsteher, Mühlenbesizer Fröhlich zu gewährende Entschädigung während der Vertretung auf jährlich 250 Mk. festgesetzt. (Früher erhielt der Schulze jährlich nur 120 Mk. und für die gleiche Summe ist auch Johann Wawrzyn gewählt worden).

Der Ertrag des Schulzendienstlandes fließt bis auf weiteres zur Gemeindefasse. (Früher war dies Eigentum des jedesmaligen Schulzen).

Fيلهne, den 4. Mai 1907.

Der Kreis Ausschuß

gez. v. Kries. Fröhlich. Goguel. Pölter.
Kaaß. Hanelt.

Ausgefertigt: Fيلهne, den 4. Mai 1907.

Der Kreis Ausschuß des Kreises Fيلهne
gez. Kney.

Ausfertigung

Nr. 5400.

Ich muß noch erwähnen, daß Andreas Dymek nicht den Antrag gestellt hat, ihn aus dem Schulzenamte zu entlassen.

Aus Nr. 120 des Wielkopolanin (Posen)
vom 28. Mai 1908:

Strelno.

In der Gemeinde Pomiany fanden die Wahlen zum Schulzen und zu Schöffen statt. Wir wählten die geeigneten willigen Leute, aber der Landrat bestätigte sie nicht, weil ihre Kinder am Streik teilgenommen hatten und sie sich außerdem nicht damit einverstanden

erklären wollten, aus dem Verein „Straz“ auszutreten. Man hat uns also Hermann Kaltwasser als Schulzen und Wilhelm Arnt und Gustav Albrecht als Schöffen aufgezwungen. Das ist die preussische Verfassung, die die Gleichberechtigung aller Bürger garantiert.

Aus Nr. 119 des Postep (Posen)

vom 26. Mai 1907:

Bachorzew (Kr. Jarotschin) im Mai.

Vor nicht langer Zeit haben wir den verstorbenen Wirt Johann Bajerowicz zur ewigen Ruhe geleitet. Er ist plötzlich gestorben. Nachdem er in einem Wirtshause ein Glas Bier getrunken hatte und ruhig nach Hause zurückkehrte, wurde er unterwegs vom Schläge gerührt.

In unserer Parochie werden seit langer Zeit die Leichen in der Kirche aufgebahrt. In diesem Falle wollte es der Herr Propst nicht gestatten, und zwar aus dem Grunde, weil Bajerowicz auf dem Rückwege vom Gasthause gestorben ist, obwohl er zur Osterbeichte gewesen war.

Ich will aber etwas anderes kritisieren und zwar, daß auf dem Kirchhofe in Wilkoweya Unordnung und Nachlässigkeit ohne Grenzen herrscht. Also ich stehe an dem frisch gegrabenen Grabe, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen, und was sehe ich? **Zu meinen Füßen liegt ein Skelett, an dem sich noch Fleischeile befanden.** Als dem Totengräber bedeutet wurde, daß er die Knochen zusammenlesen solle, antwortete er: sie befanden sich hier an dieser Stelle, deshalb werden sie hier auch wieder eingegraben. Doch nicht besonders, sondern zusammen mit der Erde auf dem Sarge des verstorbenen Bajerowicz. Welchen Eindruck dies auf die Begräbnisteilnehmer gemacht hat, ist schwer zu beschreiben.

Es kann ja vorkommen, daß eine Familie einen Verstorbenen vergiftet, aber in solchem Falle muß der Herr Propst für die Gebeine einen anderen Platz bezeichnen, und nicht wie es in Wilkoweya geschehen ist.

Der Kirchhof soll für den Menschen eine Ruhestätte sein, bis seine Knochen in Staub zerfallen. In dem vorliegenden Falle zweifle ich daran, **ob die Gebeine 10 Jahre im Grabe gelegen haben.** Ich meine, daß diese paar Worte zu den Ohren derjenigen gelangen werden, die sich um die Ordnung sowohl in der Kirche als auch auf dem Kirchhofe kümmern müßten. Möchte ein solches Argerniß in Zukunft ein für allemal ausgeschlossen sein.

W. Ignasiak.

Aus Nr. 109 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 14. Mai 1907:

Briefe aus St. Petersburg.

In Kreisen, die gewöhnlich gut informiert sind, erzählt man sich nachstehende Details aus den höchsten Kreisen, die besonders für uns nicht ohne ein gewisses Interesse sind.

Am Abend des Tages, an dem sich der Vorfall mit Jurabow ereignet hatte, war die Stimmung in Jarstoj Selo gegenüber der Duma eine äußerst gereizte. Am lautesten und am erbittertsten griff sie der Staatskontrollleur Herr Schwanebach an und am meisten empörte ihn der Umstand, daß das Schicksal des Regierungsprojektes in der Duma von den Stimmen

der polnischen Fraktion abhängen sollte. (sic!) „Wenn das Kontingent mit Hilfe der Polen bewilligt werden wird — so erklärte prophezeiend Herr S. — so werden diese im Austausch dafür von der Duma ansehnliche Zugeständnisse verlangen. Für Rußland aber wäre es die größte Schande, den unverschämten Forderungen der polnischen Fraktion nachzugeben.“

Wir fügen zur Information hinzu, daß Herr Schwanebach ein Deutscher von reinem Blute ist und dies nicht nur dem Namen nach; in seinem Hause und in seiner Familie wird nur deutsch gesprochen.

In einem meiner ersten „Briefe aus St. Petersburg“ schrieb ich, daß ein Teil der ausländischen Diplomatie, der die projektierte Autonomie des Königreichs Polen ein Dorn im Auge ist, alle Mittel in Anwendung bringt, um die Auflösung der Duma herbeizuführen.

Zur Befräftigung meiner Worte kann ich heute die wichtige Tatsache anführen, daß am Tage nach der Audienz Schwanebachs in Jarstoj Selo ihn der deutsche Gesandte aufgesucht hat. Der Gesandte war nicht allein, sondern in Begleitung eines höheren Beamten der Gesandtschaft. Der Besuch dauerte sehr lange Zeit.

Wenn man dies alles in Betracht zieht, so kann man leicht verstehen, aus welchen Kreisen das neue Gerücht kommt, daß in der Stadt kursoriert, nach welchem die Auflösung der Duma und im Zusammenhang hiermit eine Änderung der Wahlbestimmungen beschlossen sein soll. Die Änderung soll in dem Sinne durchgeführt werden, daß in Zukunft fremdländische Elemente überhaupt nicht mehr in die Duma gelassen werden sollen. Äußerlich wurde dies durch die Entrüstung über Jurabow hervorgerufen, der bekanntlich Armenier ist; die wirkliche Ursache liegt tiefer und ist gegen andere Nationalitäten gerichtet. Zum Glück ist dieses Gerücht zurzeit nur eine tendenziöse Erfindung, die in die Welt gesetzt worden ist, um „die Grundlagen“ zu erforschen.

Aus Nr. 109 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 14. Mai 1907:

Aus Lublin

im Königreich Polen erhalten wir aus glaubwürdiger Quelle folgendes Kommunikat mit der Bitte um Veröffentlichung:

Das Ministerium der innern Angelegenheiten in Petersburg hat die Schwestern vom guten Hirten und der göttlichen Vorsehung als Nonnenkongregation bestätigt und den Schwestern gestattet, sich in Victorynia bei Lublin anzusiedeln. Es kamen 4 aus Posen mit ihrer Oberin, der ehrwürdigen Mutter Maria Karłowska, der Gründerin dieser Kongregation im Großherzogtum Posen, die für unsere Volksgesamtheit so nützlich und vorteilhaft ist, dort an. Die Schwestern vom guten Hirten beschäftigen sich mit der Befehrung moralisch gefallener Mädchen.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)

vom Mai 1907:

Beschluß, betreffend den slawischen Sokoltag in Prag.

Der Bundesvorstand hielt in Sachen des Sokoltag in Prag und unserer beabsichtigten Massenbeteiligung drei Sitzungen ab und zwar am 11., 25. und 27. April d. J.

Es wurde schließlich beschlossen:

1. Der Bund der polnischen Sokols im Deutschen Reiche wird sich an den Feierlichkeiten und Übungen während des Sokoltages in Prag nicht beteiligen und zwar aus Gründen, die von uns nicht abhängig sind.
2. Der Bund der polnischen Sokols im Deutschen Reiche wird außer schriftlichen Glückwünschen für den verbrüdereten tschechischen Bund technische Berichtersteller senden, die über den Verlauf des Sokoltages einen besonderen Bericht erstatten werden.
3. Alle Turngenossen, die etwa nach Prag fahren sollten, sollen weiter üben. Der Bund wird für sie besondere Übungen arrangieren, deren Ort und Zeit von dem Bundesturnwart bald bekannt gegeben werden.

Der Bundesvorstand:

Bernhard Chrzanowski, Vorsitzender.	
Dr. Ks. Jastrzewski,	W. Marchlewski,
I. Vize-Präsident.	II. Vize-Präsident.
Karl Rzepecki,	Theophil Preiß,
Schriftführer.	Schatzmeister.
Viktor Gladysz,	Julian Lange,
Turnwart.	stellvert. Turnwart.
Dr. Krysiwicz,	Stanislaus Milewski,
Dr. Michalski,	Josef Drenza,
	Johann Jablocki.

Aus Nr. 118 des Dziennik Kujawski (Hohensta) vom 26. Mai 1907:

Zu der Erklärung des Verbandsvorstandes der polnischen Sokolvereine in Deutschland, daß er die Teilnahme an dem Prager Sokoltage aus rein technischen Gründen abgelehnt habe, bemerkt der Dz. Kuj. folgendes:

Wir wundern uns, daß man diese technischen Hindernisse erst jetzt wahrgenommen hat, nachdem ein gewisser Teil unserer Presse, die unser polnisches Verhältnis zum Slaventum sehr wohl versteht, gegen die im Verbandsvorstande herrschenden antislawischen Strömungen einen ersten Tadel ausgesprochen hatte. Diese Strömungen gehören nicht zum Programm der Nationaldemokratie, wie der Dz. Pozn. meint, sie sind vielmehr die Schöpfung einer gewissen Clique, die sich um den Kurjer, Drendownik, Goniec Wielkopolski und um die Praca gruppiert, von der eine namenlose Partei gebildet wird, die Worte des Tadels für unsere volksparteilichen Abgeordneten à la Rulerski findet, wenn sie im Reichstage gegen die Hakatisten zu Felde ziehen, die aber kein Wort dazu sagt, wenn Herr Graf Mielzynski die Tüchtigkeit der deutschen Armee bis in den Himmel erhebt.

Aus Nr. 117 des Lech, Gnesen, vom 25. Mai 1907:

Der Ausschuß des Verbandes der Sokolvereine im deutschen Reiche gibt bekannt, daß ihn rein technische und nicht politische Gründe abgehalten hätten, an dem Prager Sokoltage teilzunehmen.

Wir haben keinen Grund, dem Verbandsvorstande keinen Glauben zu schenken. Es fällt aber auf, daß der Beschluß, sich an dem Prager Kongreß nicht zu beteiligen, erst so spät gefaßt worden ist, nachdem Galizien in dieser Beziehung ein Beispiel gegeben hat.

Ursprünglich beabsichtigte der Verbandsvorstand, eine Abordnung nach Prag zu entsenden, um der Welt zu zeigen, daß die Polen fest auf dem Posten stehen und die Germanisierungsflut zurückzudrängen suchen. Wenn überhaupt jemand, so darf die eigentliche Avantgarde gegen die germanischen Völker bei dem Kongreß nicht fehlen.

Es ist aber anders gekommen. Technische Gründe gestatten es nicht, nach Prag zu fahren.

Es kann wohl sein, daß sich die galizischen Brüder beleidigt fühlen, ohne Rücksicht darauf, ob mit Recht oder Unrecht. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sich auch die Tschechen ob so manchen politischen Schrittes der Galizier verletzt fühlen können. Derartige Streitigkeiten lassen sich aber für eine Weile begraben. Man darf sich von einer allgemeinen slawischen Demonstration nicht ausschließen, die den Polen zwar keinerlei greifbare Vorteile bringen kann, die jedoch nicht als eine solche Lappalie aufgefaßt werden darf, wie sie vom Kurjer geschildert wird.

Aus Nr. 116 des Kurjer Poznański (Posen) vom 23. Mai 1907:

Der Sokoltag in Prag.

Der Vorstand unseres Sokoltums hat, unter Berufung auf die Haltung des slawischen Sokoltums, in der Presse bekannt gegeben, daß unsere Sokolvereine sich an dem slawischen Sokoltage, der am 28. und 29. Juni d. J. in Prag stattfinden wird, nicht beteiligen werden.

Manche unserer Zeitungen haben ihren Unwillen über diesen Beschluß zum Ausdruck gebracht. Bei dem Aussprechen ihrer abweichenden Anschauungen überschritten sie indessen nicht die Grenzen der Würdigung der öffentlichen Bedeutung des polnischen Sokoltums. Deshalb haben wir bis jetzt zu dieser Sache auch nicht das Wort ergriffen.

Erst Herr Josef Relidzynski, Mitglied des Vereines Warschau II, hat in einem offenen Briefe, der in der Sonntagsnummer des Dziennik Poznański veröffentlicht worden war, den Allsokoltage im tschechischen Prag zu der Bedeutung einer erstklassigen Frage für die polnische Nation und für das ganze Slaventum erhoben.

Das geehrte Mitglied des Vereines Warschau II zergliedert die Gründe, weshalb der Vorstand des galizischen Sokoltums beschlossen hat, die polnischen Sokols sollten sich der Beteiligung am Sokoltage enthalten, er weist die Unzulänglichkeit der Gründe nach und er begründet die Notwendigkeit, an dem Allsokoltage teilzunehmen, wörtlich auf folgende Art:

„Mit dieser Angelegenheit hätte sich z. B. das polnische Ognisko in Prag beschäftigen und sie gehörig klären müssen, und zwar hätte es dies schon längst tun müssen und es nicht zu einem Verhältnis kommen lassen dürfen, das nicht nur für uns Polen, nicht nur für die polnisch-tschechischen Verhältnisse verderbliche Folgen haben kann, sondern das die slawische Solidarität zerstören und sie für lange Zeit begraben kann.“

Hier wird mir mancher antworten — und solche Leute kommen bei uns ziemlich häufig vor und zwar infolge des Mißverstehens der wahrhaft slawischen Idee und ihres Mitlaufens mit dem berüchtigten „Pan-slawismus“ der russischen Politiker aus dem Lager der Now. Wremja —, daß diese Solidarität nur auf dem Papier besteht. Diese Behauptung ist zum Unglück zum Teil richtig, aber — nur zum Teil.

In jedem Falle ist im gegenwärtigen Augenblick, wo die Besserung der polnisch-russischen Verhältnisse

eine neue Zeitepoche in der Geschichte des Slawentums ankündigt, wo das Zurschauftragen der Kräfte und der Einigkeit des Slawentums nötiger ist als jemals zuvor, das Auftreten des Lemberger Sokoltums eine Sünde gegen die Nation und gegen das ganze Slawentum!"

Das geehrte Mitglied des Vereins Warschau II wünscht, daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache alle polnischen Zeitungen seinen offenen Brief abdrucken möchten.

Wir unterschätzen nicht die öffentliche Bedeutung solcher Zusammenkünfte und wir halten sie für eine öffentliche Manifestation, die sich sehr dazu eignet, ebenso wie alle öffentlichen Feiern dieser Art, Propaganda für Ideen, Lösungen, neue Begriffe und Anschauungen in den weitesten Kreisen der Nationen zu machen. Wir nehmen dies zwar nicht leicht, denken indessen nicht daran, die öffentliche und politische Bedeutung solcher Zusammenkünfte zu überschätzen.

Die Behauptungen des geehrten Verfassers des offenen Briefes, daß das Fernbleiben des polnischen Sokoltums vom Sokoltage in Prag verderbliche Folgen für uns Polen und für das Slawentum haben kann, daß es die slawische Solidarität zerstören und sie für lange Zeit begraben kann; — daß der slawische Sokoltage in Prag eine Manifestation der Kraft und der Einigkeit des Slawentums sein wird; — daß das Fernbleiben des polnischen Sokoltums vom Sokoltage eine Sünde gegen die Nation und gegen das Slawentum ist, — drücken politische Werte aus, die von dem Verfasser des offenen Briefes in gutem Glauben vorgebracht werden, jedoch auf dem Boden der realen Verhältnisse des Slawentums unbekannt sind, weil sie überhaupt nicht existieren.

Die slawische Idee existiert und sie hat nicht nur eine innere, sondern auch eine äußere Seite. Aber sowohl die eine als auch die andere befindet sich in einem so nebelhaften Zustande, daß sie unserer Ansicht nach keine Unterlage dazu bieten, gegebenenfalls irgend eine Sünde gegen die eigene Nation herauszuformulieren. Nach unserer Auffassung über die Sache würde es sogar ein großer politischer Fehler sein, wenn wir auf einer solchen Grundlage die bedeutendsten Interessen der Nation aufbauen sollten.

Was bedeutet denn die slawische Idee für die Interessen unserer Nation, für ihre Existenz und für ihre nächste Zukunft? Sie ist nichts anderes und nichts mehr als Träumerei, die sich gerade bei unserer Nation so häßlich bemerkbar gemacht hat, sie hat nur die Begriffe verwirrt und Täuschungen hervorgerufen. Die slawischen Nationen leben bis jetzt in unregelmäßigen inneren Verhältnissen, ihre Kultur und Zivilisation ist im Vergleich zu jener Westeuropas zusammengestoppelt und erfordert viel innere Arbeit, um sie auf die nötige Höhe zu bringen. Unter den slawischen Nationen gibt es heute auch nicht einen einzigen slawischen Staat, der die Kraft dazu hätte, der Entwicklung der slawischen Nationen irgend welche reale Unterstützung zu gewähren. Einzig Rußland, das die Sache des Slawentums ausgenützt und zeitweise, nach den Niederlagen bei Mukden und Tschushima, mit Füßen getreten hat, ist in dieser Beziehung völlig diskreditiert. So sieht die innere Seite der Sache des Slawentums aus, in dem der geehrte Verfasser sogar — „Kraft und Einigkeit“ sucht.

Und die äußere Seite? Dem Slawentum steht das deutsche Element gegenüber, das sich mit diesem nicht nur an allen Grenzpunkten reibt, sondern auch in das Innere des Slawentums, auf dem Wege der wirtschaftlichen Unterjochung eindringt und ihm die elementaren Bedingungen der wirtschaftlichen Existenz diktiert. Der Einfluß, der politische und diplomatische Druck der Deutschen auf die Verhältnisse der slawischen Nationen braucht nur kurz erwähnt zu werden.

So sieht die nackte Wirklichkeit der slawischen Frage aus. Unzweifelhaft bergen sich in ihrem Schoße große Probleme, gewaltige Aufgaben; eins der größten und wichtigsten Probleme wird sicher das sein, das Verhältnis zwischen dem Königreich Polen, der russischen Regierung und dem russischen Volke auf kluge Art zu regeln. Man muß indessen — wir sprechen dies offen aus, denn der gegenwärtige Augenblick ist für unsere Nation und für das Slawentum allzu wichtig — ein unverbesserlicher Träumer und Phantast sein, wenn man nach dem Allsokoltage in Prag auch nur im geringsten Maße eine Änderung der Beziehungen der slawischen Nationen erwartet und wenn man seiner Nation erklärt, daß man eine Sünde begehen würde, wenn ihr Sokoltum sich nicht nach Prag aufmachen würde.

Zur formalen Seite der Angelegenheit erlauben wir uns zu bemerken, daß von allen polnischen Landes- teilen **einzig Galizien berechtigt ist, zu entscheiden, ob das polnische Sokoltum nach Prag gehen darf.** Galizien lebt mit den Tschechen unter der gleichen Regierung zusammen. Man muß also Galizien für völlig kompetent erklären, in dieser Angelegenheit zu entscheiden. Galizien hat nun beschlossen, daß sich unser Sokoltum an dem Sokoltage in Prag nicht beteiligen soll und die zwei andern Anteile haben die moralische und nationale Pflicht, sich diesem Beschluß anzupassen.

Aus Nr. 118 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. Mai 1907:

Die Nationaldemokratie und das Slawentum.

Wir waren fest davon überzeugt, daß unsere Gesamtheit die Nachricht von dem Beschluß des Bundesvorstandes des Sokol nicht gleichgültig aufnehmen würde, daß sie ihn vielmehr als eine dem Slawentum feindliche Demonstration und als ein Lösen der Beziehungen zu ihm ansehen würde. Bekanntlich beschränkten sich die durch die Verhältnisse sowieso schon erschwerten Beziehungen in der Praxis darauf, daß in Zwischenräumen von mehreren Jahren kleine Sokolabteilungen an den slawischen Sokoltagen teilnahmen.

Von nun an soll auch dieser Faden zerrissen sein! Unsere Gesamtheit hat instinktiv, ohne mit unserem Nationalcharakter zu rechnen, die Verbissenheit und die Wut der Aktion empfunden, der auch dieser schwache slawische Pulsschlag gefährlich und dieser spinnwebenfne Faden als drohendes Hindernis erschien.

An dem Sokoltage in Prag sollten die Vertreter aller slawischen Stämme teilnehmen. Zunächst sollten zum Sokoltage die Russen erscheinen, wenn wir nicht irren, auch die Bulgaren, es sollten ferner erscheinen die Kroaten, die Serben, die Montenegriner und Ruthenen, und da die Slowaken und die Lausitzer keine Turnvereine haben, so wäre dies in der Tat der erste Sokoltage gewesen, der fast alle slawischen Stämme, Rußland mit eingeschlossen, vereinigt hätte. Aber gerade deshalb sollte das Fehlen der Polen beim Sokoltage die unheilbare Verkrüppelung des slawischen Gedankens um so effektvoller hervorheben.

Wie wir schon in einem früheren Artikel geschrieben haben, wurden die nationaldemokratischen Ideen nicht nur bei uns in Polen, sondern gleichzeitig in allen anderen slawischen Ländern gleichsam mit zaubernder Hand eingepflanzt. Und gleichzeitig traten auch die Allbulgaren, Allkroaten, Allserben, wo nur irgendwie Aussicht auf Erfolg vorhanden war, gegen die Beteiligung an dem diesjährigen Sokoltage auf. Bei uns wurden diese Bemühungen von einem „günstigen“ Erfolge gekrönt.

Der Haß gegen das Slawentum ist eine Sache, die unserer Nation geradezu unverständlich ist. Staszyc als Denker und sozialtätiger Mann, Mickiewicz als Genius der Nation waren Slawophilen, unsere Philosophen waren es ebenfalls; Trentowski erkannte den Slawen eine größere Rolle in der Geschichte der Völker zu als den Germanen und Romanen, von denen die ersteren, seiner Ansicht nach, den Idealismus repräsentierten, die zweiten dagegen das romantische Wesen, während die slawische Kultur die Synthese des Realismus und Idealismus sein soll. Mit einem Worte gesagt, die Realisten, Poeten, Philosophen, Träumer und Denker bei uns waren Slawophilen und dies zur Zeit unserer blutigsten Kämpfe mit Rußland. Das Brechen mit der slawischen Idee wäre nicht eine Wiedergeburt, sondern ein Ausarten. Das Ideal des Slawentums war uns so teuer, daß wir, um es nicht zu beflecken, Rußland den Charakter einer slawischen Nation abspachen.

Gleichgültigkeit gegenüber dieser Angelegenheit könnte uns schließlich verständlich sein, aber rätselhaft ist uns der Haß und zwar gerade in diesem Augenblick, in welchem unseren Landsleuten im russischen Anteil bessere Zeiten bevorstehen.

Das Posener Organ der Nationaldemokratie hat anläßlich des uns aus Warschau übersandten Briefes in der gestrigen Nummer die Angelegenheit der antislawischen Demonstration klargestellt, ohne überhaupt die Beweggründe zu verbergen, aus denen dieser „Beschuß“ gefallen ist. Deshalb haben wir es auch für unsere Pflicht gehalten, nochmals auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Nach der Ansicht unserer Nationaldemokraten ist die slawische Idee schädlich und sie warnen die polnische Nation dringend vor dieser Gefährlichkeit. „Es ist dies — so rufen sie — eine Trümmerei, die sich gerade in unserer Nation häßlich bemerkbar gemacht hat. Die slawische Idee ist eine Verwirrung der Begriffe, eine Täuschung.“

Wie ehrlich bedauern wir die tschechische Nation, der die slawische Idee die Begriffe sehr gründlich hat verwirren müssen, weil die Tschechen die wärmsten Slawophilen sind und waren. Welch ein merkwürdiger Lauf der Dinge, daß die slawischen Nationen, die überhaupt nicht an jener Verwirrung der Begriffe gelitten haben, wie es der Slawophilismus in den Augen der nationaldemokratischen Politiker ist, ohne eine Spur in der Geschichte zu hinterlassen, verschwunden sind, daß sie ihr gesunder nationaler Egoismus und ihr Richtungssehen nach dem Slawentum nicht vor dem Untergang bewahrt hat. Sollen wir uns nicht wundern, daß die Tschechen sich bei dieser slawischen Krankheit so wohl befinden, daß sie so kräftig und wacker sind!

„Die slawischen Nationen — so lesen wir weiter — leben bis jetzt in unregelmäßigen Verhältnissen, ihre Kultur und Zivilisation ist im Vergleich zu der Westeuropas zusammengestoppelt und erfordert viel innere Arbeit, um sie auf die erforderliche Höhe zu bringen.“ Da der Sokoltag im tschechischen Prag stattfinden soll, ist die Erinnerung an die unregelmäßigen Verhältnisse, an die zusammengestoppelte Zivilisation, an die höhere westliche Kultur, wenig am Platze, da sowohl unsere Brüder im galizischen Anteil, als auch wir manche vorteilhaften Dinge von den Tschechen lernen könnten.

Dann tritt der Kurjer Poznanski entschieden gegen die Behauptung auf, daß das Lösen des Verhältnisses eine nationale Sache wäre.

Ob unser Fehlen auf dem Sokoltag in Prag nicht wirklich eine an unserer Volksgeamtheit begangene Sünde ist, das kann man nicht so leicht entscheiden. Es kommt uns nicht auf politische Vorteile

an, wenn wir bestrebt sind, gute Beziehungen zum Slawentum zu unterhalten, sondern es kommt uns auf die moralischen Vorteile an. Ein solcher moralischer Vorteil ist es für uns, wenn wir auch nur wenige Augenblicke in der heißen Atmosphäre verleben, die das geistige Erz schmilzt, wenn unbewußt, aber um so kräftiger die Begeisterung und die Energie der Brudernation auf uns einwirkt, wenn wir erfahren, wie die Tschechen ihre idealen Güter verteidigen, wenn wir von ihnen die Organisierung der Kräfte zur Verteidigung der Nationalitäten kennen lernen. Dies alles sind handgreifliche Vorteile. Wenn wir dies nicht tun, trotzdem wir es tun können, so begehen wir wirklich eine Sünde gegen die Volksgeamtheit.

Wenn wir sogar auf einem egoistischen nationalen Standpunkte stehen, wenn wir auch die slawische Gegenseitigkeit nicht anerkennen, so müssen wir dennoch möglichst enge Verbindung mit den Tschechen, Slowenen und anderen Slawen suchen, um aus ihren Erfahrungen, die sie im Verteidigungskampfe gegen das Deutschtum gemacht haben, Nutzen zu ziehen, um die einzelnen Phasen des Nationalitätenkampfes kennen zu lernen und auf diese Weise leichter unsere Situation zu verstehen und unser eigenes Verteidigungssystem zu vervollkommen.

Es kann also nicht wahr sein, daß die Nationaldemokratie die Beziehungen zu den Slawen aus den Gründen abgebrochen hat, die im Artikel des Kurjer Poznanski aufgeführt worden sind und die schließlich Argumente sind, deren man sich im Kampfe mit den Slawophilen ständig bedient. Der Bruch mit dem Slawentum kann mit Rücksicht auf das nationale Interesse absolut nicht unter dem Deckmantel einer nicht nur den Tschechen, sondern auch allen anderen Slawen feindlichen Demonstration erfolgen.

Die Gründe hierzu müssen also andere sein. Zur Charakteristik jener Machination, wie wir jenen antislawischen Beschuß nennen müssen, führen wir noch das kennzeichnende Detail hinzu, daß der Beschuß unserer Sokols dadurch zustande gekommen ist, daß gewisse Kreise, denen an diesem Beschuß sehr viel gelegen war, sie absichtlich in die Irre geführt hatten. Die Resolution wird infolgedessen sicher zurückgezogen werden.

Wir bemerken, daß man auch uns über die Gründe des Beschlusses falsch informiert hat, wenn das, was das nationaldemokratische Blatt schreibt, wahr ist, daß der Beschuß der Posener Sokols nur gefaßt worden sei, weil es die moralische und nationale Pflicht gewesen wäre, sich dem Lemberger Sokol anzupassen.

* * *

Nach dem Schreiben des vorstehenden Artikels erhielten wir nachfolgenden Brief:

„Auf den in dem „Kurjer Poznanski“ vom 23. Mai d. J. erschienenen Artikel, betitelt „Der Sokoltag in Prag“, erklären wir, daß die Annahme, der Vorstand unseres Bundes habe sich auf die Haltung des galizischen Sokolturns berufen, irrig ist. Die Nichtbeteiligung an dem Prager Sokoltag ist durch Beweggründe rein technischer Natur herbeigeführt worden, die mit den in dem erwähnten Artikel angeführten Gründen nichts gemeinsam haben.“

Für den Vorstand des Bundes polnischer Sokols im Deutschen Reiche.

Bernhard Chrzanowski, Karl Rzepecki,
Voritzender. Schriftführer.“

NB. Gegenüber dieser amtlichen Erklärung unterliegt es keinem Zweifel, daß nur sie als reine Wahrheit gilt und alle nationaldemokratischen Drehereien

nur dunkle Ziele erstreben, welche nur jenen verständlich sind, die infolge des völligen Mangels an Erfahrung irgend eine große politische Überflugheit zeigen wollen.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom Mai 1907:

Warum machen wir keine Fortschritte?

Unter diesem Titel wurde ein Artikel im März im Sokół veröffentlicht. Dem Autor scheint es, als ob die Diskussion über dieses Thema erschöpft ist. — Aber dem ist nicht so.

Der Autor bemerkt, daß alle Diskussionen über dieses Thema bis jetzt einseitig waren, denn obwohl sie das Übel beseitigen wollten, legten sie sich keine Rechenschaft darüber ab, wo der Ursprung des Bösen steckt. Er sieht das Übel darin, daß wir häufig in unseren Versammlungen Kameraden hören, die uns völlig unbekannt sind; sie sprechen über die heimische Turnerei, tadeln die deutsche und auch die schwedische und alle hören mit Bewunderung zu, keiner wagt es, in der Diskussion das Wort zu ergreifen.

Die Fragen des Verfassers:

1. Wie lange und in welcher Abteilung hat er geübt?
2. Wie lange hat er dem Sokół angehört?
3. Welche Stellung nimmt er im Sokółtum ein?
4. Welche Stellung nimmt er in der Volksgesamtheit ein?
5. Welche Schulbildung besitzt er?

Und vielleicht noch die Frage:

6. Wo ist er geboren worden und ist er überhaupt geboren worden?
- beweisen gerade, daß der Autor selbst die Sache allzu einseitig behandelt. Im allgemeinen genommen sind bekanntlich in unseren Sokółversammlungen die gymnastischen Vorträge überaus selten, in denen die Vortragenden unverständliche, neue und unbekannte Dinge erzählen. Größtenteils sind sie verständlich und systematisch. Daher sind die Vorwürfe des Autors unbegründet, einseitig, beweisen nichts und haben keinen praktischen Wert.

Wir müssen die Anschauungen aller Leute anhören, sowohl die Ansicht der am tiefsten, als auch jene der am höchsten stehenden Personen in der Volksgesamtheit. Wir dürfen nicht denken: „Meine Ansicht ist die gesündere, bessere“, denn auch Gott würde gnädiger auf uns niederblicken, wenn in unserem geliebten Vaterlande Eintracht und Einigkeit herrschen würde und wir uns brüderlich die Hände reichen würden.

Aber was geschieht bei uns?

Die einen sind wegen ihrer Vermögensverhältnisse vor Stolz aufgeblasen, die anderen sind Feiglinge, die dritten Süßlinge der Regierung und von all diesen vereint sich keiner mit der Volksgesamtheit, denn es sind Egoisten, selbstsüchtige Leute.

Man muß zugestehen, daß, wenn jemand, der dem Verein auch nicht angehört, in eine Sokółversammlung kommt und sich mit einem Vortrag oder einer Vorlesung politischen oder turnerischen Inhalts meldet, wir ihn mit ganzem Herzen freudig aufnehmen; so ist es bei uns in Oberschlesien und so wird es sicher auch in Westfalen sein, wo die Sokółvereine sich hauptsächlich aus der Arbeiterklasse rekrutieren.

Es ist also nicht unsere Aufgabe, darauf zu achten, wer jemand ist, der uns seine Ansicht vorträgt, sondern nur darauf, ob sie gesund ist, ob man aus ihr Vorteile ziehen kann.

Beraten wir Kleinen mit den Großen zusammen; möge es keinerlei Unterschiede in der Volksgesamtheit geben; mögen die Herren dem Arbeiter die Hand reichen

und mögen sie diese Hand nicht nur dann ergreifen, wenn sie sie gebrauchen. Wenn wir uns in dem heimatländischen Kreise beraten werden, dann werden wir von den Theorien das Beste wählen und es zum allgemeinen Besten in die Praxis umsetzen können.

Wir müssen auf jedem Gebiete unseres nationalen Lebens ohne Kastengeist arbeiten und besonders in unseren Sokółvereinen darf überhaupt kein Kastengeist existieren. Jeder Genosse, mag er Titel besitzen, oder nicht, mag er Edelmann, Doktor, Rechtsanwalt oder Handwerker, Arbeiter und Bauer im groben Kittel sein, muß nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch dem andern ein braver Kamerad sein. Man muß gegenseitige Liebe, Achtung und auch Verständnis zeigen, nicht nur in schönen Worten, sondern vor allem in der Tat.

Nur wenn wir stets und ständig in diesem Sinne handeln werden, werden alle solche Fragen „Weshalb machen wir keine Fortschritte?“ — fortfallen.

Titus Jaszkowski
aus Königschütte.

Aus Nr. 105 des „Kurier Poznański“ (Posen)
vom 7. Mai 1907:

Geehrte Landsleute!

Die letzte Generalversammlung des Vereins „Straz“ hat zahlreiche Unzulänglichkeiten ergeben, die bis zum heutigen Tage die regelrechte Entwicklung unseres Vereins hemmen. Es wäre ein gründlicher Fehler, wenn wir uns die wahre Sachlage verhehlen oder schön färben wollten.

Außerdem müssen wir uns sagen, daß uns bis jetzt eine so kräftige Organisation fehlt, wie man es hätte erwarten müssen, es fehlt das Verständnis für die Wichtigkeit der Vereinigung aller Volksschichten und Faktoren der Volksgesamtheit unter Zurücksetzung der eigenen persönlichen Interessen.

Wir begeistern uns leicht, fühlen uns aber ebenso leicht wieder ab. Unsere Nation braucht ständige, stille und ausdauernde Arbeiter, die allmählich und mit Überlegung das unerschütterliche Gebäude der Zukunft aufbauen werden. Die außerhalb stehenden Feinde, gegen die der Verein ein Schutzwall sein soll, greifen uns immer dreister an, fahren immer schwerere Geschütze gegen uns auf. Mit Erfolg können wir ihnen nur dann Widerstand leisten, wenn wir alle organisiert und vereint unsere religiösen, nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Güter verteidigen werden, wenn wir in den Verteidigungskampf mit der Losung ziehen: „Einer für Alle und Alle für Einen!“

Aber auch innerhalb unserer Volksgesamtheit müssen wir hartnäckig die Abneigung bekämpfen, die Trägheit und die Unfähigkeit der ungebildeten, häufig sogar schädlichen Personen.

Diese Arbeit nach zwei Fronten ist eine schwere Aufgabe. Leisten können wir sie nur dann, wenn in unsere Reihen alle Männer treten, die das Volk und die Nation lieben. Indem wir unaufhörlich an dem Werke einer völlig nationalen Organisation arbeiten, müssen wir mit Hartnäckigkeit und mit Liebe im Herzen die Losung der Einigkeit und Solidarität heben und verbreiten.

In vielen Kreisen der polnischen Landesteile fehlen uns noch Starosten, fehlen dem Verein Straz noch Kommissare. Wir bitten um Meldungen von Freiwilligen! Möge niemand glauben, daß wir von den

einzelnen Personen allzuviel Mühe und Arbeit verlangen werden. Möge sich niemand hiervor fürchten.

Mit dem Vorwärtsgen der Organisation und mit der Dezentralisation wird auch eine Teilung der Arbeit erfolgen und schon heute berücksichtigen wir die örtlichen Verhältnisse und die erfüllbaren Wünsche der einzelnen Vertrauensleute. Es handelt sich nicht um ein wichtiges Schema, sondern um ein geeinigtes Leben.

Wo man nicht sofort zu Starosten geeignete Persönlichkeiten finden kann, möge man sofort Kommissariate bilden, die in unmittelbarer Verbindung mit dem Bureau des Vereins Straz stehen, das ihnen mit allen möglichen Fingerzeigen und mit Agitationsmaterial dienen wird. Sobald auf diese Art die Organisation von Anfang an beginnen und kräftiger werden wird, dann wird nach einer gewissen Zeit in einer Versammlung der Kommissare die Wahl des Starosten erfolgen und der Verein Straz wird sich ordnungsgemäß entwickeln.

Rühret euch Brüder, Landsleute in den Kreisen Czarnikau, Kolmar, Kempen, Koschmin, Meseritz, Mogilno, Neutomischel, Obornik, Samter, Schrimm, Fraustadt, Wongrowitz, Wirsik. Folget dem Beispiel der bereits organisierten und sich vortrefflich entwickelnden Kreise!

Und ihr in Westpreußen, folget dem Beispiel der Kreise Strassburg, Löbau und Stargard und ihr in Schlesien, wo erst die erste Saat des Vereins Straz ausgeworfen ist, machet euch jetzt im Frühling mit neuer Lust an die Arbeit.

Zugleich bitten wir, daß überall dort, wo bereits die Kreise organisiert sind, die Kommissare die Wahl eines neuen Starosten vornehmen, entsprechend der am 14. März d. Js. vorgenommenen Statutenänderung. Eine diesbezügliche Versammlung muß der Starost des Vereins Straz im Laufe von 2 Monaten einberufen. Dort wo innerhalb der vorgeschriebenen Zeit kein neuer Starost gewählt wird, wird der Vorstand einen solchen ernennen.

Um den Geist der Organisation zu heben, haben wir die Absicht, eine ganze Reihe von Versammlungen abzuhalten und zwar möglichst mehrere in jedem Kreise. Zu diesem Zwecke bereiten wir mehrere Reden vor und stützen sie zurecht, ferner werden wir, soweit die Zahl reicht, Delegierte entsenden, um die Abhaltung der Zusammenkünfte und Versammlungen zu erleichtern.

Mit gutem Willen und mit dem Entschluß, eifrig zu arbeiten, gehen wir in der verbesserten Organisation des Vereins Straz ans Werk. Allein können wir die Aufgabe nicht lösen, aber wir zählen sicher darauf, daß ihr, Brüder, Landsleute, uns von allen Seiten zu Hilfe kommen werdet, daß ihr Hand ans Werk legen werdet; dann wird unser Verein Straz mit der Zeit ein Muster einer disziplinierten, ihrer Kraft bewußten nationalen Organisation werden, den Feinden zur Abwehr, den Landsleuten zum Troste und zur Hilfe!

Der Organisationsvorstand des Vereins Straz:

Stephan Chociszewski,	Adam Poszwinski,
Stephan Gegielski,	Stanislaus Chmielewski,
Stephan Dobrowolski,	Thaddaeus Jaworski,
Valerian Lebinski,	Czeslaus Leitgeber,
Telesphor Dmianowski,	Anselm Emisniewicz,
	Stanislaus Stolpe.

Der Vorstand des Vereins Straz:

Josef Koscielski,	Felician Niegolewski,
Wladislaus Mieczkowski,	Stanislaus Piskner.

Aus Nr. 106 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 16. Mai 1907:

Herr Abgeordneter Rulerski

scheint seit einiger Zeit nervenkrank zu sein, womit wir uns den Artikel in seinem Organ, der Gazeta Grudziowska, erklären können, der solche Dinge enthält, die man unmöglich ernst nehmen kann.

In dem Artikel ist nämlich so viel krankhafter Unverstand neben Richtigkeiten und Anfällen auf den Abgeordneten Grafen Mathias Mielzynski enthalten, den das Organ des Herrn Rulerski aufzuhängen bemüht ist wie jenen Schmied in dem Märchen, wenn auch der Schlosser gesündigt hatte, daß wir uns diesen Blödsinn nur mit dem krankhaften Zustand seiner Nerven erklären können.

„Die letzte Rede des Abgeordneten Rulerski im Reichstage war so herrlich, daß sie schon heute im ganzen Lande mit lautem Echo widerhallt, sie hat ihm warme Anerkennung und herzliche Dankbarkeit gewonnen usw.“! Solchen Weihrauch und solche Reklame lesen wir in dem Organ des Herrn Abgeordneten Rulerski, der Gazeta Grudziowska, die außerdem abscheulich auf uns schimpft, daß wir den Mut gehabt haben, die Rede des „großen Volkstribunen“ zu kritisieren. Das Tollste an der Sache aber ist das, daß das Organ des Herrn Abgeordneten Rulerski erzählt, der Goniec stünde unter dem Einfluß des Abgeordneten Grafen Mathias Mielzynski, also diesen für die Kritik der Rede des „Volkstribunen“ verantwortlich macht.

Das ständige Wiederholen der Phrasen von irgend einem Protektorat oder einer Vormundschaft des Abgeordneten Grafen Mielzynski über den Goniec, ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, gleichbedeutend mit den albernen Phantasien eines Fieberkranken.

Der Goniec Wielkopolski hat in Berlin seinen eigenen Korrespondenten, der ihn über wichtigere Fragen gründlich informiert, wir brauchen uns also beim Besprechen parlamentarischer Angelegenheiten auf niemanden zu berufen.

Wenn irgend ein Abgeordneter dem Goniec Wielkopolski gegenüber eine wohlwollende Haltung einnimmt, so gibt ihm das noch kein Recht zu irgend einem Protektorat, auch ist er noch nicht dazu berechtigt, irgend einen Einfluß auf die Haltung des Blattes auszuüben. Dies trifft auch auf den Abgeordneten Grafen Mielzynski zu, der sicher auch gar nicht daran denkt, irgendwie unsere Schreibart zu beeinflussen.

Wir brauchen wohl nicht erst zu versichern, daß der Abgeordnete Graf Mielzynski von dem Artikel, der das Debüt des Abgeordneten Rulerski im Deutschen Reichstage kritisierte, keine Ahnung hatte. Seine Mitarbeiter an jenem Artikel existiert also nur in der krankhaften Phantasie des Herrn Rulerski. Diese Phantasie gibt ihm jedoch nicht das Recht, das Volk auf so hinterlistige Art, wie er es in seiner Gazeta Grudziowska getan hat, gegen einen so bekannten und populären Abgeordneten, wie es Graf Mathias Mielzynski ist, aufzuheben.

Grade deshalb, weil dieses polnische Volk nicht so ungebildet ist, wie es sich der Herr Abgeordnete Rulerski wünscht, wird es sehr gut begreifen, daß der Landsmann zum Landsmann in Versammlungen anders spricht, als er als Abgeordneter sprechen muß, der im Reichstage Angehörige eines fremden Stammes und zum Teil Feinde vor sich hat. Das Volk wird auch verstehen, daß ein Abgeordneter, der so scharfe und schneidige Reden gehalten hat, wie es Herr Graf Mielzynski getan hat, auch seine Anerkennung über Dinge aussprechen kann, die auch beim Feinde anerkanntenswert sind.

Auch wir sind der Ansicht, daß die Courtoisie des Abgeordneten Grafen Mielzynski dem Kriegsminister gegenüber vielleicht übertrieben war, aber wir halten es für lächerlich und direkt unwürdig, dem vielleicht mutigsten unserer Abgeordneten den Vorwurf der Angst oder der Speichelleckerei zu machen.

Herr Kulerski verträgt nicht die geringste Kritik, es scheint ihm, daß er unfehlbar ist und wenn jemand ein wahres Wort spricht, dann fühlt er sich in seinem Stolge schwer gekränkt. Für ihn, als einen Abgeordneten des Volkes, ist das keine Empfehlung.

Noch eine Bemerkung. Wenn sich Herr Abgeordneter Kulerski mit dem Umstand entschuldigen will, daß er von der Rednertribüne des Reichstages zum polnischen Volke gesprochen habe, so darf er nicht vergessen, daß man, wenn man dies tut, nicht die allgemeinen Interessen der polnischen Volksgeamtheit dadurch schädigen darf, daß man das Ansehen ihrer Vertreter in den Augen der Feinde herabsetzt. Der Verstand diktiert hier die gehörige Rücksichtnahme und Vorsicht, von der sich aber der Abgeordnete Kulerski bei seinem letzten Debüt nicht hat leiten lassen.

Schließlich ist es in Posen schon heute kein Geheimnis mehr, daß das Auftreten des Abgeordneten Kulerski in der polnischen Reichstagsfraktion große Unzufriedenheit und eine scharfe Kritik hervorgerufen und daß sich zu seiner Verteidigung nur Herr Brejski erhoben hat.

Wir bedauern, daß wir infolge der unerhörten Angriffe des Abgeordneten Kulerski auf unser Blatt solche Bemerkungen machen mußten und dies umso mehr, als wir kein Vorurteil gegen den Abgeordneten Kulerski haben, aber wir können unmöglich damit einverstanden sein, daß infolge seiner Nervosität das allgemeine Beste leiden soll.

Zum Schlusse bemerken wir noch, daß das haza-tistische Posener Tageblatt die Ergüsse der Gazeta Grudziadzka im Fluge ergriffen hat und unter der Adresse des polnischen Volkes über sie spottet.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 64 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 28. Mai 1907:

Das Preußentum intriguiert.

Wie schon jeder von euch, liebe Brüder, aus der „Geschichte des polnischen Volkes“ weiß, war das Preußentum immer ein Todfeind des Polentums. Das Preußentum hat auch den wirklich höllischen Plan der Teilung Polens unter den drei Reichen ausgeheckt.

Und das Preußentum hat sich die Sache so gedacht: Wenn die Polen in einem Staate mit Gewalt die Freiheit wiedererlangen sollten, dann kommen die beiden anderen Staaten dem dritten gleich zu Hilfe. Wenn aber einer dieser Staaten freiwillig den Polen irgendwelche Freiheiten geben wollte, dann würden es die beiden anderen Staaten wiederum nicht gestatten. Und das Preußentum hat gedacht, daß die Polen angesichts einer solchen Lage vollständig werden untergehen müssen. Die ganze Schwierigkeit lag nur darin, daß das Preußentum seine Raubpläne gemacht hat, ohne daran zu denken, daß noch ein Gott im Himmel lebt. Das Preußentum hat vergessen, daß dieser Gott es nicht gestattet, daß die Bäume in den Himmel wachsen. Das Preußentum hat auch vergessen, daß dieser Gott auch seine Pläne hat und er es mitunter liebt, mit ihnen in wunderbarer Weise die gottlosen menschlichen Pläne zu durchkreuzen und sie zunichte zu machen.

Es ist ja gewiß wahr, daß wir uns mit dem Willen Gottes für die Fehler und Sünden unserer Väter bei fremden Völkern herumtreiben. Aber nicht deshalb hat uns Gott in fremde Gefangenschaft gegeben, daß wir vollständig zugrunde gehen, sondern dazu, um uns im Feuer der Leiden von unseren Fehlern zu befreien und unser Volk zum Apostel seiner Lehre unter den Völkern zu machen und um uns schließlich eine bessere Zukunft zu geben, wenn wir sie verdient haben.

So hat auch Gott, obwohl er uns in fremde Gefangenschaft gegeben hat, doch darüber gewacht, um unsere Vernichtung nicht zuzulassen, die uns das uns feindliche Preußentum immer gewünscht hat und immer wünscht.

Dieser Plan der Teilung Polens unter den drei Reichen war ein sehr durchtriebener und wie ein aus der Hölle stammender Plan. Aber auch die Hölle hält nicht Stand mit ihren Plänen gegenüber der Weisheit und Allmacht Gottes. Und die Wege und Mittel der Weisheit Gottes sind mitunter wunderbar.

Durch Gottes Fügung sind im Jahre 1866 zwei Teilungsmächte in Streit geraten. Es brach ein blutiger Krieg zwischen Österreich und Preußen aus, und Österreich wurde aufs Haupt geschlagen. Nach dem Kriege gab Kaiser Franz Josef, um das geschwächte Kaiserreich Österreich zu stärken, und die in ihm wohnenden fremden Völker seinem Throne anhänglicher zu machen, ihnen verschiedene politische Freiheiten. Auf diese Weise haben auch unsere Brüder in Galizien eine größere Freiheit erlangt und namentlich eine gewisse Selbstverwaltung mit einem nationalen Landtage in Lemberg. Die Preußen betrachteten dies natürlich mit scheelem Auge, aber die österreichische Regierung machte ihr das zum Pöffen. Und ein zweites Mal erdreisteten sich die Preußen nicht, einen Krieg zu führen, denn dann wäre Napoleon III. den Österreichern zu Hilfe gekommen, und Preußen war damals noch zu schwach, um sich mit Frankreich in einen Krieg einzulassen. Also obwohl es sie schwer geärgert hat, konnten sie doch nichts machen. Schließlich trösteten sie sich damit, daß nur Österreich seinen Polen eine gewisse Freiheit gegeben hatte, während die Russen sie bedrückten und nach dem preussischen Beispiele sie weiter bedrücken werden.

Das dauerte ungefähr fast ganze 40 Jahre hindurch, und die Preußen bedrückten im Laufe dieser 40 Jahre die Polen immer schärfer und traten sie immer mehr mit Füßen.

Doch nicht genug damit! Um den Polen noch mehr zu schaden, hat das Preußentum die russische Regierung zu noch größeren Verfolgungen ihrer Polen aufgewiegelt, und die dumme russische Regierung ist mit Hilfe ihres vertierten Tschinowniktums (Beamtentum) so vorgegangen, wie es das Preußentum gewünscht hat.

Doch der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht.

Dort im fernen Osten fand sich das kleine Japan, das für Rußland und für ein solches zaratisches und tschinownitsches (Beamten-) Rußland zur Gottesgeißel wurde und ihm den Kopf wusch wie Preußen im Jahre 1866 Österreich.

Und auch hier war die Folge eine ähnliche wie in Österreich im Jahre 1866. Die zaratische Regierung, die durch den Krieg und durch die Revolution im eigenen Lande geschwächt und beinahe zum Verfall geführt worden ist, dachte daran, den ihr unterlegenen Völkern mehr Freiheiten zu gewähren. Und auch bei dieser Gelegenheit zogen unsere Brüder im Königreich Polen einen kleinen Nutzen davon. Sie atmeten freier auf nach 50-jähriger schrecklicher Verfolgung, zu der die Preußen in ihrem Interesse und zu ihrem Vorteile die dummen Moskowiter aufgerebet hatten.

Darum werden sich auch unsere Brüder im Königreich, die niemals daran gedacht hatten, sich von Rußland loszureißen, sondern die sich nur nach größerer Freiheit gesehnt haben, jetzt umso anhänglicher zu Rußland erweisen. Sie werden offen zeigen, daß sie wünschen, daß Rußland mächtig werde, damit es sie vor dem gierigen und dem Polentum feindlichen Preußentum verteidigen kann. Deshalb haben die Polen auch im russischen Reichstage, in der sogenannten Duma, mit ihren Stimmen die Forderungen durchgebracht, die die russische Regierung für ihre Armee gestellt hat.

Aber unsere Brüder im Königreich Polen erwarten noch größere Freiheiten und Konzessionen von seiten der russischen Regierung. Darum haben sie in der Duma einen Antrag auf Verleihung der Selbstverwaltung dem Königreiche Polen gestellt, natürlich in den Grenzen Rußlands und im engen Zusammenhange mit Rußland. Sie wollen nämlich Rußland angehören, was der Kriegsminister in der Duma gelobt hat. Die Duma wird diesen Antrag der polnischen Fraktion jedenfalls annehmen. Und die russische Regierung wird, wenn sie auch nicht gleich auf dieses Projekt eingehen sollte, früher oder später den Polen die Selbstverwaltung geben, weil das Interesse des russischen Reiches es erfordert, daß die Polen zufrieden sind und treu zu Rußland halten.

Wenn die russische Regierung nicht gleich darauf eingehen wird, dem Königreich Polen die Selbstverwaltung zu geben, so wird die Schuld an dem Preußentum liegen. Denn das Preußentum fürchtet sich dieser Selbstverwaltung im Königreich, wie der Teufel vor geweihtem Wasser. Dann werden nämlich zwei Teile der polnischen Nation frei sein, und zwar der Teil unter Österreich und der Teil unter dem Moskowiter. Nur wir unter den Preußen allein bleiben in schwerer Gefangenschaft unter der Fuchtel der antipolnischen Gesetze. Die ganze Welt wird dann noch um so eifriger ihre Aufmerksamkeit den Gewalttaten zuwenden, die das Preußentum sich den kulturellen und menschlichen Grundsätzen gegenüber zu Schulden kommen läßt.

Darum hat das Preußentum auch ein Interesse daran, auf die russische Regierung ihren Einfluß dahin auszuüben, daß sie den Polen die Selbstverwaltung versagt.

Es ist bekannt, daß die russische Regierung fortwährend in Geldverlegenheit ist und überall sucht, weitere Anleihen aufzunehmen. Gegenwärtig fällt es ihr schwer eine Anleihe zu bekommen. Diese schwierige Lage der russischen Regierung will das Preußentum wiederum zu seinem Vorteile und zur Bedrückung der Polen ausnützen.

So war im höheren Auftrage vor kurzer Zeit der Berliner Bankier Mendelssohn, natürlich ein Jude, in Petersburg, und er soll der russischen Regierung erklärt haben, daß die deutsche Regierung den deutschen Bankiers zureden werde, der russischen Regierung eine Anleihe zu gewähren, wenn die russische Regierung den Polen nicht die Autonomie oder die Selbstverwaltung und weitere Freiheiten geben wird. Angeblich soll auch der deutsche Gesandte in dieser Angelegenheit beim Zaren gewesen sein.

So, liebe Brüder, geht das Preußentum vor. Wo nur für unsere Brüder die Morgenröte besserer Zeiten anbricht, da intriguiert gleich das Preußentum. Und wenn es ihm gelingt, das zu durchkreuzen, dann beginnt es gleich wieder auf uns mit seiner Faust dreinzuschlagen und uns mit Hilfe von Ausnahme-gesetzen schnöde zu behandeln.

So war es immer, liebe Brüder, die ganzen 135 Jahre hindurch von der ersten Teilung unseres Vaterlandes Polens an.

Doch vergesst nicht, daß uns Gott schützt. Der Schutz Gottes wird früher oder später diese preußischen Bemühungen und Bestrebungen durchkreuzen. Dieser Gott wird auch uns Polen unter den Preußen sicherlich eine bessere Zukunft bereiten, wenn wir es nur verdient haben.

Vertrauen wir auf Gott und seien wir stark durch die Hoffnung!

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 21. Mai 1907:

Wir haben einen neuen Märtyrer!

Unter dieser Überschrift haben wir aus Löbau am 15. d. M. folgendes Schreiben erhalten:

Die ganze Umgegend befindet sich noch unter dem Eindrucke jenes Urteils des Löbauer Gerichts, durch das 8 Priester zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden sind, wofür sie das Volk mit umso größerer Ehre umgibt, — und nun ist heute hier wiederum ein sehr interessantes Urteil gefällt worden.

Ein gewisser Kartut, ein polnischer Masure, der heute 16 Jahre zählt, ist vor zwei Jahren katholisch geworden. Seit seiner frühesten Jugend hatte er den katholischen Glauben lieb gewonnen, und er wollte auf jeden Fall katholisch werden. Das preußische Gesetz gestattet dies aber erst nach beendetem 14. Lebensjahre. Die preußische Behörde wollte den Kartut einige Monate vorher mit Gewalt hier aus der katholischen Umgebung entfernen, um ihn entweder in irgend einer lutherischen Anstalt unterzubringen oder in Zwangs-erziehung zu geben.

Der Knabe rückte damals aus, und niemand wußte, wo er sich aufhielt; der Staatsanwalt hat ihn sogar steckbrieflich verfolgt. Als Kartut das 14. Lebensjahr vollendet hatte, kehrte er nach Löbau zurück und erklärte — dem Gesetze entsprechend —, daß er katholisch sei.

Jetzt begannen erst auf der Polizei und auf dem Gericht Verhöre darüber, wer ihm zur Flucht verholfen hätte, wer ihn versteckt gehalten habe usw. Außer ihm wurden auch andere Leute verhört; doch sie konnten nichts herausbekommen. Jetzt, da der Knabe bereits 16 Jahre alt ist, wollte man von ihm unter Eid eine Aussage erzwingen, um diejenigen zu bestrafen, die ihm bei dieser Sache, sei es mit Rat oder Tat, behilflich gewesen waren. Der wackere Knabe hat niemanden verraten, und deshalb hat man ihn ins Gefängnis gesteckt. Auch unser ehrwürdiger Propst ist verhört worden, doch ebenfalls ohne Erfolg.

Landsleute! So wie ihr für unsere für die Verteidigung des hl. Glaubens zu Gefängnis verurteilten Priester gebetet habt, so betet auch für diesen jungen Helden-Märtyrer, damit ihn der liebe Gott in diesem Leiden für den Glauben tröste.

Aus Nr. 37 des Mazur (Ortelsburg)

vom 12. Mai 1907:

Wie die Reichen mit dem armen masurischen Volke umgehen.

Während der Reichstagswahl hat der Wirt B. aus L. im Ortelsburger Kreise einen Schuppen gebaut. Er hat darauf ein Darlehn erwartet, das er jedoch nicht erhalten hat, weil er, wie er erzählt, den Wahlausruß für den Kandidaten der Masurischen Volkspartei unterschrieben und für Herrn Labusch gestimmt hat. Also diejenigen, von denen er ein Darlehn erwartet hat,

haben ihm die Hilfe versagt. Der Wirt B., der sicher auf ein Darlehn gerechnet hat, war nahe dem Ruin.

In dieser unangenehmen Lage wandte sich Herr B. an den Sekretär der Masurischen Volkspartei, Herrn Zielinski in Ortelsburg. Herr B. hat sich um ein Darlehn für Herrn B. aus der „Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaft“, einer großen polnischen Bank in Posen, bemüht. Herr B. wandte sich nun an den Rechtsanwalt und Notar Herrn Hassenstein, damit er als zuständiger Beamter einen Antrag beim Gericht in Willenberg um Genehmigung der Aufnahme der Summe als Hypothek stelle, die B. sich von der Bank leihen wollte. Das ist am 18. März geschehen. Herr B. hat Herrn Hassenstein noch gebeten, daß er die Sache beschleunigen möchte, weil er Geld brauche. Herr Hassenstein erlaubte sich bei dieser Gelegenheit dem Wirt Vorhaltungen zu machen, weshalb er von Polen Geld borge, er werde sich anderswo um eine Anleihe für ihn bemühen. Solche Vorhaltungen und Vorschläge stehen ihm nicht an, es wäre also besser gewesen, wenn Herr Hassenstein sich die erspart hätte!

Vom Notariatsbureau ist der erwähnte Akt angeblich gleich nach Willenberg geschickt worden, aber Herr B. bekam nichts zu hören. Er fuhr einmal nach Ortelsburg und dann wieder nach Willenberg. Hier auf dem Gericht wurde ihm gesagt, daß die Sache an Herrn Hassenstein nochmals zurückgeschickt worden wäre, weil noch eine kleine Aufklärung notwendig sei. Also der arme Wirt wartet wiederum.

Während dieser Zeit, am 9. April, fand in Ortelsburg ein Markt statt. Der Wirt B. kommt nach Ortelsburg gefahren und beizt sich bekümmert zu Herrn Hassenstein mit der Frage, was diese lange Verzögerung bedeute? Und was ergibt sich?

Bei Herrn Hassenstein liegt ruhig das Schreiben des Gerichts, in dem das Gericht anfragt, ob diese Bank eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft anderer Art sei, oder mit anderen Worten, Herr Hassenstein sollte an das Gericht einfach schreiben: Die „Bank Związków Spółek Zarobkowych“ (Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften) ist eine Aktiengesellschaft, und der Wirt hätte das Geld in fünf Tagen gehabt. Herr Hassenstein hat das nicht getan, doch höret, unter welchen Umständen das geschehen ist.

Das Schreiben des Gerichts Willenberg ist Herrn Hassenstein am 26. März zugesandt worden. In diesem Schreiben war gesagt, daß Herr Hassenstein im Laufe zweier Wochen antworten sollte, also spätestens bis Dienstag den 9. April. Indessen hat Herr Hassenstein in dieser Angelegenheit weder etwas getan, noch an Herrn B. geschrieben, noch ihn aufgefordert, zu ihm zu kommen. Dieses gerichtliche Schreiben hat noch den Vermerk „Eilt“ getragen, und im letzten Satz des Schreibens ist Herr Hassenstein nochmals um Beschleunigung der Angelegenheit gebeten worden.

Auf die Frage, weshalb das so gekommen wäre, erhielt der Wirt B. im Bureau des Herrn Hassenstein zur Antwort: **Sie haben doch kein Geld zu Porto hier gelassen!** Seinerseits hat Herr Hassenstein schon am 18. März die ihm zustehende Notariatsgebühr in Höhe von 18 Mk. von Herrn B. genommen.

Der Wirt B. begab sich mit diesem gerichtlichen Schreiben zu Herrn Zielinski mit der Bitte um Rat. Nachdem er von Herrn Z. die mündliche und schriftliche Antwort erhalten hatte, daß jene Bank eine Aktiengesellschaft sei, kehrte er ins Bureau des Herrn Hassenstein zurück und bat, daß auf Grund dieser Auskunft dem Gericht geantwortet werden sollte. Und was geschieht?

Einer der Beamten des Herrn Hassenstein nahm das Schreiben des Herrn Zielinski und das amtliche Schreiben des Willenberger Gerichts und warf es

auf den Boden; über dieses wunderbare Vorgehen schlug die Frau des Herrn B. die Hände über dem Kopf zusammen. Bei diesem Vorgange waren Herr B. nebst Frau mit noch einigen anderen Personen anwesend. *)

Urteilt selbst, liebe Leser, über diese Angelegenheit. Jede Woche verkündet der **Pruski nieprzyjaciół Ludu** (Preussischer Feind des Volkes), wie gut die Masuren behandelt würden — nun hier habt ihr diese Güte. Also sogar, wenn ein masurischer Pole nach einem armen masurischen Polen mit aktiver Hilfe die Hand ausstreckt, dann wird das verhindert? Wo ist denn, reiche Herren, diese eure Hilfe? Etwa eine solche Hilfe? Dafür danken wir bestens.

Dem **Pruski** in Königsberg, der in der Kunst des Denunzierens erprobt ist, geben wir mit diesem Artikel Gelegenheit, sich weitere Verdienste zu erwerben. Weil wir so sehr in Anspruch genommen sind durch die Arbeit an dem Wohle des masurischen Volkes, haben wir keine Zeit, den Artikel zu übersehen und den Behörden mitzuteilen, möge es aber der „Pruski“ machen, und er wird dieser Angelegenheit einen Dienst erweisen.

Aus Nr. 62 der Gazeta Grudziądzka
vom 23. Mai 1907:

Verent.

Der als Germanisator bekannte Propst Kralewski hat unsere Parochie verlassen, worüber fast die ganze Gemeinde befriedigt ist. Flehen wir zu Gott, daß er uns einen Priester sende, der zusammen mit uns fühlt und unsere Bedürfnisse versteht. Jedenfalls werden unsere Landsleute in der Parochie Wienboik über die Ankunft des neuen Propstes nicht sehr erfreut sein, obwohl ja das Fundament der Germanisierung schon durch den Pfarrer Behrendt gelegt worden ist. Hoffen wir jedoch, daß sich unsere dortigen Landsleute nicht germanisieren lassen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom Mai 1907:

Gauangelegenheiten.

Bericht über die Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte des V. Gaues des Bundes der polnischen Sokols im deutschen Reiche, die am Sonntag, den 7. April 1907 in Berlin abgehalten wurde.

Um 3 Uhr eröffnete der Gauvorsitzende Andrzejewski die Versammlung, indem er die Versammelten mit dem Sokolgruß „Czołem“ begrüßte. Nach den Eingangsworten des Präsidenten, der unsern jetzigen Stand schilderte, wurde nachstehende Tagesordnung angenommen:

1. Mandatsprüfung der Anwesenden.
2. Bericht über die Versammlung der Bundesdelegierten.
3. Gantag.
4. Bekanntmachungen des Vorstandes.
5. Anträge der Vereine.
6. Freie Aussprache.

*) Wir bemerken, daß Herr B. am 10. April mit der Auskunft zum Gericht nach Willenberg gefahren ist, daß jene Bank eine Aktiengesellschaft sei, und am 13. hatte er schon das Geld aus Posen.

Zu 1. Von 23 zum Gau gehörigen Vereinen waren 14 vertreten und zwar:

Verein	Vorsitzender	Turnwart
Annahütte	Szafranski	—
Berlin I	Sanok	Dwsianny
Berlin II	Schmidt	Zydowicz
Charlottenburg	Bruch	Kasprowicz
Frankfurt a. O.	Wandel	—
Hennigsdorf	Stempin	Szymanski (Vertreter)
Kalkberge	Wojdowski (Vertreter)	—
Alt. Räschen	—	Wolniaszef
Linden	Tomeczak	—
Leipzig	Regel	Walicki
Rixdorf	Andrzejewski	Pogorzelski
Stettin	Dembinski (Vertreter)	Melicharek
Weißensee	Tyslerowicz	Kendzierski
Senftenberg	Kaczmarek	—

Ihr Nichterscheinen hatten entschuldigt:

Delmenhorst, Grohn, Wilhelmsburg, Altona-H., Cleitwiz.

Nicht entschuldigt hatten ihr Ausbleiben:

Neuwelzow, Niederlehme, Rauno, Schöneberg.

Zu 2. Den Bericht über die Versammlung der Bundesdelegierten erstattete Kamerad Odoniewski. Er wiederholte die gefassten Beschlüsse und zwar:

Die Angelegenheit der Beitragszahlung für den Bund.

Alle Vereine sind verpflichtet, ihre Beiträge bis zum 1. Juli 1907 zu bezahlen. Zu senden sind dieselben an den Bundeschatzmeister Teofil Preis, Posen, St. Martinstr. 64.

Im Oktober eines jeden Jahres sind offizielle Kosciuszkoferien zu begehen.

In Sachen der Abstinenz ist eine Resolution folgenden Wortlautes angenommen worden: Die Delegiertenversammlung empfiehlt den Sokols, die Abstinenz zu verbreiten und sich alkoholhaltiger Getränke zu enthalten.

Zu 3. Gautage. Nach dem Referat des Kameraden Lange und nach Diskussionen der Kameraden Tomeczak, Odoniewski und Kaczmarek, wurden Kreis-Sokolstage in Berlin, Wilhelmsburg und Senftenberg beschlossen.

Zu 4. Bekanntmachungen. In Sachen der Sparfamkeit ist nachstehende Resolution vorgelegt worden:

„Die Landsleute, die in der Fremde arbeiten, verdienen mehr als im Heimatlande. Deshalb ist es auch unsere Pflicht, Geld zu sparen, um uns später in unserm Heimatlande ansiedeln zu können. Die gesparten Gelder sind nur in polnischen Banken unterzubringen. Wenn am Orte keine polnische Bank besteht, muß man das Geld an eine Bank in der Heimat senden. Den Vorsitzenden empfehlen wir, die nachstehend beschriebenen Einzahlungsstellen einzurichten, durch deren Vermittelung unsere Kameraden das Geld an unsere Banken senden können.“

Beschreibung der Einzahlungsstellen: „Die Kameraden wählen einen Sokol, der allgemeines Vertrauen besitzt, und führen die ersparten Groschen an ihn ab. Der gewählte Kamerad hat die Pflicht, die eingesammelten Gelder an die Bank abzusenden.“

In Sachen der polnischen Unterrichtsstunden, der Kurse in der Geschichte und der Bibliotheken ist nachstehende Resolution angenommen worden:

„In anbetracht des Umstandes, daß eine große Zahl von Kameraden die polnische Sprache in Wort

und Schrift mangelhaft beherrscht, wird den Vorsitzenden empfohlen, in jedem Verein ohne Ausnahme polnische Unterrichtsstunden einzuführen. Außer Lesen und Schreiben nach Diktat sollen die Kameraden auch in der polnischen Geschichte unterrichtet werden. In jedem Verein wird sich ein Kamerad befinden, der es verstehen wird, den Unterricht zu leiten, und wir fordern deshalb alle auf, sofort mit dem Unterricht zu beginnen.

Außerdem muß in jedem Verein eine Bibliothek existieren und in ihr Werke über die polnische Geschichte, Bücher über Kosciuszko und andere berühmte Männer. Der Gauvorstand dient in dieser Hinsicht gerne mit weiteren Informationen, ist auch bereit, beim Ankauf neuer Bücher für die Bibliothek zu unterhandeln.“

Dann wurde die Mitgliederzahl der einzelnen Vereine, für welche Beiträge an den Bund gezahlt werden sollen, festgestellt.

Kamerad Lange legte ein technisches Kommunikat vor, welches Vorschriften für Übungen, Ausflüge, Wettturnen und über den Turnanzug enthält.

Zu 5. Anträge der Vereine:

a) Leipzig stellt den Antrag, in unserem Organ alle Anträge, die in unsern Zusammenkünften besprochen werden sollen, 4 Wochen vor der Zusammenkunft zu veröffentlichen. Nach Besprechung durch den Referenten gibt Leipzig seinem Antrag die Form eines Wunsches.

b) Leipzig stellt den Antrag, die Gaukasse möchte einem der 2 Delegierten der entfernter liegenden Vereine die Reisekosten zurückerstatten. Der Gauvorstand antwortet durch den Kameraden Odoniewski, daß bei der gegenwärtigen Lage unseres Gaues die Kasse nicht imstande ist, alle Reisekosten zu tragen, worauf Leipzig seinen Antrag zurückzieht.

c) Senftenberg stellt den Antrag, ihm die Reisekosten zu ersetzen, was bewilligt wurde.

d) Altona-H. stellt den Antrag, die Zusammenkünfte während der Oster- oder Pfingstfeiertage abzuhalten. Der Referent Sanok weist auf § 3 des Gaureglements hin, der die Zeit der Zusammenkünfte vorschreibt.

Zu 6. Freie Aussprache — ergriffen noch das Wort die Kameraden Kaczmarek, Tomeczak, Dembinski, Melicharek, Lange, Andrzejewski. Bestellt wurden 5 Exemplare der Geschichte von Baczynski und 8 Exemplare Thadäus Kosciuszko von Anton Choloniewski.

Mit dem Gesange der Hymne „An die Arbeit“ wurden die Beratungen 7 Uhr abends geschlossen.

Czolem!

B. Andrzejewski,
Vorsitzender.

C. Borowicz,
Schriftführer.

*

*

*

Aus Nr. 116 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 24. Mai 1907:

Der Dziennik Berlinski veröffentlicht in polnischem Wortlaut die vom Berliner Provinzialschulkollegium an den Schuhmacher Zielichowski-Berlin gerichtete Verfügung, nach welcher die gegen J. wegen Unterhaltung einer Privatschule festgesetzte Geldstrafe von 50 Mk. wieder aufgehoben wird und knüpft folgende Bemerkung daran:

Dieses erhabene Merkmal preussischer Kultur und preussischer Toleranz werden wir ebenfalls dem Krakauer National-Museum überweisen, damit die Nachwelt die Kunst des Regierens der Preußen über

die Polen am Anfange des 20. Jahrhunderts bewundern und sich die Verhältnisse vergegenwärtigen könnte, welche zur Zeit der Regierung des preussischen Unterrichtsministers von Stundt geherrscht haben!

Aus Nr. 119 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 28. Mai 1907:

In der am 26. Mai 1907 in Berlin abgehaltenen Versammlung der Vertreter der drei polnischen Berufsverbände wurde die nachstehende Entschliessung gefasst:

Die Polen aus Berlin und Umgegend, versammelt am 26. Mai 1907, gehen von dem Grundsatz aus, daß alle Erscheinungen des sozialen und ökonomischen Lebens der Polen durch polnische Organisationen einbegriffen werden sollten, sie erachten es für erforderlich, daß die polnischen Handwerker und Arbeiter in Berlin und Umgegend danach streben sollten, sich in polnischen Berufsorganisationen zu vereinigen.

In anbetracht dessen, daß eine selbständige polnische Berufsorganisation in Berlin keine Aussicht auf eine gedeihliche Entwicklung hat, fordern die Versammelten auf, daß sich die in der Versammlung durch ihre Delegierten vertretenen drei polnischen Berufsorganisationen untereinander und sodann mit den Vertretern der Handwerker- und Arbeiterkreise Berlins und seiner Umgebung verständigen wollten und daß nach erfolgter Verständigung eine dieser Organisationen sich mit der Organisierung der Handwerker und Arbeiter Berlins und seiner Umgegend befassen möchte.

Aus Nr. 113 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 15. Mai 1907:

In der am 9. Mai 1907 in Linden-Dahlhausen im Schiller'schen Lokale abgehaltenen polnischen Versammlung wurde die nachstehende Resolution angenommen:

Wir hier versammelten Polen beschließen in betreff der Seelsorge folgendes:

1. Wir sind Söhne der römisch-katholischen Kirche und wollen es auch weiter bleiben, deshalb müssen wir ausreichende Seelsorge in unserer Muttersprache haben.
2. In Erwägung dessen, daß die Passionszeit binnen kurzem beendet ist, in Linden-Dahlhausen gegen 3000 Polen leben, von denen der größere Teil noch nicht zur Osterbeichte war;
3. in Erwägung dessen, daß wir zur Erlangung der Seelsorge in unserer Muttersprache alle Mittel angewandt haben und unser Streben dessenungeachtet ohne Erfolg geblieben ist, fragen wir den ehrwürdigen Pfarrer, was er mit jenen Seelen beginnen will.
4. Für alle Folgen, die daraus erwachsen, daß wir unsere Pflichten gegenüber der römisch-katholischen Kirche nicht erfüllen können, machen wir den ehrwürdigen Pfarrer verantwortlich. Wir bitten den ehrwürdigen Herrn Pfarrer, uns auf unsere Resolution bis zum nächsten Sonntag zu antworten, andernfalls wir gezwungen sein werden, uns an die höhere kirchliche Behörde zu wenden.

Aus Nr. 113 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. Mai 1907:

Ein neuer Verein.

In Venrath bei Düsseldorf fand am 12. Mai eine Versammlung zwecks Gründung eines neuen Vereins statt. 35 Landsleute traten dem Vereine, der die Benennung St. Antonius-Verein führt, bei.

In den Vorstand wurden gewählt:

M. Wojciechowski, Vorsitzender,
Wiganowski, Stellvertreter,
Szołtak, Schriftführer,
Krolit, Stellvertreter,
Solarek, Kassierer,
Amborski, Stellvertreter.

Die nächste Versammlung findet am 26. Mai im Lokale „Venrather-Hof“ statt.

Alexander Rajdrowski.

Aus Nr. 114 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 19. Mai 1907:

Ein neuer Verein in Hordel.

Am 12. Mai wurde in einer öffentlichen Versammlung in Hordel ein neuer polnisch-katholischer Verein gegründet. Zum Schutzpatron wählte man den hl. Lorenz. Nach Verlesung der Statuten traten dem Verein 30 Landsleute bei.

Dem Vorstande gehören an:

Wladisl. Szymanski, Vorsitzender,
Kasper Katakajak, Stellvertreter,
Ign. Katakajak, Schriftführer,
St. Bala, Stellvertreter,
Leo Leciejewski, Kassierer,
Michael Klemens, Stellvertreter.

Aus Nr. 51 des Sokół (Posen)
vom Mai 1907:

Gelsenkirchen I.

B e r i c h t

über die Tätigkeit des Vereins Gelsenkirchen I und über die Jahres-Generalversammlung am 6. Januar 1907.

Zu Beginn des Jahres 1906 waren 33 zahlende Kameraden vorhanden. Im Laufe des Jahres traten 47 bei. Zum Militär gingen 4 Kameraden, nach Amerika reisten 4 Mitglieder. Wegen Nichtbezahlens der Monatsbeiträge wurden 26 Kameraden gestrichen, so daß für das Jahr 1907 47 zahlende Kameraden übrig blieben. Zwölf Monatsversammlungen fanden statt. Ferner fünf außerordentliche Versammlungen, in denen Vorträge und Vorlesungen gehalten wurden.

Der Verein übt in zwei Abteilungen und zwar: an den Geräten und in einer Abteilung für Freizeitübungen. Der Verein hat sich an dem Gantag in Holland beteiligt. Im Laufe des Jahres wurden drei Vergnügungen arrangiert.

In den Vorstand wurden für das Jahr 1907 folgende Kameraden gewählt:

Adam Michczyński, Vorsitzender,
Ludwig Wojczyński, Schriftführer,
Albalt Koscielny, Schatzmeister,
Kasimir Kobakowski, Turnwart,
Norbert Jozefowicz, stellvertretender Turnwart.
Czolem!

L. Wojczyński,
Schriftführer.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom Mai 1907:

Jahresbericht des Turnvereins Sokół.

Röhlingshausen.

Im Laufe des Jahres zählte unser Verein 73 Kameraden. Von diesen wurden wegen Nichtzahlens der Beiträge 19 gestrichen; hierbei kommt die Gesamtzahl des Vereins Sockel in Betracht. An Versammlungen wurden abgehalten: 1 Generalversammlung, 3 Vorstandssitzungen und 12 Monatsversammlungen. In den Versammlungen beschäftigte man sich außer mit Vereinsangelegenheiten mit Vorlesungen und Beiträgen historischen und belehrenden Inhalts, die von der aus 5 Kameraden bestehenden Unterrichtskommission gehalten wurden. Jeder Kamerad, der sich meldet, wird zum Halten eines Vortrages oder einer Vorlesung zugelassen. An den Sitzungen beteiligten sich durchschnittlich 27 Kameraden. Die Bibliothek, die von den Kameraden eifrig benutzt wird, ist am 18. März 1906 angelegt worden und zählt 32 Bände. Auf dem Gantag am 17. Juni 1906 holte sich der Verein den dritten Preis, von den Einzeltournern Kamerad Olejniczak den zweiten und Kamerad Ratajczak den 14. Preis. Der Verein arrangierte zwei Vergnügungen, das Stiftungsfest und das Herbstfest. Dreimal fand ein Preisschießen nach der Scheibe statt. Die Einnahmen betrugen 497,40 Mark, die Ausgaben 479,30 Mark.

In der Generalversammlung wurden folgende Kameraden in den Vorstand gewählt:

Aldalbert Portka, Vorsitzender, Ignaz Dubisz, Stellvertreter, Franz Bala, Schriftführer, Stanislaus Nowak, Stellvertreter, Franz Gniatczuk, Schatzmeister, Thomas Wasik, Stellvertreter, Johann Krenpulec, Bibliothekar; Franz Gyprian, Stellvertreter, Johann Wozniak, Turnwart, Stanislaus Szwedek, Stellvertreter. Im laufenden Jahre finden die Versammlungen monatlich am dritten Sonntag, nachmittags 4 Uhr statt, die Übungen zweimal wöchentlich, am Mittwoch und am Freitag 5 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Fr. Peter, Bochumerstraße.

Briefe, die den Verein betreffen, bitte ich an den Vorsitzenden, Aldalbert Portka in Röhlingshausen, Verbindungsstr. 2, zu senden.

Czolem!

Franz Bala,
Schriftführer.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom Mai 1907:

Gladbeck.

Die Versammlung zum Zwecke der Gründung eines Turnvereins Sokół fand am 9. April d. J. 1/2 12 Uhr im Richardschen Saale in Gladbeck, Hermannstraße statt. Sie eröffnete Kamerad Jozef Lazarewicz mit dem katholischen Gruß und der Sokółlosung „Czolem“. Kamerad Jozef Lazarewicz behandelte in längerer Rede die Lage der Polen, ferner die Ziele des Sokółtums und die Grundsätze für die Übungen. Kamerad Walentin Kędziora verlas die Statuten und Bestimmungen des Sokół, die einstimmig angenommen wurden.

Der Turnwart des VII. rheinländischen Gaues erläuterte in einer längeren warm empfundenen Rede die Ziele des Sokół und den Nutzen des Turnwesens. Es sprachen noch die Kameraden Valentin Nowak aus Alt-Essen, ferner die Kameraden Kędziora und Galinski. 47 Mitglieder traten bei. Dann wurde zur Wahl

des Vorstandes geschritten. Zum Vorsitzenden wurde Jozef Lazarewicz gewählt, zum Schriftführer Franz Jamry, zum Schatzmeister Jozef Weis, zum Turnwart Anton Piaszczynski, der Erzieher der Ostrower Sokół, der als Sokół im Vaterlande sogar 6 Tage im preussischen Gefängnis zu schmecken bekommen hatte. In den Rat wurden gewählt die Kameraden Kędziora als stellvertretender Vorsitzender, Pazat als stellvertretender Schriftführer, Michalak als stellvertretender Schatzmeister. Revisoren sind die Kameraden Lorenz, Stanek und Wladislaus Tajchert. Der Verein „Sokół“ in Gladbeck hat sich dem VII. rheinländischen Gau angeschlossen. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, 3 Uhr nachmittags statt und die Übungen jeden Donnerstag und jeden Sonntag 7 Uhr abends. Zuletzt möchten wir noch jene Landsleute, die keine Gelegenheit hatten, sich als Mitglieder einzutragen zu lassen, auffordern, zu den Übungen oder Versammlungen zu kommen, denn nur wenn wir zahlenmäßig stark sind, werden wir kräftig sein.

Czolem!

Der Vorstand.

Jozef Lazarewicz,
Vorsitzender.

Fr. Jamry,
Schriftführer.

Alle Briefe, die unsern Verein betreffen, bitten wir an unsern Vorsitzenden unter der Adresse:

Jozef Lazarewicz,
Westfalen, Gladbeck, Hermannstraße Nr. 61 zu senden.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom Mai 1907:

Laar.

Am 16. Dezember 1906 fand die Generalversammlung statt. Der Verein zählt 65 Mitglieder, 25 turnende, 37 nichtturnende. Die Übungen finden jeden Donnerstag 9 Uhr abends im Lokale des Herrn Schraven, Kaiserstr. gegenüber der katholischen Kirche statt. Das Vereinsvermögen beträgt 150 Mk. In den Vorstand wurden gewählt: Thomas Sprulewicz, Vorsitzender; Stanislaus Kubiak, Schriftführer; Anton Horvath, Schatzmeister; Lorenz Ryba, Turnwart; Johann Dobron, Unterturnwart.

Die Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat statt.

Czolem!

T. Sprulewicz,

D. Ruhrort, Hüttenstraße 1.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 120 des Górnolazak (Kattowitz)
vom 29. Mai 1907:

Die Antwort des Papstes.

Die Schles. Ztg. gibt die Antwort des Papstes wieder, die von dem Geistlichen Adam Sapieha zu Händen des Herrn Roman v. Komierowski überliefert worden ist. Sie gibt sie aber in ihrer Weise, an der wichtigsten Stelle gefälscht, wieder. (Sie überseht nämlich den 3. Absatz der päpstlichen Antwort in folgender Weise: „Der hl. Vater empfiehlt allen, die zur Entwirrung der schwierigsten und verwickeltsten An-

gelegenheiten beitragen, Ruhe und Überlegung, erteilt mit besonderer Liebe Sw. Hochwohlgeboren und denjenigen, welche die Adresse unterschrieben haben, sowie allen, die ihm teuer sind, den apostolischen Segen als Unterpfand heiligen Trostes."

Aus dieser Übersetzung würde hervorgehen, daß der hl. Vater den Schulstreik tadelt und daß er nur seinen Segen Herrn v. Komierowski, denjenigen, welche die Adresse unterschrieben haben, und denjenigen, welche dem Papste teuer sind, erteile. Indes lautet die Antwort des Papstes wie folgt: „Der hl. Vater empfiehlt allen diejenige Ruhe und Überlegung, die zur Lösung der schwierigsten und verwickeltesten Angelegenheiten so viel beiträgt, und erteilt mit besonderer Liebe Euer Hochwohlgeboren, wie auch denjenigen, die die Adresse unterschrieben haben, und allen, die ihnen teuer sind, den apostolischen Segen als Unterpfand himmlischen Trostes."

Das klingt ganz anders. Ruhe und Überlegung wird allgemein empfohlen. Es ist klar, daß dies die Päpste stets tun, denn sie sind die höchsten Friedensvermittler in der Welt. Alsdann erteilt der Papst seinen Segen auch allen, die den auf der Adresse unterschriebenen Personen teuer sind. Und da die Adresse von Vätern streikender Kinder unterzeichnet ist und diese Kinder den Eltern doch wohl teuer sind, so erteilt der Papst auch diesen streikenden Kindern den apostolischen Segen.

Demnach bemerken wir, indem wir die fehlerhafte Übersetzung der Schles. Ztg. berichtigen, daß der hl. Vater den Schulstreik als solchen weder tadelt, noch billigt. Aber schon die Tatsache allein, daß er ihn nicht verurteilt, daß er überdies alle segnet, die sich an den Bemühungen hinsichtlich des polnischen Religionsunterrichts beteiligen, beweist klar, daß der Schulstreik vom Standpunkt der Kirche und unseres Glaubens nicht tadelnswert ist, anderenfalls hätte die Antwort des Papstes ganz anders ausfallen müssen.

P. S. Nach Drucklegung dieses Artikels werden wir gewahr, daß die Schles. Ztg. die Übersetzung der päpstlichen Antwort nach dem „Tag“ wiedergegeben hat. Demnach hat nicht die Schles. Ztg., sondern der „Tag“ dieses Dokument falsch übersetzt.

Aus Nr. 65 des Polak (Kattowitz)
vom 4. Juni 1907:

Der Segen des hl. Vaters.

Unlängst veröffentlichten wir die Antwort des hl. Vaters auf die ihm von der Protestversammlung in Posen gegen die Schulpolitik der preussischen Regierung übersandte Adresse. Es ist bekannt, daß sich die Riesenversammlung in Posen mit dem sogenannten Schulstreik und mit dem Kampf unserer Volksgemeinschaft gegen das preussische System befaßt hatte, welches unseren Kindern gebietet, in einer fremden Sprache die ewigen Religionswahrheiten zu lernen und zu beten. Die z. H. des Herrn Roman v. Komierowski übersandte Antwort des hl. Vaters, in welcher der Segen besonders denen erteilt wird, die den Versammlungsmitgliedern teuer sind, hat in der polnischen Presse eine gebührende Beurteilung nicht gefunden, und die Sakatisten schrieben von ihr, sie sei ein kalter Wasserstrahl für die Polen. Man könnte daher glauben, daß der hl. Vater für unsern schweren Kampf kein Verständnis besitzt, und daß sein Vaterherz für uns kalt ist. Allein dem ist nicht so. Diejenigen, welche sich auf die Politik verstehen und wissen, in wie schwieriger Lage sich gegenwärtig der Papst befindet, verstehen aus seiner diplomatischen Antwort Mitgefühl für unsere

Sache und eine moralische Unterstützung in unserer schweren Lage herauszulesen.

Der hl. Vater segnet diejenigen, die unserm Herzen teuer sind, er segnet also unsere Kinderschar, über deren Zukunft in der Versammlung zu Posen beraten wurde, er segnet sie, denn sie ist unseren Herzen am teuersten und sie hat in der letzten Zeit unseres öffentlichen Lebens eine höchst wichtige Rolle gespielt.

Die Antwort des hl. Vaters ist nicht für uns, sondern für die Sakatisten ein kalter Wasserstrahl. Wenn aber der Sakatismus die Sache umgekehrt darstellt, so sagt er vollbewußt eine Unwahrheit, denn er muß die Intriguen der preussischen Regierung hinter den Kulissen kennen. Wie wir schon vorher bemerkten, haben auf die Politik sich verstehende Leute vom hl. Vater nur eine solche und keine andere Antwort erwartet. Die Lage des Vatikans in den heutigen Zeiten ist äußerst schwierig, und sie gebietet ihm eine äußerst vorsichtige Politik zu treiben, um sich nicht neue und größere Schwierigkeiten zu bereiten. Der hl. Vater hat gegenwärtig genug Unannehmlichkeiten infolge des Kampfes, den die Sozialdemokraten und Freimaurer mit der hl. Kirche in Frankreich ausfechten. Wenn der hl. Vater in der Antwort auf die polnische Adresse die preussische Regierung ohne Umschweife verurteilt hätte, wie sie es verdient, wäre, wie dies jeder verständige Mensch begreift, ein Kampf der Kirche mit der preussischen Regierung, ein Kulturkampf in großem Maßstabe ausgebrochen. Mit Rücksicht auf das Wohl der ganzen katholischen Kirche hat dies niemand gewünscht, sogar wir Polen trachteten danach nicht.

Dagegen ist es Tatsache, daß die preussische Regierung durch ihren Vertreter in Rom und durch andere ihr aufrichtig zugetane Persönlichkeiten alle Mittel in Bewegung gesetzt hat, um vom hl. Vater einfach eine Enuntiation zu erzwingen, die den Schulstreik verurteilen würde. Von diesen Bemühungen der preussischen Regierung wissen wir etwas, wir wissen sogar, daß die preussische Regierung eine gewisse Zeit davon überzeugt war, der Vatikan werde sich auf ihre Seite stellen und ihr gewisse Dienste im Kampfe mit den Polen leisten. Wir sagten uns damals sofort, daß sich die preussische Regierung in dieser Beziehung täuscht, und wir wußten von vornherein, daß sich der hl. Vater mittelbar auf unsere Seite stellen wird. So ist es auch geschehen. Die Antwort des hl. Vaters, welche die unserem Herzen Teuersten segnet, ist eine offensichtliche Niederlage der diplomatischen Bemühungen der Preußen in Rom, und sie ist eine neue Bestätigung dessen, daß sich Rom nur von Gerechtigkeit und von Rücksichten auf das Wohl der katholischen Kirche und ihrer Befekner leiten lassen kann. Wir polnischen Katholiken schulden dem hl. Vater sehr großen Dank für seine besondere Sorge, die er uns Armen und Bedrückten zuteil werden läßt.

Aus Nr. 118 des Glos Slaski (Gleiwitz)
vom 25. Mai 1907:

Der Turntag der slawischen Sokols in Prag.

Am 28. und 29. Juni d. J. wird in dem tschechischen Prag ein Turntag der slawischen Sokols stattfinden. Diesen Turntag veranstalten die tschechischen Sokols. Turntage der slawischen Sokols haben schon wiederholt stattgefunden, und wir Polen nahmen als slawische Nation an diesen Turntagen teil.

In diesem Jahre hat der Vorstand der galizischen Sokols beschlossen, sich an dem Turntag in Prag nicht zu beteiligen. Seinem Beispiel folgte auch der Vorstand der polnischen Sokols im preussischen Landesteil. Der

Vorstand der galizischen Sokols ging von der Voraussetzung aus, daß die Tschechen in einigen Angelegenheiten der polnischen Nation gegenüber eine feindliche Haltung einnahmen.

Die Ansichten, ob sich das polnische Sokolturn der Beteiligung an dem Turntage in Prag entsagen mußte oder nicht, sind in der polnischen Presse geteilt. Einige Blätter billigen den Beschluß des polnischen Sokolturns, andere tadeln ihn. Was uns anbetrifft, so hätten wir es vorgezogen, daß der Vorstand der polnischen Sokols einen solchen Beschluß nicht gefaßt hätte, wie es der Fall ist. Denn obwohl einer solchen Art von Turntagen eine zu weitgehende Bedeutung nicht beigemessen zu werden braucht, so haben sie dennoch stets eine gewisse öffentliche Bedeutung, schon allein deshalb, weil sie die einzelnen Nationen einander näher bringen, das Unbehagen und die Gegensätze verweisen und bis zu einem gewissen Grade die Solidarität der slawischen Nationen vertiefen, die sich doch nicht als etwas Nutzloses und Unnütziges unter altes Gerümpel werfen läßt.

Wir hatten aber in dieser Angelegenheit das Wort nicht ergriffen, denn nachdem der Beschluß gefaßt worden ist, werden wir ihn nicht mehr ändern, und ein Unglück für die polnische Nation können wir in dem Beschluß des Vorstandes des polnischen Sokolturns nicht erblicken.

Auch heut hätten wir diese Angelegenheit nicht berührt, wenn nicht ein Artikel im heutigen Kurjer Poznański erschienen wäre, der die ganze Angelegenheit auf falsche Bahnen lenkt und ihr eine solche Bedeutung beimißt, die ihr niemand beimeßen wollte. Der Artikel des Kurjer trägt zur Verbreitung falscher Vorstellungen und Begriffe bei und macht den Eindruck, als ob die polnische Volksgesamtheit mit der slawischen Idee nichts zu tun haben und mit ihr einen Bruch herbeiführen möchte. So verhält sich doch aber die Sache nicht. **Wir Polen gehören zu den slawischen Nationen, wir sind der Zahl, Kultur und Bildung nach einer der bedeutendsten Teile des Slawentums.** Damit muß man rechnen. Der Kurjer schreibt in seinem Artikel u. a. folgenden Satz:

„Was ist die slawische Idee für die Interessen unserer Nation, für deren Existenz und nächste Zukunft? Nichts anderes und nichts mehr als ein Traumgebilde, das sich gerade unserer Nation so schrecklich fühlbar gemacht hat, nichts anderes als eine Verwirrung der Begriffe, als eine Täuschung.“

Soviel der Kurjer. Der verstorbene preußische Minister Miquel hat uns in einer seiner letzten Landtagsreden in seinem bekannten Cynismus ungefähr folgende Worte ins Gesicht geschleudert: „Was ist für Sie die polnische Idee? Nichts anderes und nichts mehr als ein Traumgebilde, das Sie zugrunde gerichtet hat und weiter zugrunde richtet. Machen Sie sich von Ihrem Traumgebilde frei, und es wird Ihnen besser gehen. Kommen Sie zu uns Preußen, wir werden Sie unserem Schoße anschniegen, das ist besser und praktischer, als Ihre Träumerei.“

Einen so schrecklichen Hohn in so schrecklichem Cynismus schleuderte uns der verstorbene preußische Staatsmann ins Gesicht. Der Kurjer ist nicht Miquel, Miquel ist nicht der Kurjer, und wir sind weit entfernt, die Äußerungen des verstorbenen Miquel mit dem noch am Leben befindlichen Kurjer in Beziehung zu bringen, obgleich der eine die polnische Idee, der andere die slawische Idee ein Traumgebilde nennt.

Es scheint, daß der Kurjer schon aus taktischen Gründen eine solche Ansicht nicht hätte äußern sollen. Wir Polen sind Glieder der großen slawischen Familie, wir bilden eine Rassengemeinschaft mit den übrigen Slawen, und nicht nur gegen uns als Polen, sondern auch als Slawen ist der mächtige Ansturm der

germanischen Flut und der Kampfesruf der Hatatisten gerichtet, die seit Jahren einen wahren Kreuzzug gegen das slawische Element in den Ostmarken des deutschen Kaiserreichs führen.

Man kann mit dem Sokolturntag einverstanden sein oder nicht, — diese Frage lassen wir offen — einerseits kann man ihm aber keine allzu große Bedeutung beimeßen, andererseits die slawische Idee nicht herabsetzen, als ob sie uns fremd und sogar feindlich wäre. **Für die polnische Idee, für die polnische Sache werden wir nötigenfalls unser Leben lassen, für die slawische Idee werden wir unser Leben nicht hingeben, aber wir selbst dürfen ihr auch nicht Schaden tun. Wir brauchen, wir dürfen uns sogar der Täuschung nicht hingeben, daß die slawische Idee unsere einzige Rettung ist. Ein verständiger Pole tut dies auch nicht, aber man darf sie auch nicht mit Füßen treten.** Was der Kurjer schreibt, daß die slawischen Nationen in nicht geordneten inneren Verhältnissen leben, daß ihre Kultur und Zivilisation im Vergleich zu Westeuropa ungleichartig ist und viel innere Arbeit erfordert, das alles kann richtig sein. Daraus folgt aber nicht, daß wir Polen als slawische Nation zu einer noch größeren Zersplitterung dieser Verhältnisse beitragen und in der slawischen Idee nichts weiter erblicken sollen, als lediglich ein Traumgebilde.

Es ist noch nicht so lange her, als der „Drendownik“ gegen den Kampf im preussischen Landesteil nach zwei oder drei Fronten leidenschaftlich vorgegangen ist und seinen Standpunkt mit „Reife“ und „politischem Verstand“ begründete. Der heutige „Kurjer“, der ein Abklatsch des Drendownik — oder vielmehr der alte Drendownik ein Abklatsch des Kurjer — ist, ist bereit, den Kampf — mit großem Ansturm — gegen mehrere Fronten zugleich zu beginnen und zu verkündigen: „Der politische Verstand“ und die „Reife“ des Drendownik ist für den jungen Kurjer nichts weiter als ein Traumgebilde.

Es scheint uns, daß die schöne, ruhmvolle und verdienstvolle Vergangenheit des alten Drendownik einen solchen schrecklichen Hohn seitens des jungen Kurjer nicht verdienen dürfte.

Möge der Drendownik seiner Vergangenheit gedenken, und der Kurjer möge diese Vergangenheit achten!

Aus Nr. 63 des Polak (Kattowitz)
vom 30. Mai 1907:

Sokoltag in Teschen.

Den 2. Juni findet in Teschen ein Sokoltag statt, an welchem die Vereine aus dem Fürstentum Teschen, aus Westgalizien und aus dem Königreich Polen teilnehmen werden. **Zweck des Sokoltags ist, in national-polnischem Geiste auf die Intelligenz und auf die breiteren Schichten des Volks einzuwirken und auf diese Weise der Germanisierung, Tschechisierung und Sozialdemokratisierung entgegenzuwirken.** Die Wahlen im Fürstentum Teschen haben die dringende Notwendigkeit gezeigt, daß auf die Gesinnung des dortigen Volks tatkräftiger eingewirkt werden müsse, wie bisher. Bekanntlich sind von fünf dort aufgestellten polnischen Kandidaten nur zwei durchgekommen, alle anderen Kandidaten sind unterlegen.

Aus Nr. 64 des Polak (Kattowitz)

vom 1. Juni 1907:

Betrifft den Sokoltag in Teschen.

Vom Vorstand des Krakauer Sokolgaues erhalten wir folgendes Schreiben:

Kameraden! Landsleute!

Der Sokoltag des Krakauer Gaues wird Sonntag, den 2. Juni d. J. in Teschen stattfinden.

Das Sokoltum eures — des schlesischen — Gaues wird als solches an dem Turntage leider nicht teilnehmen. Der Vorstand eures Gaues hat beschlossen, sich der Teilnahme an unseren Sokoltagen zu enthalten, bis diese Angelegenheit durch die Gerichtsbehörden zu euren Gunsten entschieden sein wird.

Wir halten diesen Beschluß unter euren Verhältnissen für angezeigt, wir hegen aber die Hoffnung, daß unabhängig davon zahlreiche Scharen polnischen Volks aus dem brüderlichen Oberschlesien zu unserem Turntag eintreffen werden. Dies kann euch niemand verbieten, und wir werden uns bemühen, daß ihr an diesem Tage in unserem Kreise das Mißgeschick vergeßet, das euch bedrückt.

Wer an dem Turntage teilnehmen will, muß aus Kattowitz um 5 Uhr 25 Minuten früh nach Dzieditz abfahren, von da ab reisen wir mittelst Sonderzug gemeinsam.

Der Vorstand
des Krakauer Sokolgaues.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)

vom Mai 1907:

Der VI. schlesische Gau.

Um 6¹/₄ Uhr eröffnete der Gauvorsitzende Dr. Seyda die Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte des VI. Gaues, indem er die Erschienenen mit dem Sokolgrüße „Gólem“ begrüßte. Er berührte gleich am Eingang die für unseren Gau so traurige Angelegenheit des Prozesses des Vereins in Rozdzien wegen angeblichen Schaffens einer Verbindung, die danach strebt, polnische Landesteile vom preussischen Staate loszureißen. Der Vorsitzende macht bekannt, daß der Anklageakt sich hauptsächlich darauf stützt, daß in den Vereinsversammlungen angeblich ständig und systematisch Reden gehalten worden sind, die zu Gewalttaten aufreizen. Der Vorsitzende forderte die Vereinsvorsitzenden auf, um ähnliche Prozesse zu vermeiden, die Vorträge und Deklamationen gründlich zu kontrollieren und unter keiner Bedingung Reden halten zu lassen, die von den preussischen Gerichten als zu Gewalttaten aufreizend erachtet werden könnten.

Darauf verlas der Schriftführer nachstehende Tagesordnung, mit welcher die Versammlung sich einverstanden erklärte:

1. Eröffnung,
2. Bestätigung der anwesenden Vereinsvertreter,
3. Verlesen des Protokolls der letzteren Versammlung,
4. Gautag,
5. Wahl des Stellvertreters des Gauturnwarts,
6. Wahl des Schatzmeisters für die Kasse des Bau-fonds,
7. die Angelegenheit des Verzeichnisses für den Bundes-vorstand,
8. die Angelegenheit des Mietens von Lokalen von anderen Vereinen,
9. freie Aussprache.

Den Gauvorstand repräsentieren die Kameraden: Dr. Seyda, Vorsitzender; Adam Postrach, Turnwart; Josef Goncerzewicz, Schriftführer; Adolf Ligon, Schatzmeister.

Nachstehende Vereine sind vertreten:

Verein.	Vorsitzender.	Turnwart.
Kattowitz	W. Szyperski	Fr. Aniol.
Breslau	Cieplik (Vertreter)	—
Lipiny	—	Maniura.
Kosztowy	Klimczak	Sojka.
Rozdzien	Chakowski (Vertr.)	Dzjas.
Gleiwitz	Rozanowski	Kopinski.
Königshütte	Grzes	Rychold (Ver-treter).
Siemianowice	—	Willim.
Groß-Strehlitz	Arzemyk	—
Beuthen	—	—

Das von dem Schriftführer verlesene Protokoll der letzten Versammlung wurde einstimmig angenommen.

Gautag. Es wurde zunächst darüber diskutiert, ob in diesem Jahre ein Gautag arrangiert werden soll. Alle Versammelten sind für Abhaltung eines Gautages. Der Vorschlag des Kameraden Chakowski, den Gautag in Oberschlesien in geschlossenem Kreise abzuhalten, wurde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß die Versammelten es für völlig ausgeschlossen halten, hier einen Ort zur Abhaltung des Gautages erhalten zu können. Es wurde beschlossen, den Gautag an dem von dem Gauvorstand vorgeschlagenen Tage und Orte abzuhalten, nämlich am 21. Juli in Jenzorz. Die Vorbereitungen für den Gautag wurden dem Gauvorstand anvertraut.

Über den Bericht des Delegierten zur Versammlung der Bundesdelegierten, Kameraden Chakowski, entwickelte sich eine längere Diskussion. Kamerad Chakowski erklärte, daß die Anträge unseres Gaues nicht zur Diskussion und Abstimmung kommen konnten, weil man sie dem Bundesvorstand nicht rechtzeitig mitgeteilt hatte. Der Gau-schriftführer erklärte, daß das Protokoll, welches die vom Gau beschlossenen Anträge enthielt, dem Bundesvorstande zwei Monate vor der Delegierten-versammlung, also zur rechten Zeit überandt worden war.

Die Versammelten sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß der Bundesvorstand seine Ausflucht zur Formalistik genommen hatte und außer dem Protokoll noch das besondere Stellen von Anträgen verlangt hatte.

An Stelle des Kameraden Howanc, der durch seinen Ausschuß aus dem Vereine Rozdzien aufgehört hat, Mitglied des Sokol und zugleich auch des Gau-vorstandes zu sein, wurde Kamerad Willim, der Turn-wart des Vereins Siemianowice, gewählt.

Das Amt des Schatzmeisters der Kasse des Bau-fonds behält der bisherige Schatzmeister, Kamerad Szyperski, auch weiterhin, weshalb ein neuer Schatz-meister nicht gewählt wird. Auf Antrag des Kameraden Szyperski wird beschlossen, die Blocks (Anteilscheine) von 3 auf 1 Mark zu ermäßigen.

In Sachen des Verzeichnisses für den Bundes-vorstand erklären die Vertreter der Vereine, daß die angegebene Zahl der Mitglieder mit der wahren Zahl übereinstimmt. Den Vereinen Gleiwitz und Siemianowice wurden Formulare zum Aus-füllen mit der Bitte übergeben, sie sofort an den Gau-schriftführer zurückzusenden.

In Sachen des Mietens von Lokalen von anderen Vereinen wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Vorsitzenden und Turn-warte empfiehlt den Vereinsvorständen, die auf

andere Weise Lokale zu Versammlungen und Übungen nicht erhalten können, sich zu bemühen, solche von den Berufsverbänden zu mieten.

Das Verhalten des Vorsitzenden des Vereins Siemianowice, Adalbert Korfanty, wurde allgemein einer scharfen Kritik unterworfen. Es wurde erklärt, daß Kamerad Korfanty sich um den Verein überhaupt nicht kümmere, worauf beschlossen wurde, dem Kameraden Willim, dem Turmwart des in Rede stehenden Vereins, die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung des Vereins anzuvertrauen, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen.

Kamerad Szyperski fragt an, wie sich gegenwärtig die Angelegenheit mit dem Verein Bentzen verhalte. Der Gauvorsitzende und der Turmwart erklären, daß trotz aller Anstrengungen augenblicklich keine Aussicht vorhanden sei, ein Lokal zu erhalten.

Bei der freien Aussprache bitten die Kameraden Cieplik im Namen des Breslauer Vereins und Krzemys im Namen des Groß-Strehlitzer Vereins, der Gau-turmwart möge öfter und auf längere Zeit die Vereine besuchen, um die Turmwarte und Vorturner auszubilden. Kamerad Postrach sagt zu, in kurzer Zeit diese Vereine zu besuchen, dagegen könne er aber auf längere Zeit nicht kommen. Auf eine Anfrage des Kameraden Grzesia bezüglich des Les- und Schreibunterrichts erteilt der Gauvorsitzende sehr ausführliche Auskunft.

Kamerad Chafowski fragt an, ob der Verein Rozdzien sein Lokal kündigen soll, da der Verein durch den gegen ihn angestregten Prozeß sehr gelitten hat. Der Vorsitzende fordert ihn auf, das Lokal weiter zu behalten und bittet den Kameraden Chafowski, der Vereinsvorstand möchte sich um so energischer an die Hebung des Vereins machen, je größer die Schwierigkeiten sein würden. Der Schriftführer erinnert daran, daß alle Korrespondenzen an die Vereine nur an ein Mitglied gesandt zu werden pflegen und bittet, solche Mitglieder den Vorständen vorzuschlagen.

Nach einer warm empfundenen Ansprache an die Vertreter des Vereins Rozdzien und nach der Ermunterung, für die Solidardee weiter zu arbeiten, schließt der Vorsitzende die Versammlung um 8³/₄ Uhr.

Czolem!

Siegmund Seyda, Josef Goncerzewicz,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)

vom Mai 1907:

Breslau.

Am 3. März hielt unser Verein seine alljährliche Generalversammlung ab. Nach Eröffnung durch den Kameraden Bartosiewicz wurde Kamerad Szymanski zum Leiter derselben gewählt. Zum Schriftführer berief dieser den Kameraden Cieplik.

Es folgt der Bericht des ausscheidenden Vorstandes über die Tätigkeit während des Jahres, den wir an anderer Stelle bringen werden.

In den Vorstand und in den Rat wurden nachstehende Kameraden gewählt:

Bartosiewicz, Vorsitzender;

Cieplik, Schriftführer;

Stempniewicz, Kassierer.

In den Rat kamen die Kameraden:

Adamczewski, Bilinski, Byztkowski, Smyczynski, Wadzynski.

In die Revisionskommission wurden die Kameraden Wladislaus Zafrzewski, Raczmarek und Bprowicz gewählt.

Zur freien Aussprache ergriff niemand das Wort, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Die Beteiligung der Kameraden war eine sehr schwache.

J. Bartosiewicz,
Vorsitzender.

Valerian Cieplik,
Schriftführer.

Aus Nr. 61 des Polak (Kattowitz)

vom 25. Mai 1907:

Dummheit der Gazeta Katolicka.

Die Gazeta Katolicka gibt sich den Anschein, als ob sich um sie die ganze Politik in Oberschlesien drehte. Vielleicht hat sie wirklich eine solche Meinung von sich. Wenn dies zutrifft, so kann man ihr diese Meinung belassen, denn ihr Größenwahn wird im Himmel kein Loch machen. Die Polen nehmen sich ihr Geschreibsel ebenfalls nicht sehr zu Herzen, die Zentrumsleute aber schätzen sie zu gering, als daß sie dieses Blatt als politischen Faktor ansehen wollten, mit dem zu rechnen es verlohnen sollte.

Das letzte Auftreten der Kulturträger im preussischen Landtage nach Art eines Volk und Friedberg, die in schamloser Weise unsere katholischen Gefühle verletzten, ferner die gehässigen Angriffe des Volk gegen das polnische und arbeitende Volk waren die Veranlassung, daß der Katolik schrieb, es liege im Interesse des polnischen Volks, daß eine Verständigung mit den Zentrumsleuten zustande komme, denn mit ihnen verbinde uns der gemeinsame Glaube und die Verwandtschaft des sozialen Programms. Für diese Äußerung schimpfte die Gazeta Katolicka den Katolik einen alten Heuchler. Wir haben nicht die Pflicht, den Katolik zu verteidigen, aber die Angriffe der Gazeta Katolicka bieten uns Gelegenheit, ihr wenigstens eine kleine politische Lehre zu erteilen. Unseres Erachtens hat sich der Katolik nicht genau ausgedrückt, als er den vor genannten Satz veröffentlichte. Er hatte nur das Interesse des polnischen Volks im Sinne. Es unterliegt keinem Zweifel, daß solche Herren, wie Volk, Rzesnizek, Heyting und ihnen verwandte Leute dem polnischen Volke in unerhörter Weise schaden. Sie schaden ihm nicht nur in nationaler, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung. Bekannt ist das Auftreten des Volk in der Arbeiterfrage, bekannt seine Verunglimpfung des polnischen Arbeiters.

Die Beseitigung dieser Herren aus dem preussischen Landtage liegt also im Interesse unseres Volks und unserer Sache. Darüber kann es unter gereisten und bedächtigen Männern zwei Meinungen nicht geben.

Aber die Zentrumsleute haben ebenfalls ein Interesse daran, diese Herren der Abgeordnetenliste zu berauben. Sie sind nämlich für die katholische Sache im höchsten Grade schädlich.

Rücksichten auf diese katholische Sache haben offenbar dem Katolik den Satz diktiert, über den sich die Gazeta Katolicka entrüstet. Wollen denn die Zentrumsleute die katholische Sache nicht mehr verteidigen? Das unkluge Artickelchen der Gazeta Katolicka macht den Eindruck, daß das Zentrum auf die katholische Sache in Oberschlesien keine Rücksicht nehmen wolle. Wir kennen die Zentrumsleute ein wenig besser, als die Königshütter Tante, und wir wissen, daß dem so nicht ist. Das Zentrum muß selbst Mittel suchen, um zu verhindern, daß im preussischen Landtage Leute wie Volk über die katholische Kirche und ihre Einrichtungen herfallen, daß Leute wie Heyting die katholische Kirche in schamloser Weise angreifen, daß Leute wie Rzesnizek dazu beitragen, die Einflüsse der Kirche auf die Schulen zerschanden zu machen. Das sind Rück-

sichten schwerwiegender Bedeutung, die dem Zentrum gebieten, eine Verständigung mit dem polnisch-katholischen Volk bei den Landtagswahlen zu suchen, die im kommenden Jahre stattfinden müssen. Wir wollen uns aber noch die Rehrseite der Medaille ansehen, die der Katolik garnicht erwähnt hat. Gesezt den Fall, daß die Zentrumsparlei dem Rat der Gazeta Katolicka folgen wird — dem ist aber so nicht, was wir beiläufig bemerken — und Kompromisse mit den obereschlesischen Polen während der Landtagswahlen überhaupt nicht wird suchen wollen, so werden sich die Polen den Zentrumsleuten natürlich nicht aufdrängen, denn das würde ihnen die nationale Ehre nicht erlauben. Was wäre die Folge hiervon? Natürlich würden die Zentrumsleute fast aller Landtagsmandate verlustig gehen. Die Polen würden selbstverständlich überall ihre Kandidaten aufstellen, die vielleicht in manchen Wahlkreisen, wie im Oppelner, siegen würden, im allgemeinen aber würden die obereschlesischen Landtagsmandate die Kulturträger des Mischmasches an sich reißen. Der Verlust aller obereschlesischen Mandate hätte auch für die Zentrumsparlei sehr unangenehme und unerwünschte Folgen. Wenn die Gazeta Katolicka klug wäre, so hätte sie im Interesse ihrer Partei und der katholischen Sache die Auslassungen des Katolik mit Vergnügen in ihren Spalten aufgenommen, anstatt unkluge und unpolitische Angriffe gegen ihn zu richten. Diese unsere Worte mögen eine Lehre sein für die Gazeta Katolicka, welche glaubt, daß die Politik in ihrer Königshütter Redaktion gemacht wird, und welche über Königshütte hinaus nicht sieht.

Aus Nr. 120 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 29. Mai 1907:

In Sachen der Verständigung zwischen Polen und Zentrumsleuten

schreiben Zentrumsorgane, wie die Reisser und Neustädter Zeitung, was folgt:

In der polnischen Frage bemühten sich Berufene und Unberufene, seit einem halben Jahre eine Verständigung zwischen der Zentrumsparlei und der polnischen Fraktion herbeizuführen, ohne irgendwelche Aussichten auf Erfolg. Was die Zukunft bringen wird, kann niemand sagen. Gegenwärtig ist eine Verständigung unmöglich. In jedem Falle gebiete Pflicht und Ehre, daß sich die Zentrumsparlei jetzt und in Zukunft vergegenwärtigt, wie sich ihr das Radikalentum bei den letzten Reichstagswahlen in Oberschlesien wie in den westlichen Industriebezirken fühlbar gemacht hat.

Es zeigt sich also klar, wer eine Verständigung wünscht und wer nicht. Die Polen und polnische Blätter wünschen eine Verständigung, die vorgenannten Zentrumsblätter, die unter Leitung des Erzpriesters Glowacki stehende Zentrale obereschlesischer Geistlicher sowie die Gazeta Katolicka wünschen keine Verständigung.

Was die Zentrumsparlei tun wird, wissen wir nicht.

Wenn aber die Zentrumsleute den Rat der radikalen Zentrumsanhänger befolgen werden, so werden sie so schlafen, wie sie sich betten werden. Möge jeder urteilen, auf welcher Seite der Radikalismus ist, auf polnischer Seite oder auf Seiten des Zentrums? Wo ist Verblendung, wo ist Gleichgültigkeit für die katholische Sache und für die Interessen der Bevölkerung? — Sicherlich nicht auf polnischer Seite.

Aus Nr. 115 des Glos Slaski (Gleiwitz)
vom 22. Mai 1907:

Zur Rede des Grafen Ballestrem im Herrenhause.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Von der feindseligen Haltung der Faktoren der Zentrumsführerschaft in Oberschlesien gegenüber dem polnisch-katholischen Volk zeugt von neuem die jüngst im preussischen Herrenhaus vom Grafen Ballestrem gehaltene Rede. Der Standpunkt des Grafen Ballestrem und der schlesischen Zentrumsführer war für uns kein Geheimnis. Kennen wir sie doch alle sehr gut.

So oft die vom polnisch-katholischen Volke zu Abgeordneten gewählten Zentrumsführer früher und jetzt öffentlich auftraten, bekämpften sie stets die berechtigste polnische Bewegung — oder verständlicher gesagt — alle Kundgebungen und Bestrebungen hinsichtlich der angeborenen und bürgerlichen Rechte, und sie bemühten sich vor allem darum, mit Hilfe des polnischen Volks die Interessen der deutschen nationalen Politik zu fördern. Für diese Interessen verrieten sie sogar die Grundlagen des Katholizismus, denn sie stellten sich im Kampfe gegen die polnisch-katholische Bevölkerung in den Dienst des nichtkatholischen „Mischmasches.“

Graf Ballestrem brachte nichts Neues vor, was für uns ein Geheimnis sein könnte. Seine Rede besitzt aber für uns den Wert, daß sich das bestätigt, was wir hervorhoben, nämlich daß die schlesischen Zentrumsleute durch ihr Verhalten die Regierung zu einem immer schärferen Vorgehen gegen das polnische Element ermutigten, und daß in der weiteren Folge dieser große Schade, den die katholische Sache bei uns erleidet, in erster Linie auf das Konto der schlesischen Zentrumsleute zu setzen ist.

Die Reden der Grafen Praschma und Ballestrem zeigen klar, daß sie in erster Linie das Interesse des Deutschtums im Auge haben. Von der Verteidigung des katholischen Glaubens und der katholischen Interessen ist in diesen Reden nichts enthalten. So belogen die schlesischen Zentrumsleute das Volk, das seine die Zentrumspolitik fördernde Hilfe zu Gunsten des katholischen Glaubens und der Kirche verwendet werden soll. Das ist nicht wahr, denn es kommt ihnen nicht auf den Glauben und die Kirche an, sondern auf die Verteidigung der Zentrumspolitik.

Das wird sich das katholische Volk wohl merken, um für den Fall, daß die Zentrumsleute ihre alte Lüge wiederholen sollten, ihnen eine solche Abfertigung zu teil werden zu lassen, wie sie sie verdienen. Heut ist einzig die polnische Partei das Bollwerk, durch das wir unsere Nationalität samt dem katholischen Glauben verteidigen können.

Ein obereschlesischer Geistlicher.

Aus Nr. 64 des Polak (Kattowitz)
vom 1. Juni 1907:

Zentrum und Polen.

In bezug auf die ablehnende Haltung der Zentrale obereschlesischer Geistlicher hinsichtlich eines Kompromisses des Zentrums mit der polnischen Fraktion schreibt das Leiborgan Korsantys:

Von dem Standpunkt der Zentrale setzen wir das polnische Volk in Kenntnis. Damit sich aber das polnisch-katholische Volk nicht irre, müssen wir hinzufügen, daß diese „Zentrale der Geistlichkeit“ eigentlich keine „Zentrale“, d. h. keine Vereinigung der obereschlesischen Geistlichkeit ist, denn sehr viele Geistliche besuchen ihre Sitzungen entweder gar nicht, oder sie werden, wenn die Führer der Zentrale manche Geistliche als Gegner

betrachten, zu den Versammlungen der „Zentrale“ überhaupt nicht gebeten. Das amüsanteste dabei ist, daß die in der Zentrale zu dem Zwecke vereinigten Zentrumsgeistlichen, um über die Seelsorge der ihnen anvertrauten Schäflein zu beraten, ihre Aufgabe aufs beste vergessen, sich statt dessen mit Politik befassen und nicht nur über die Politik der Zentrumspartei, sondern über das Schicksal ganz Oberschlesiens entscheiden möchten. Es sei denn, daß diese Zentrumsgeistlichen glauben, sie und die Zentrumspartei seien ein und dasselbe.

Die Politik sollte eigentlich nicht Sache der Zentrale, sondern der Parteiorganisation des Zentrums sein. Von dieser hört man indes nichts, es scheint, als ob sie nicht bestände, aber statt dessen liefert die Zentrale von Zeit zu Zeit öffentlich Beweise dafür, daß sie sich nicht aus überlegten Leuten, sondern aus partikularistischen Politikern zusammensetzt, die über ihre Nasenspitze nicht hinwegsehen. Wir wissen sehr gut, wer der Urheber der in der letzten Sitzung der Zentrale gefaßten Beschlüsse ist. Sie verraten nur zu sehr seinen Charakter. Die Nachricht der Zentrale, daß die polnischen Abgeordneten beim Kaiserhoch den Reichstag zum ersten Male verlassen hätten, entspricht nicht der Wahrheit; denn die polnischen Abgeordneten taten dies nicht zum ersten Male, vielmehr pflegten sie stets so zu handeln, mit Ausnahme in den Zeiten der Veröhnungspolitik seligen Andenkens. Derjenige, welcher der Zentrale diese für ein preußisches Herz so furchtbare Nachricht hinterbracht hat, schließ entweder im Reichstage, oder er ruhte auf seinem Platz aus, wenn er nicht weiß, was seit Jahren im Reichstage geschieht. Auch die Mitteilung, daß die aus Oberschlesien neugewählten Abgeordneten — es handelt sich hier um die Geistlichen — den Saal verließen, ist unwahr, denn die neugewählten Abgeordneten aus Oberschlesien waren schon lange vor der Vertagung des Reichstages nach Hause gefahren.

Die Verhältnisse im Reichs- und Landtage gestalten sich so, daß sich auf dem Horizont sehr schwarze kulturkämpferische Wolken zeigen. Das Auftreten der Nationalliberalen Volk und Friedberg in Sachen der katholischen Klöster und anderer Einrichtungen der katholischen Kirche, Heytings in Sachen der katholischen Geistlichkeit, Rzesnitze in Schulangelegenheiten mußten die Gefühle jedes Katholiken, ob Deutschen oder Polen, aufs höchste verletzen. Der deutsche wie polnische Katholik muß sich sagen, daß dieser protestantische Überfall nicht nur der katholischen Sache schadet, sondern auch ein Vorpiel zu einem weiteren Kriege mit unserer Kirche ist.

In der Reichstags- und Landtagspolitik haben nach den letzten Wahlen die nationaldeutschen Elemente Mut und Zuversicht zum Kampfe mit der Kirche gefaßt.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die nächsten Landtagswahlen ebenfalls unter der Losung des sogenannten liberalkonservativen Blocks durchgeführt und hauptsächlich gegen die Katholiken, das Zentrum und die Polen gerichtet sein werden.

Wir Polen haben — wir können das offen aussprechen — ein großes Interesse daran, aus dem preußischen Landtage solche Schädlinge zu beseitigen wie Volk, Junghans, Heyting, Rzesnitze und ihnen ähnliche. Wir müssen alle Kräfte aufbieten, um sie zu verdrängen, weil sie verbissene Hatzkatzen sind und weil sie die größten Feinde des armen Volkes sind.

Angeichts der die katholische Sache bedrohenden Gefahr müssen beide Seiten Überlegung und Kaltblütigkeit bewahren, anstatt sich von Leidenschaften hinreißen zu lassen. Wir Polen haben dieses Gleichgewicht bis jetzt bewahrt, und auch in Zukunft werden uns

keine Beschlüsse der Zentrale davon abbringen. Wir sprechen es klar und offen aus: die katholische Sache, die uns wie die Deutschkatholiken lebhaft interessieren muß, gebietet uns, für die nächsten Landtagswahlen ein Kompromiß zu schließen und gemeinsam in den Kampf mit den Freunden der Kirche zu marschieren. Das ist unsere Ansicht und nach dieser Richtung werden wir arbeiten ohne Rücksicht auf die partikularistische Politik der Zentrale.

Wenn die Zentrale politischen Verstand hätte, so würde sie die Folgen ihrer Politik beizeiten berechnen. Wir glauben es nicht, daß die Zentrumspartei in Oberschlesien nach dem Rat der Zentrale verfahren wird, denn Leute mit gesundem Menschenverstand be-gehen keinen Selbstmord.

Die Zentrale aber rät der Zentrumspartei in Oberschlesien Selbstmord zu begehen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn in Oberschlesien kein Kompromiß zwischen der Zentrumspartei und den Polen zustande kommt, die Zentrumsleute fast aller Landtagsmandate verlustig gehen werden. Und ihre Zahl ist beträchtlich! Gegenwärtig besitzen das Zentrum aus dem polnischen Schlesien 14 Mandate, die Konservativen 2 Mandate (aus Kreis Kybnitz von Prittwitz und Gaffron, aus Pleß Kybnitz v. Heyting) die Nationalliberalen zwei Mandate im Industriebezirk (Volk und Junghans) und die Regierungsparteiler ein Mandat (Rzesnitze aus Pleß-Kybnitz). Im polnischen Oberschlesien haben wir also gegenwärtig 18 Mandate, darunter 16 Mandate in rein polnischen Kreisen. Die unlängst beschlossene Ergänzung des Wahlrechts fügt dem Industriebezirk ein Mandat hinzu, so daß wir Polen in Oberschlesien über 20 Mandate entscheiden werden. Wenn ein Kompromiß zwischen Polen und Zentrum nicht zustande kommt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß alle diese 20 Mandate in die Hände der Konservativen und Nationalliberalen geraten werden. Und daß dies der Fall sein wird, davon konnten sich die Zentrumsleute in der gegenwärtigen Legislaturperiode überzeugen, wo sie wegen Halsstarrigkeit und Geringschätzung des polnischen Volkes bereits 4 Mandate verloren.

Wenn wir Polen im Falle der Uneinigkeit besonders marschieren sollten, würden wir bei den Wahlen noch besser fahren, wie die Zentrumsleute, denn im Oppelner und vielleicht auch im Pleß-Kybnitzer Bezirk müßten wir bei intensiver Agitation mehrere Mandate für uns erlangen. So sieht die politische Situation an Ort und Stelle aus. Wir erwähnen hier gar nicht, daß die Zentrumsleute auch in der Kommunalpolitik, wenn es zum heftigen Kampfe kommen wird, sehr viel einbüßen werden, und das Zentrum wird sein trauriges Leben in Oberschlesien beschließen. „Die alte Garde will untergehen“, aber ohne Rücksicht darauf, ob die katholische Sache und das katholische Volk dadurch Schaden erleiden wird.

Wir Polen wünschen mit Rücksicht auf die katholische Sache und das Wohl des Volks bei den Landtagswahlen ein Kompromiß, und wir betonen dies ganz ausdrücklich, damit dieselben Leute, die die katholische Sache und das Wohl des Volks zunichte machen wollen, die Schuld später nicht den Polen beimeßen. Ohne Rücksicht auf die Politik der Zentrale werden wir Polen das unsrige tun, damit uns die Landtagswahlen nicht unvorbereitet antreffen; stark organisiert werden wir in den Kampf gehen, und wir werden ihn ehrenvoll durchfechten, wie es einem treuen katholischen Volke und einer tapferen Nation geziemt.

Aus Nr. 62 des Polak (Kattowitz)

vom 28. Mai 1907:

Drang nach Osten.

Die Deutschen dringen seit Jahrhunderten nach Osten vor, trachten danach, die slawischen Länder an sich zu reißen. Wenn wir die Geschichte dieses Vordringens betrachten, so fällt uns dabei ein gewisses System auf, als ob dies nach einem vorher durchdachten Plane geschähe. Als es den Deutschen in ihrem eigenen Lande zu eng zu werden begann, fingen sie an, küstern nach den Nachbarländern hinzuschielten, und da sie im Süden und im Westen organisierte Staaten vorfanden, die ihren Besitz zu verteidigen verstanden, stürzten sie sich auf den Osten, auf die slawischen Nachbarn. Leider machten sich die damaligen slawischen Nationen keinen Begriff, woher dem Slaventume eine Gefahr droht. In viele kleine Volksstämme geteilt, stärkten sie sich in dem Gefühl slawischer Solidarität nicht, sie schwächten vielmehr einander durch Bruderkämpfe. Der listige Deutsche erkannte, wo für ihn die Zukunft ist, und er ging geschickt ans Werk. Zuerst rottete er die auf dem linken Elbufer wohnenden Slawen aus; nachdem dann die Deutschen die Elbe überschritten hatten, machten sie sich daran, die slawischen Wenden, Wilzen, Lützen, Obotriten und andere slawische Völker rechts der Elbe auszurotten. Alle diese Völker sind heute von der Erdoberfläche fast verschwunden, und in den früheren Ländern der Slawen machen sich heute die Deutschen breit. Sie eroberten aber ihre Länder nicht durch ihre wirtschaftliche Überlegenheit, sondern mit Hilfe nichtswürdiger Intrigen.

Nach der Unterwerfung der Slawen zwischen Elbe und Oder setzten, als die deutsche Unerfättlichkeit in dem mächtigen polnischen Staate eine Schranke fand, die berückichtigten Kreuzritter die Ausrottungspolitik, die Politik des Schwertes und der Morde fort, und nach der Teilung Polens begann von der anderen Seite eine systematische Germanisierung des polnischen Schlesiens. Durch die Eroberung so vieler slawischer Länder wurde der deutsche Appetit unermesslich gereizt. Von da ab schrecken die Deutschen vor keinen Hindernissen zurück, sondern sie trachten danach, immer weitere slawische Länder an sich zu reißen. Sich in den ihnen von den polnischen Herrschern überlassenen Ländern besitzend, drangen die heuchlerischen Kreuzritter immer tiefer ein und rissen immer weitere Teile der slawischen und litauischen Länder an sich. Schließlich wurde zwar die kreuzritterliche Macht gebrochen und das deutsche Vordringen aufgehalten, aber das Fundament für die Germanisierung der preussischen Länder war schon gelegt. Gleichzeitig wurde die Germanisierung des schlesischen Landes fortgesetzt. Auf den Trümmern der Kreuzritter, der alten Germanen wuchsen die modernen Preußen empor. Nach Entstehung des preussischen Königreichs gelüstet es die preussischen Könige nach den polnischen Ländern, sie schmieden Intrigen, stiften den polnischen Ländern, sie schmieden Intrigen, stiften mit anderen gegen die politische Freiheit der polnischen Nation einen Anschlag an. Nach Polens Teilung werden die Tendenzen der Preußen nach Germanisierung der annektierten polnischen Länder immer offensichtlicher. Mit welchen Mitteln uns heute die Preußen ausrotten wollen, das empfinden wir alle am eigenen Leibe. Sie übersützen unsere Länder mit dem deutschen Element, das von der ganzen staatlichen Macht unterstützt wird, während wir uns, die wir die von der Regierung und von dem tollwütigen Haktismus uns entgegenstellten ungeheuren Hindernisse zu bekämpfen haben, mit Ausbietung aller unserer Kräfte um die Erhaltung unserer Existenz bemühen müssen.

Aber die Germanisierungsbestrebungen machen nicht an der Grenze des Königreichs Polen Halt. Auch

dort hinter dem Kordon unter der Herrschaft des Zaren sind die Deutschen keilartig in unser polnisches Land eingedrungen, haben gleichsam starke Festungen gegründet, von denen aus sie weitere Einfälle in die slawischen Länder zu unternehmen suchen. Eine solche z. B. ist Lodz, eine halb deutsche Stadt. Aber das ist ja allgemein bekannt. Es gibt außerdem noch andere deutsche Bollwerke, die sich hinter uns erheben.

Die Ansiedelung auf dem Lande nimmt einen erschreckenden Umfang an, und sie fängt an, eine Gefahr zu werden, mit der die Volksgeamtheit bis jetzt nicht rechnet. Indes ist dieses stufenweise fälle wirtschaftliche Vordringen Deutschlands bedeutend gefährlicher, als das politische. Deutsche Kolonisten siedeln sich in ganzen Dörfern, in ganzen Gegenden in geschlossener Masse an. Der Unterschied des Bekenntnisses trennt sie von der ortsansässigen Bevölkerung. Die politischen Verhältnisse des Landes sind aber derart, daß sie mit der lokalen Sprache und dem lokalen Element weniger rechnen, als früher. Sie leben unter und für sich, — frei von Einflüssen der Umgebung, bilden sie sich in ihren eigenen und später in staatlichen Schulen; alles das trägt dazu bei, daß ihre Vermischung mit der polnischen Bevölkerung nicht allein schwierig, sondern auch zweifelhaft ist. Die Statistik aus dem Jahre 1906 z. B. zeigt, daß im Lubliner Gouvernement die deutsche Bevölkerung kaum 3 % betrug. Wenn man aber die Kreise einzeln untersucht, werden sich unter ihnen solche zeigen, in denen die Deutschprotestanten 17 % der Bevölkerung (Kreis Chelm) ausmachen, und in einzelnen Gegenden dieser Kreise, in denen die Deutschen bereits in geschlossener Masse vorhanden sind, gibt es Gemeinden, in denen die deutsche Bevölkerung 41 % zählt.

Der Hauptsitz der Deutschen ist gegenwärtig der nördliche Gürtel des Lubliner Gouvernements, der sich vom Wieprz bis zum Bug in der Nähe und längs der Eisenbahn hinzieht. Im Kreise Lubartow wohnen sie am Wieprz in den Gemeinden Ludwin, wo sie 24,8 % der Bevölkerung ausmachen, Suczawa, wo die Zahl der deutschen Bevölkerung 17,3 % beträgt, und schließlich in Firlej, wo der Prozentsatz der Deutschen 16 beträgt. Außerdem schwankt in einigen anderen Gemeinden der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung zwischen 2,6 und 6,5.

Ferner wohnen Deutsche in den Gemeinden Gyorow, Turka, Bokowa, Staw, Krzywiczki, Rejowiec, Olchowice, Zmudz und Brzeziny wo sie 41,1 — 24,4 — 29,1 — 20 — 19,4 — 17,2 — 17,1 — 15,6 und 15,5 % der Bevölkerung ausmachen. Von den übrigen 5 Gemeinden des Kreises sind noch solche vorhanden, in denen die Deutschen 10,7 % der Bevölkerung ausmachen.

Außerdem beträgt ihr Prozentsatz in der Nachbargemeinde Bialopolu, Kreis Hrubieszow, 9,8.

Diese Zusammenstellung hat eine um so größere Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die aufgezählten Gemeinden einen ununterbrochenen Gürtel bilden, und daß das prozentuale Verhältnis der deutschen Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunimmt.

Das sind traurige Tatsachen, die sich nicht leugnen lassen. Sie sind desto trauriger für uns, denen die Pflichten einer Vorhut obliegen, die wir uns in den vordersten Reihen dem Ansturm der germanischen Flut entgegensetzen.

Diese traurige Tatsache darf uns jedoch den Mut nicht rauben, unsere Mannhaftigkeit im Kampfe mit dem Deutschtum nicht schwächen. Das gebe Gott, und im Königreich Polen werden sich die Verhältnisse ändern. Dann wird uns von dort moralische Kraft und Unterstützung zufließen, die uns im harten Kampfe beistehen werden.

Zu der massenhaften Kolonisation im Lubliner Gouvernement haben im hohem Maße die Beschränkungen beigetragen, daß Darlehen von der Bauernbank (Bank włościanski) nur den Bauern des orthodoxen Glaubens gewährt werden. Diese Beschränkungen dienten vor allem dazu, daß die deutsche Ansiedelung auf billigere und leichtere Weise Fortschritte machte.

Überhaupt hat das zariſche Regime viel dazu beigetragen, daß das deutsche Element im Königreich Polen zunimmt. Eine Autonomie, die Selbstverwaltung des Königreichs Polen könnten diese Verhältnisse bessern, damit der polnische Bauer und Arbeiter in seinem Lande genügenden Unterhalt fände und die heimatlische Scholle nicht zu verlassen brauchte, um sie unseren Feinden zu überlassen. **Polen könnte sich zu einem gesunden, starken autonomen Staate entwickeln.**

Es ist also leicht begreiflich, weshalb die Deutschen Intriguen anstiften, um die Einführung einer Selbstverwaltung im Königreich zu vereiteln. Außer vielen anderen Ursachen spielt hier gewiß auch diese letzte eine Rolle.

Laßt uns aber die Hoffnung hegen, daß die Entwicklung der Verhältnisse stärker ist als die Intriguen von Diplomaten, daß das Königreich Polen eine Autonomie erhält, was auch für uns ein G. folg. sein wird.

Aus Nr. 63 des Polak (Kattowitz)

vom 30. Mai 1907:

Die Wahlen in Galizien.

Die Wahlen in Galizien sind zwar noch nicht beendet, aber schon heut kann man über ihr Ergebnis sein Urteil aussprechen. Im allgemeinen kann man nur beklagen, daß die Wahlen für die Polen so unglücklich ausgefallen sind. Das Ergebnis der Wahlen in Galizien interessiert mittelbar auch uns unter preussischer Herrschaft lebenden Polen, denn der starke und intelligente polnische Klub im Wiener Reichsrat übte auf die preussische Regierung auf geheimen Wegen wiederholt einen Druck aus und durchkreuzte den Preußen die Pläne der polenfeindlichen Politik.

Heut wird es anders sein, denn der polnische Klub kehrt sowohl hinsichtlich der Zahl, als auch hinsichtlich des politischen Verstandes geschwächt in den Wiener Reichsrat zurück. Das heißt keineswegs, daß wir die Politik des früheren polnischen Klubs im Wiener Reichsrat billigen, denn seine innere Politik trug häufig die Merkmale einer Ständepolitik, sie berücksichtigte zu wenig die Interessen der breiten Volksschichten, sie saßte in diesem Boden zu leicht Wurzel. Die Folgen hiervon kamen jetzt zum Vorschein, als die Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts stattfanden. Es hat sich vor allem gezeigt, — und das ist die beklagenswerteste Erscheinung — **daß das polnische Volk in Galizien weder zur Intelligenz, noch zur Geistlichkeit Vertrauen hat**, und diesem Mangel an Vertrauen verlieh es Ausdruck, indem es seinesgleichen, d. h. Bauern, zu Reichsratsabgeordneten wählte. Unser Standpunkt in dieser Sache ist bekannt. Wir wünschen, daß Arbeiter, wie Bauern Abgeordnetenämter bekleiden, aber nur unter der Bedingung, daß sie hierzu die Fähigkeiten, eine gewisse politische Routine, einen elastischen parlamentsfähigen Geist und politische Erfahrung besitzen. Politische Fähigkeiten sind keineswegs die Frucht des Schulunterrichts, sondern sie sind angeboren, denn die Politik ist eine Kunst. Daher muß sich der fundamentale Mangel jeder Aufklärung, der Mangel sogar der Kenntnis derjenigen Sprache, in welcher die parlamentarischen Be-

ratungen stattfinden, an derjenigen Volksgesamtheit rächen, die solche Abgeordneten wählt. So verhält es sich leider in Galizien. Dort wurden unter der Losung der Volksparteier eine Reihe von Bauern gewählt, die nicht einmal die deutsche Sprache kennen. Sie werden daher nicht wissen, worum es sich handelt, sie werden das nicht verstehen, was gesprochen werden wird. Und solche Abgeordneten können für das Land ein Unglück sein, denn sie sind ein Werkzeug in der Hand derjenigen, die an ihrer Stelle zuhören und denken. Die Intelligenz und Geistlichkeit müssen sich demnach an das Volk wenden, sie müssen für dasselbe arbeiten, sich seinen Angelegenheiten widmen, um sein Vertrauen zu erwerben, denn wir Polen leben heut unter so schwierigen Verhältnissen, daß wir uns, wie freie Völker, den Luxus, uns in verschiedene große und kleine Parteien zu spalten, nicht gestatten können.

Diese Zersplitterung der polnischen Volksgesamtheit in Galizien in verschiedene Parteien ist eine zweite äußerst traurige Erscheinung der galizischen Wahlen. Ein Duzend polnischer Parteien und Aliquen stellt seine Kandidaten auf, die sich gegenseitig aufs heftigste und verbissenste befehden, während unser Feind in der Person des Ruthenen, Juden oder Sozialdemokraten auf unser Verderben lauert. Wir verstehen einen Kampf der Parteien, in Galizien ist das aber nicht ein Meinungsstreit, das ist Haß, ein wahnsinniger Haß, der die polnische Volksgesamtheit schier in Staub zer-malmt. Wenn es diesen Haß nicht gäbe, hätten sich unsere Landsleute besonders in den von Ruthenen, Sozialdemokraten und Juden bedrohten Wahlkreisen hinsichtlich gemeinsamer Kandidaten verständigen und geschlossen denen entgegentreten können, die die Ausrottung des polnischen Namens in Galizien wünschen. Und so geschah es, daß ein Teil der Polen die nationalen Kandidaten nicht nur nicht unterstützte, sondern einfach die Kandidaturen der Ruthenen, Sozialdemokraten und Juden begünstigte und durchsetzte.

Das ist traurig, bedauernswert, das ist ein Mangel an nationaler Würde. Was hilft uns die Tatsache, daß der Häufelsführer der galizischen Sozialdemokraten, Daszynski, in Krakau schimpflich durchfiel und im Wiener Reichsrat nicht Platz nehmen wird, wenn in Galizien bereits 6 Sozialdemokraten, wenn Leute zu Abgeordneten gewählt wurden, die unsere größten Heiligtümer mit Füßen traten, wenn zu Abgeordneten deutsche Juden gewählt wurden, die weder ein Wort polnisch, noch ruthenisch verstehen und die nie in Galizien waren. Wenn die Juden in Galizien die Polen geradezu ohrfeigen, handeln sie nicht klug. In Galizien war der Antisemitismus nie vertreten, aber die polnische Volksgesamtheit kann den Juden diese Beschimpfungen nicht ungestraft hingehen lassen, und sie muß ihnen gegenüber ihren Standpunkt revidieren. Das ist nichts angenehmes, aber die Polen in Galizien müssen die polnische Frage näher in Erwägung ziehen. Die Juden, welche Polen sind, sich als Polen fühlen und als solche ihre Pflicht erfüllen, müssen bei uns eine gute Aufnahme finden. Aber mit den Zionisten und jüdischen Sozialdemokraten müssen die Polen den Kampf aufnehmen, und zwar einen Kampf, der uns einen Sieg verleiht.

Aus Nr. 61 des Polak (Kattowitz)

vom 25. Mai 1907:

Ausflug nach Krakau.

Zaborze, den 14. Mai 1907.

Dem Aufruf betreffend den Ausflug der polnisch-katholischen Jugend nach Krakau, den wir vor drei Wochen erließen, erlauben wir uns für die Teilnehmer

zwecks Anregung zur möglichst zahlreichen Beteiligung einiges hinzuzufügen.

1. Das Peter-Paul-Fest fällt auf einen Sonnabend, wir haben also zwei Tage Zeit, und die Arbeiter brauchen keine Schicht zu versäumen.

2. Sonntag, den 12. d. M., war ein Komiteemitglied in Krakau, um sich dort über den Empfang zu verständigen. Der Prior der Bernhardiner Pater Cyrill Strzymiecki erklärte, er erwarte uns mit väterlicher Liebe, und er verspreche, für die Oberschlesier selbst die Predigt zu halten; auch haben wir die Nachtlager gesichert sowie auf Wunsch das Mittagessen im Kloster.

Am 2. Feiertag, Sonntag, wird für uns eine heilige Messe auf dem Skalka-Hügel stattfinden, wo der hl. Stanislaus ermordet wurde.

3. Der Jungfrauen und überhaupt der Frauen werden sich Krakauer Damen besonders annehmen. Wir leiteten auch Schritte ein, um aus Oswiecim nach Krakau einen Sonderzug für die Teilnehmer zu erhalten, und wir erwarten ein günstiges Ergebnis.

Jetzt handelt es sich vor allem darum, daß diejenigen, welche die Absicht haben zu reisen, sich möglichst bald, spätestens bis zum 20. Juni, anmelden, damit die Zahl angegeben werden könne, um festzustellen, ob sich ein Sonderzug lohnen wird.

Das beste wäre, wenn man sich in jeder Ortschaft dahin verständigen würde, wie viel Männer und Frauen reisen werden. Ferner handelt es sich um darum, rechtzeitig die Abzeichen zu verschicken, die wir zu diesem Zweck herstellen lassen werden. Jedes Abzeichen wird 10 Pf. kosten, die mit der Anmeldung einzusenden sind.

Jedenfalls lohnt es, sich an diesem Ausflug möglichst zahlreich zu beteiligen, insbesondere die Jünglinge und Jungfrauen sollten es tun, denn es wird sich nicht so bald wieder eine Gelegenheit bieten, daß zwei Feiertage auf einander folgen, wie in diesem Jahre.

Wir machen noch einmal auf den Fahrplan aufmerksam, daß wir mit dem Zuge fahren, der in Oswiecim um 7 Uhr 6 Minuten abgeht.

Das Programm der Feier werden wir kurz vor Austritt des Ausflugs bekannt machen.

Das Komitee.

Karl Piecha, Zaborze A.

Johann Fuffek, Uhrmachergehilfe, Zaborze A.

Leo Piecha.

Unsererseits spornen wir unsere polnische Jugend zur zahlreichen Beteiligung an dem Ausflug an. Unsere Jugend, deren polnische Seele von frühester Kindheit mit dem Geiste der Germanisation in den Kinderbewahranstalten, in der Volks- und Fortbildungsschule, in den Werkstätten, in den verschiedenen Vereinen und bei germanisierenden Spielen vergiftet wird, diese Jugend fahre scharenweise nach unserem polnischen Kom, nach Krakau. Möge jeder unsere Jungfrauen und Jünglinge und besonders diejenigen anspornen, nach Krakau zu fahren, die sich in der Gefahr befinden, ihre Nationalität zu verlieren. Solche Ausflüge kann man unserer Jugend, der das Deutschtum überall nachstellt, nicht genug empfehlen. Unsere Jugend ist die Zukunft unserer Nation. Möge sie also Gelegenheit haben, unsere herrliche geschichtliche Vergangenheit kennen zu lernen, die sich in den schönen weltlichen und religiösen Denkmälern abspiegelt, wie sie Krakau besitzt. Das wird die polnische Seele unserer Jugend wachrufen, sie lieben lehren, was unser ist. Dort wird sie die Pflichten kennen lernen, die ihr, als der späteren Vorhut der großen polnischen Nation obliegen, gegen welche die entfesselten germanischen Wogen anprallen.

Fahren wir also, wer kann, nach Krakau, um den Geist zu weiterem Kampfe um unsere nationale Existenz zu stärken, und nehmen wir unsere Jugend mit.

Aus Nr. 119 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 28. Mai 1907:

Betrifft Arbeitermangel in Gruben.

Obgleich zu den Arbeiten in den ober-schlesischen Gruben Arbeiter aus Galizien und Kroatien zugelassen werden, so herrscht im Bergbau angeblich immer noch Arbeitermangel. Daher sollen ferner zu diesen Arbeiten polnische Arbeiter aus Russisch-Polen zugelassen werden, denn schon bisher sind in dieser Beziehung gewisse Ausnahmen gemacht worden. Die preussisch-fiskalischen Gruben sollen die ersten größeren Anfänge mit der Zulassung von Arbeitern aus Russisch-Polen machen. — Natürlich sind die lokalen Arbeiter davon nicht sehr erhaubt, denn sie nehmen an, daß ausländische Arbeiter hauptsächlich deshalb geworben werden, um eine Verbesserung der Löhne und Verhältnisse zu verhindern. Hiesige Arbeiter wären im Bergbau bei weitem mehr beschäftigt, wenn die Löhne und die Behandlung des Volks besser wären. — Weshalb gehen denn Tausende von ober-schlesischen Arbeitern nach den Gruben in Westfalen und im Rheinland? Weshalb werden denn tüchtige und gute Arbeiter wegen jeder Kleinigkeit aus der Arbeit entlassen? — Fürchtet denn der Fiskus, und zwar der preussische Fiskus diese polnischen Arbeiter nicht? Sind sie denn nicht eine schreckliche Gefahr für den preussischen Staat? Wem soll man glauben, den preussischen Ministern, die von einer Gefahr der Polen reden, oder dem preussischen Fiskus, der diese Befürchtungen nicht hegt, wenn er polnische Arbeiter noch aus dem Auslande kommen läßt?

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 219 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 14. Mai 1907:

Der einzige Freund Wilhelms II. — Die Polendebatte im preussischen Herrenhause.

Ähnlich, wie seiner Zeit Alexander III., entdeckte jetzt Wilhelm II. „seinen einzigen Freund.“ Beide fanden solche freundschaftlichen Herzen nicht in den Kreisen großer Potentaten, sondern unter den „Dukendherrschern“, welche mehr auf der Operettenbühne, als auf der Arena der Weltpolitik eine gewisse Rolle spielen. Alexander III. suchte sich zu seinem „einzigen Freunde“ den Fürsten Nicolaus von Montenegro aus, Wilhelm II. stieg noch tiefer herab und fand am Fürsten von Monaco, dem Herrscher über 22 Quadratkilometer und 15000 Seelen, Gefallen. In politischer Hinsicht war die Wahl des Zaren günstiger, als die des heutigen Oberhauptes der Hohenzollern. Zwanzigtausend tüchtiger Montenegriner, obwohl sie mit einer Subvention in Höhe von einer halben Million für ihren Herrscher bezahlt werden mußten, könnten immerhin der russischen Politik auf der Balkanhalbinsel gute Dienste leisten. Dagegen werden die sechzig Grenadiere und vierzig Gendarmen des Fürsten von Monaco die sich gegen Deutschland bildende Koalition nicht stören können. Aus welchem Grunde also erhielt er von seinem mächtigen Freunde in Berlin den höchsten preussischen Orden, den schwarzen Adlerorden? Vielleicht für seine Operettentruppe, mit der er sich vor kurzem in Berlin produzierte, oder für seine Tiefseeforschungen? Darüber zerbrechen sich seit mehr

denn einem Monate die treuen Untertanen der Hohenzollerndynastie die Köpfe und sie haben bis jetzt, wie es scheint, die schwierige Aufgabe noch nicht gelöst...

Das preußische Herrenhaus war vor einigen Tagen wieder der Schauplatz einer Polendebatte. Der hakatistische Geist hat sich dieser preußischen Pairs bereits vollständig bemächtigt. Den Gegenstand der Erörterungen bildete wiederum der polnische Schulstreik, welcher die Preußen immer nervöser macht. Von den Polen traten die Herren Joseph v. Koscielski und Fürst Ferdinand v. Radziwill als Redner auf, beide sprachen in einer Weise, welche ihnen Ehre macht. Namentlich schwang sich Fürst Radziwill, der sonst immer sehr zurückhaltend und loyal ist, diesmal zu einem etwas schärferen Tone auf. Er trat entschieden gegen die idiotisch-chauvinistische Behauptung des ehemaligen Reichstagspräsidenten, unseres alten Feindes, des Zentrumsmitgliedes Grafen v. Ballestrem auf, daß es in Schlesiens keine Polen mehr, sondern nur polnischsprechende Preußen gäbe. Fürst Radziwill betonte ausdrücklich, daß diese Bevölkerung, trotz ihrer Zugehörigkeit zu Preußen, keineswegs das Recht an die polnische Nationalität eingebüßt habe und immer noch einen rein polnischen Teil der großen polnischen Nation bilde. Diese Rede brachte nun wieder die hakatistische Presse aus dem Gleichgewicht. Sogar das Berliner Tageblatt stellt heute in seinem Leitartikel fest, daß Fürst Radziwill endlich die allpolnischen Endziele der preußischen Untertanen polnischer Zunge verraten habe und sich nicht wundern könnte, wenn die preußische Regierung durch dieses sein Auftreten jetzt die fernerer antipolnischen Ausnahmegerichte begründete. Diese Heuchelei der kreuzritterlichen Pressorgane ist uns allzugut bekannt. Sie wünschten durchaus irgendeine Veranlassung zu finden, die Europa gegenüber die barbarische antipolnische Politik der preußischen Regierung begründen könnte und klammern sich sogar an Äußerungen an, die nichts Neues, nichts Außergewöhnliches enthalten. Denn die polnische Gesellschaft im preußischen Anteil machte niemals ein Geheimnis daraus, daß sie Schlesiens als einen waffen polnischen Landesteil betrachte.

Aus Nr. 210 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 7. Mai 1907:

**Jubiläum der Landschaft. — Lehrer-
verletzungen. — Körperliche Züchtigung.
Treibjagden auf polnische Melodien.
Das Sokoltum und der Sokoltag in Prag.**

Eine der größten und mächtigsten Kreditanstalten der Provinz Posen feiert am 13. Mai das 50jährige Jubiläum ihres Bestehens. Es ist dies die Posener Landschaft, welche einen billigen, nämlich drei- bis vierprozentigen amortisierbaren Kredit auf größere und kleinere ländliche Besitzungen gewährt. Weil sie das Recht hat, Pfandbriefe auszugeben, hat sie bis zu einem gewissen Grade einen amtlichen Charakter, obwohl sie sich auf eine innere Selbstverwaltung stützt. Als die Anstalt vor einem halben Jahrhundert ins Leben gerufen wurde, war dort das polnische Element bedeutend in der Mehrheit, sodaß sogar die Präsidenten Polen waren. Große Verdienste um die Entwicklung der Anstalt haben sich die Herren Brodowski, Zarochowski, M. v. Zoltowski und v. Morawski erworben. Heute ist die Landschaft, wie alle anderen, unter dem Schutze der preußischen Regierung stehenden Anstalten der Verdeutschung verfallen. Sie gewährt zwar noch den polnischen Besitzern Darlehne, doch ist fast ihr ganzes Beamtenpersonal deutsch und der gegenwärtige Präsident gehört sogar zu den Stützen des Hakatismus in der

Provinz Posen. Die Beteiligung der Polen an der Jubiläumsfeier wird deshalb wohl keine große sein.

Vor einigen Tagen erfuhren wir aus den Depeschen, daß wiederum 30 deutsche Lehrer aus den westlichen Provinzen nach der Provinz Posen versetzt worden sind, und zwar ist dies, wie jetzt die Germania wissen will, ganz plötzlich erfolgt. Diese deutsch-katholischen Lehrer erhielten, ähnlich wie bei einer Mobilmachung, den Befehl, gleich am nächsten Tage zur Übernahme ihrer neuen Stellung abzureisen; das Reisegeld wurde ihnen telegraphisch überandt. Alle sollen, trotz den ihrer in den neuen Stellungen harrenden Gehaltszulagen, nur mit der größten Abneigung diesem Befehle nachgekommen sein. Die Germania drückt ihre Entrüstung über eine derartige Behandlung der Lehrer aus und wendet sich an die Regierung mit der Frage, ob von der pädagogischen Tätigkeit solcher gewaltig auf fremden Boden versetzten Lehrer irgend ein Nutzen zu erwarten sei.

Der Berliner Magistrat erließ neuerdings eine Verfügung, welche den Stadtschullehrern die häufige Anwendung körperlicher Züchtigungen der Schüler und Schülerinnen verbietet. — Fast zu gleicher Zeit erschienen in der Provinz Verfügungen der dortigen Schulbehörden, welche strenge körperliche Strafen den am Schulstreik sich beteiligenden polnischen Schülern gegenüber empfehlen. Für die polnischen Kinder gibt es keine Rücksichten, keine pädagogischen Regeln!

In einigen Städten der Provinz Posen veranstaltet zur Zeit die Polizei Treibjagden auf — polnische Melodien. Die Polizeibeamten besuchen alle Gaststuben und Schankwirtschaften und ziehen die Platten der musikalischen Automaten mit den Melodien: „Gott, der du Polen“, „Noch ist Polen nicht verloren“ und „Mit dem Rauche der Feuersbrünste“ ein. Wie lächerlich ist das!

In den breiteren polnischen Gesellschaftskreisen im preußischen Anteil entstand eine gewisse Verwunderung, ja sogar Entrüstung über das vom Hauptvorstande des Sokoltums erlassene Verbot der Beteiligung an dem Prager Sokoltag seitens der Sokols im preußischen Anteil. Zu diesem Sokoltag rüsteten sich aus der Provinz Posen und aus anderen Gegenden etwa 200 Sokols, welche sich bereits der freudigen Hoffnung hingaben, sich nach dem schweren Kampfe mit der preußischen Übermacht im Kreise der slawischen Stammesgenossen geistig stärken zu können. Die Verwunderung und Entrüstung in den dortigen Kreisen ist um so größer, als niemand die eigentliche Veranlassung zu diesem Verbote kennt.

In dieser Sache ergriff jetzt der Dziennik Poznański das Wort und trat energisch gegen die chauvinistischen Strömungen auf, die von der Nationaldemokratie auf die polnischen Sokols übergingen und auf die ganze Tätigkeit dieser schönen nationalen Organisation einen schädlichen Einfluß ausüben, indem sie gleichzeitig in deren Reihen eine immer größere Spannung hervorrufen.

Aus Nr. 221 des Słowo Polskie (Lemberg)

vom 14. Mai 1907:

Die preußische Herrschaft in der Schule.

Unter diesem Titel erschien bereits im Buchhandel eine zwar kurze, aber sehr nützliche öffentliche Bekanntmachung, welche den Stoff zu der Geschichte des Schulstreiks in den preußischen Landesteilen enthält.

Der eigentliche Inhalt ist durch eine übersichtliche, geschichtlich-rechtliche Einleitung veranschaulicht, welche mit sehr genauer Kenntnis des Gegenstandes und über-

haupt der Verhältnisse im preußischen Anteil die Stellung der Regierung gegenüber dem Schulwesen in den polnischen Landesteilen von deren Besitzergreifung bis zur Jetztzeit erklärt. Den eigentlichen Stoff bildet die Sammlung der charakteristischen, genau geprüften und seitens der preußischen Regierung nicht bestrittenen Tatsachen über den bisherigen Verlauf des sogenannten Schulstreiks, unter Angabe der Ortsbezeichnung, des Namens des Lehrers, der Schüler und des Datums. Er wird, entsprechend den bei den Regierungsrepressalien hauptsächlich zur Anwendung gebrachten Mitteln, in vier Teile geteilt: in Schularrest, körperliche Züchtigung, Bestrafung der Eltern, Geschwister und Verwandten, Unterbringung der Kinder in Zwangserziehung. Eine besondere Abteilung bildet ein Nachtrag, in welchem alle die Regierungsübergänge enthalten sind, welche sich in keiner der vorangeführten Abteilungen haben unterbringen lassen (also Tatsachen über versuchte Bestechung der Schüler durch die Lehrer, über Aufreizung der Schüler gegen die Eltern und die Geistlichen seitens der Lehrer, Strafen für „geistige Abwesenheit“ usw.) Gerichtliche Urteile und Bestimmungen der Schul- und Verwaltungsbehörden sind teils urkundlich, teils in genauer polnischer Übersetzung angeführt.

Den Schluß des Ganzen bildet ein Artikel, betitelt: „Von den Verfassern“, in welchem der Gegenstand und der Zweck der Broschüre näher erörtert wird; er lautet:

„Die in der vorliegenden Broschüre dargelegten Tatsachen, welche die Stellung der königlichen preussischen Regierung der Schule gegenüber in den Jahren 1905, 1906 und zu Anfang des Jahres 1907 beleuchten, erschöpfen den Gegenstand nicht voll und ganz.

Vollständig übergangen in dieser Schilderung wurden die Bedrückungen der römisch-katholischen Geistlichkeit, deren hervorragende Vertreter zu außerordentlich hohen Geld- und nicht selten zu Gefängnisstrafen von einigen Wochen bis zu mehreren Monaten verurteilt wurden, ferner wurden hierbei die Bedrückungen der polnischen Presse nicht berücksichtigt, welche während der Dauer des Schulstreiks zu verhältnismäßig hohen Geldstrafen, die bereits die Höhe von mehreren zehntausenden Mark erreicht haben, verurteilt wurde.

Die in der Broschüre aufgeführten Bedrückungen der königlichen preussischen Regierung den Schülern und deren Eltern gegenüber schließen mit dem 17. März 1907 ab. In der Wirklichkeit dauern sie mit ungeschwächter Kraft fort und nichts läßt auf deren baldiges Ende schließen.

Im Gegenteil, jeden Augenblick kommen neue ungesetzliche Handlungen, ja sogar hinsichtlich der Art und Weise neue Repressivmittel hinzu. Augenblicklich, wo die Drucklegung des Stoffes ihrem Ende naht, erhalten wir eine sehr glaubwürdige telegraphische Nachricht, daß auf dem Schwedenhof bei Bromberg alle Kinder, welche bei dem Religionsunterricht nicht haben deutsch antworten wollen, zwei Klassen zurückversetzt worden seien.

Da der Schulstreik bereits in der Osterzeit die schwerste Krisis durchgemacht hat und in den letzten Tagen wieder mächtiger aufzutreten anfängt, so ist seitens der königlichen preussischen Regierung auf weitere und — falls es möglich ist — noch strengere Exekutiv- und gerichtliche Strafen zu rechnen.

Indem wir den Stoff über den bisherigen Verlauf des Schulstreiks in den preussischen Landesteilen der Öffentlichkeit — nicht allein der polnischen — übergeben, erachten wir es, als Verfasser, für erforderlich, uns eines vorzubehalten.

Es ist nicht der Zweck des Verlages, die Leser zur Nahrung und zum Mitleid — was sowohl vom ästhetischen, als auch ethischen Gesichtspunkte aus zweifellos sehr schön und erhaben ist — zu bewegen. Obwohl schwach und unerprobt die Schultern derer sind, die in erster Linie unter der eisernen Faust einer Monarchie zu leiden haben, die heute als die erste der Welt gelten will — so würden wir doch das Bitten um Mitleid als eine, unserer großen geschichtlichen Vergangenheit und sogar der wie die Träne so reinen ritterlichen Würde der polnischen Schulkinder in den Provinzen Posen, Westpreußen, Oberschlesien und in Ermland zu nahe tretende Sache betrachten. Wir sind — vielleicht mit Recht — der Ansicht, daß eine Nation, deren unmündige Kinder so viel ausdauernde Widerstandskraft und so viel sittliche Kraft bei der Verteidigung der Nationalsprache zeigten, sogar in der heutigen, nicht leichten politischen Lage sich nicht so sehr hintenangesetzt und bedauernswert, als vielmehr stolz und glücklich fühlen kann.

Es ist ferner nicht der Zweck des Verlages dazu beizutragen, daß in der polnischen Gesellschaft die schöne, aber gefährliche Täuschung entstehe, wir würden, wenn die Welt erst von der Größe des uns geschehenden Unrechts Kenntnis erhalte, eine baldige und glückliche Wendung der Dinge erfahren. Die harte Notwendigkeit hat uns gründlich von derartigen Täuschungen geheilt. Die zwar nicht immer genauen Nachrichten über den Stand der Dinge in den preussischen Landesteilen haben sich keineswegs zu unseren Gunsten geändert.

Der Zweck der Broschüre ist daher ein anderer. Zu dem weiteren schweren Kampfe mit dem Todfeinde benötigt unsere Gesellschaft noch einer größeren sittlichen Kraft, wie bisher, noch einer rückhaltloseren Vaterlandsliebe, noch eines feurigeren Glaubens an die Heiligkeit unserer Nationalsprache angesichts der Zivilisation und an deren günstigen Sieg. Die in unserer Broschüre zusammengestellten Akte der in der Geschichte nicht alltäglichen Vaterlandsliebe sollen als Beispiel dafür dienen, daß, so wie der Haß den Menschen verdirbt und erniedrigt, die Vaterlandsliebe ihn erhebt und veredelt.

Fremdes Urteil ist, falls es gerecht ist, unserer Nation nicht gleichgültig. Auf ein unparteiisches Urteil dürfen wir heutzutage nicht so leicht rechnen; doch auf dessen mögliches Vorhandensein gänzlich verzichten dürfen wir ebensowenig, wie wir den Glauben an die Entwicklung der Kultur und der Menschheit nicht verlieren können. Für ein derartiges, wirklich hohes Urteil kann sich eine sachliche geschichtliche Urkunde als nützlich erweisen.

Für diese sachliche, geschichtliche Urkunde, die einen wertvollen Beitrag zu dem Kampfe zweier Kulturen, nämlich der preussischen und der polnischen, bilden wird und die dereinst einen traurigen Schatten auf die Stellung der Regierung eines zivilisierten Staates zu Anfang des XX. Jahrhunderts dem Kulturkampfe gegenüber werfen wird, verdienen die Verfasser: „Volkslehrer- und Lehrerinnen-Verein im Königreich Polen“ und „Polnischer pädagogischer Verein in Galizien“ lebhaften Dank und große Anerkennung.

Die in polnischer Sprache herausgegebene Broschüre (der Reingewinn ist zur Unterstützung für die Schulstreikopfer bestimmt) muß in unserem ganzen Lande, in allen patriotischen Häusern und öffentlichen Bibliotheken, namentlich in solchen, die von der heranwachsenden Jugend benutzt werden, Verbreitung finden und sie wird den Zweck erfüllen, welchen ihr die Verfasser gestellt haben. Nicht minder wichtig ist es, daß die Broschüre auch außerhalb der Grenzen der pol-

nischen Lande, namentlich in England Verbreitung finde, wo andere Erziehungsbegriffe als in Preußen und auch in Frankreich herrschen, wo trotz vieler schöner Zeitungsartikel die preußische Schulbedrückung in den polnischen Landesteilen noch nicht in ihrer ganzen schrecklichen Wirklichkeit bekannt ist.

Wie wir erfahren, sollen die gesammelten „Stoffe“ auch in fremden Sprachen, vor allem aber in englischer und französischer Sprache erscheinen.

Aus Nr. 244 des *Słowo Polskie* (Lemberg)

vom 27. Mai 1907:

Unsere Kultur.

Posen, den 23. Mai.

Leuten, die, sei es auch nur während kurzer Zeit, mit den Verhältnissen im preußischen Anteil in Berührung gekommen sind, fällt es auf, daß unsere Gesellschaft in kultureller Hinsicht ungeheuer verdeutschet ist. Es erscheinen sogar in diesem Sinne volkstümlich geschriebene Broschüren, welche über den Mangel an polnischer Kultur bei dem Posener und über dessen Begeisterung für Berlin und die preußisch-deutsche Kultur ohne Erbarmen herziehen.

Ganz abgesehen von der Behauptung über den imponierenden und gewissermaßen uns erdrückenden Einfluß Berlins, muß im allgemeinen zugegeben werden, daß diese Stimmen viel Wahres enthalten. Übrigens ist diese Erscheinung sehr einleuchtend. Seit hundert Jahren bereits wirken die mächtigen preußischen Einflüsse auf die polnische Bevölkerung im preußischen Anteil, vor allen Dingen auf die Ostmarken germanisierend ein und sie sind in letzter Zeit, zusammen mit der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands und dem zeitigen Sichzuheben der deutsch-polnischen Verhältnisse zu einer Macht geworden, der tatsächlich schwer zu widerstehen ist. Neben der rohen polizeilichen Bedrückung hat die Regierung ein ganzes System kultureller Germanisierung entwickelt, sie baut Museen, Theater, Bibliotheken, Akademien, errichtet Denkmäler, macht Parkanlagen, richtet Kasinos ein und unterstützt verschiedene deutsche Privatgesellschaften, wie wissenschaftliche, musikalische Vereine, die kulturelle Zwecke verfolgen usw. Das Verlangen der deutschen Liberalen und Fortschrittler, die Polen durch Kulturmittel zu germanisieren, wird von der Regierung vielfach durchgeführt und wiewohl die bürokratische und schwerfällige Staatsmaschine sich schwer an die neuen Germanisierungsreformen gewöhnen kann und die repressiv-polizeiliche und germanisatorisch-kulturelle Doppelpolitik oft an ihren Widersprüchen und falschen Schlussfolgerungen zerschellt, so sind doch ihre Erfolge heute schon bedeutend und die Nachteile auf unserer Seite sehr ernste.

Unsere Städte und Städtchen erhalten allmählich nicht nur äußerlich ein deutsches Aussehen, sondern das Deutschtum hat auch unserem geselligen und alltäglichen Leben ein deutliches Merkmal aufgedrückt, wir fangen an geistig deutsch zu leben, wir denken und fühlen deutsch, was allerdings nicht hindert, daß dieser oder jener ein begeisterter Pole, ja sogar ein Patriot ist.

Schärfer denkende Deutsche sehen recht gut ein, daß die allmähliche, aber anhaltende geistige Germanisierung viel sicherer ist, als die heutigen zweifelhaften Entnationalisierungsversuche. So ein ehemaliger Oberbürgermeister von Posen, Witting, ein zweifellos sehr intelligenter und mit unseren Verhältnissen wohl vertrauter Mann, überdies ein erbitterter Polenfeind, hat seinen bekannten Vortrag über die antipolnische Politik zu einer umfangreicheren Broschüre unter dem Titel

„Das Ostmarkenproblem“ aufgebaut, in welcher er ausführlich und genau beweist, daß das heutige bürokratische Gendarmensystem zu nichts führe und die Germanisierungspolitik auf eine breite kulturelle Aktion gestützt sein müsse.

Unsererseits wird die Gefahr leider zu wenig gewürdigt, der von den Deutschen übernommene und in dem harten Kampfe um das Dasein gehärtete Materialismus läßt uns alle idealen Ziele geringschätzen und zwingt unsere Berufstätigkeit in die engen wirtschaftlichen und politisch-praktischen Grenzen hinein. Als Nationallosung hören wir hier leider oft: „enrichissez vous, messieurs.“ In letzter Zeit entstand hiergegen eine heilsame Reaktion, das Verständnis für die idealen Seiten des Nationallebens wird immer größer, auch wird hier und dort eine zwar schüchterne, aber sehr lebensfähige kulturelle Tätigkeit entwickelt, wir erinnern nur an die sogenannten Mickiewicz-Volksvorträge, welche sich aus Posen auch auf die anderen Provinzialstädte übertragen, ferner an die Volkshilfsabende, die im letzten Winter regelmäßig in Posen veranstaltet wurden, an den Verein der Freunde der schönen Künste, an die literarischen Unterhaltungsabende des Literatenvereins u. a. Der ganze Strazverein verdankt übrigens dem Verständnis des Gedankens hauptsächlich sein Entstehen, nämlich daß der Germanisierung sowohl seitens der Regierung, als auch der deutschen Gesellschaft eine weitgehende kulturelle Schutzaktion entgegengestellt werden müsse. Die kulturelle Abteilung des Strazvereinsvorstandes hat zwar bis jetzt in dieser Hinsicht noch nicht viel geleistet, immerhin jedoch schon dies und jenes getan (z. B. den Verlag billiger Volksbücher), und da dort das Verständnis gerade für diese unsere Bedürfnisse vorhanden ist und es auch an gutem Willen nicht mangelt, so können wir der Hoffnung Raum geben, daß diese Abteilung binnen kurzem eine größere Tätigkeit entfalten werde.

Es gibt zwar bei uns Leute, die da sagen: „Wir können keinen literarischen oder artistischen Luxus treiben, denn der Feind sitzt uns im Nacken und wir müssen geradezu an den Schutz unserer materiellen Existenz denken.“ Das ist falsch, unsere Lage ist durchaus nicht so verzweifelt, daß wir auf alle höheren Lebensansprüche verzichten und uns freiwillig zu elenden, in ihrer schweren Tagesarbeit vollständig versinkenden Arbeitern degradieren müßten. Unsere materielle Lage hat sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert, so daß wir, wenn wir auch gerade nicht als eine reiche Gesellschaft gelten, auch nicht aber als arm zu betrachten sind. Handel und Industrie haben sich ungeheuer gehoben und geben, neben der zwar durch die Ansiedelungskommission bedrohten, aber im übrigen ziemlich kräftigen Landwirtschaft, eine genügende Unterlage für die Entwicklung einer selbständigen polnischen Kultur.

Dabei nehmen wir auch ziffernmäßig an Stärke zu, wie dies „Das statistische Jahrbuch für den preußischen Staat“ nachweist. Ausweislich dieser Zahlen, die sich auf das Jahr 1905 beziehen, gibt es in Preußen 3 716 446 Polen; wir vermehrten uns um 9,5 v. H., während sich die Gesamtziffer der Bevölkerung in Preußen nur etwas über 8 v. H. gehoben hat. In dem erst vor einigen Jahren wieder gewonnenen schlesischen Landesteile zählten wir 1 158 789 Polen, die sich offen zu ihrer Nationalität bekennen; das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu der deutschen änderte sich in diesem Jahre in Oberschlesien um 0,7 v. H. zugunsten der Polen.

Die Zahlen lassen uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken und geben der begründeten Hoffnung Raum, daß sich auf dieser realen Unterlage auch bei

uns ein kulturelles und geistiges Leben entwickeln wird, falls wir den kurzfristigen Materialismus und Opportunismus ablegen. Das beste Beispiel gibt uns in dieser Hinsicht unser eigenes polnisches Volk, welches bei dem Schulstreik der Idee alle materiellen Rücksichten zum Opfer bringt. Trotz unzähliger Strafen und Bedrückungen dauert der Streik bis heute fort und er wird noch weiter fortbauern. Nachdem sie alle Mittel erschöpft, nimmt die Regierung jetzt die Vormundschaftsgerichte zu Hilfe, welche nach dem ausdrücklichen, in dem bekannten Kammergerichtserkenntnis gegen Zych und Piecha enthaltenen Fingerzeige sich richtend, gegen die Eltern der streikenden Kinder Ordnungsstrafen bis 100 Mark festsetzen. Bis jetzt ist das Mittel in größerem Umfange nicht zur Anwendung gelangt und unsere Juristen werden zweifellos auf gerichtlichem Wege dagegen auftreten, aber wenn diese Strafen rücksichtslos sogar gegen alle festgesetzt werden sollten, so wird doch unser Volk in seiner Mehrheit unbeugsam bleiben und nicht so bald nachgeben. Ein wahrhaft heldenmütiges Beispiel einer derartigen sittlichen Spannkraft brachte unlängst der Kurier Poznański aus Oberschlesien. Außer den bekannten Sachen Zych und Piecha haben wir dort noch eine viel interessantere Sache gegen Pyka. Auch ihm wurden zwei Kinder zur Zwangserziehung aus dem Grunde fortgenommen, weil er ihnen verboten hatte, in der Religionsstunde deutsch zu antworten. Das Kammergericht hob, ebenso wie bei Piecha und Zych, das Urteil auf, während diese jedoch schließlich dem Regierungsdrucke nachgaben und ihr Verbot zurückzogen, blieb Pyka unbeugsam und ließ sich durch keinerlei Strafen abschrecken. . . . Solcher Leute werden sich mehr finden.

Den Idealismus eines solchen Pyka müßte sich aber auch unsere Intelligenz zum Beispiel nehmen; wir werden dann sicherlich dem Drucke der materialistischen deutschen Kultur widerstehen und fähig sein, uns unsere eigene polnische Kultur zu schaffen.

Aus Nr. 219 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 13. Mai 1907:

In geschichtlichem Augenblick.

Bei jeder wichtigen öffentlichen Handlung müssen wir nicht nur mit der politischen Lage des Landes selbst, sondern auch mit der der polnischen Sache überhaupt rechnen. Denn für die polnische Sache gibt es keine politischen Grenzen. Es wäre ein Unglück, wenn die einzelnen Landesteile sich diese Grenzen selbst zögen; für Europa, namentlich für die beteiligten Mächte stellt die polnische Sache ein organisches Ganzes dar. In allen Dingen, die bei uns vorgehen, sogar bei anscheinend so inneren Angelegenheiten, wie es gegenwärtig die Wahlen in Galizien sind, stehen wir unter dem Argusauge aller derer, denen es an der Ausrottung unserer allgemein-nationalen Bestrebungen gelegen ist. Um so weniger dürfen wir bei unserer täglichen politischen Beschäftigung diesen organischen internationalen Zusammenhang der polnischen Sache vergessen.

Die polnische Fraktion hat in der Duma das Projekt betreffend die Verleihung der Autonomie im Königreich eingebracht. Es ist viel Aussicht vorhanden, die Mehrheit der Duma für diese Vorlage zu gewinnen. Der Beschluß der Duma ist aber noch kein Gesetz, doch ganz abgesehen davon, was die Regierung mit dem Dumaentschlusse, der dem Königreich eine autonome Verfassung zuerkennt, macht, ob sie ihn vorläufig ganz zurückweist oder auch mit unseren Abgeordneten wegen einstweiliger Zugeständnisse in Unterhandlungen tritt (denn darauf ist nicht zu rechnen,

daß die jetzt in Rußland bestehende Regierung sich dazu entschließen sollte, ihn zu bestätigen), jedenfalls wird er für unsere ganze Zukunft in den russischen Landesteilen von entscheidender politischer Bedeutung sein.

Wie Rußland, trotz allen Bemühungen der Reaktion, ja sogar trotz allen bisherigen Fehlern des russischen Parlaments, nicht mehr zu den Zeiten des Absolutismus zurückkehren kann, so läßt sich auch, im Falle des Erlasses eines Autonomiegesetzes für das Königreich seitens der Duma, unsere Autonomie von der Tagesordnung der inneren Politik Rußlands nicht mehr abheben. Die Autonomiefrage des Königreichs wird stets, bei jeder Veränderung des Kabinetts, bei jedem neuen Versuch, eine parlamentarische Mehrheit in der Duma zu schaffen, bei allen Neuwahlen zu der Duma, fast auf den ersten Plan der Aufgaben des russischen Staatslebens gesetzt werden müssen. Es wird eine Sache unserer Gesellschaft und unserer Vertretung in der Duma sein, diese Verhältnisse für unsere Selbstverwaltungsbestrebungen auszunutzen. Daß es uns aber im gegebenen Augenblick weder an Entschiedenheit, noch unter weniger günstigen Umständen an Geduld mangeln wird, dafür bürgt die bisherige Tätigkeit der gegenwärtig unsere nationale Politik im russischen Anteil leitenden Partei.

Es konnte denn auch für niemanden die vor einigen Tagen in den Telegrammen unseres Blattes gebrachte Nachricht eine Überraschung sein, daß der preussische Botschafter in Petersburg sich bei Hofe die größte Mühe gäbe, nicht zuzulassen, daß der Antrag der polnischen Fraktion betreffend die Einführung der Selbstverwaltung in Polen von der Duma angenommen werde. Von vornherein wußten wir, daß es so kommen werde.

Es war jedoch zu erwarten, daß das österreichische Ministerium des Äußern in dieser Sache sich wenigstens vollständig neutral verhalten werde. Das Bündnis mit Preußen verpflichtet doch Österreich nicht zu der Rolle eines preussischen „Sekundanten“ in dem Kampfe, den es heute mit immer größerer Erbitterung gegen unsere Nation führt. Und doch bringt das erwähnte, aus glaubwürdiger Quelle stammende Telegramm die ganz entschiedene Nachricht von der Unterstützung der antipolnischen Arbeit des preussischen Botschafters in Petersburg durch den österreichischen Botschafter.

Der Besuch des Ministers des Äußeren in Berlin steht wahrscheinlich hiermit in Zusammenhang. Sein einziger Zweck war sicherlich nicht der, in der antipolnischen Politik der preussischen Regierung ein Einvernehmen zu erzielen. Daß aber diese Reise des Ministers des Äußeren nach Berlin, welche, auf Wunsch Preußens unternommen, England die Macht der preussischen Bündnisse beweisen, gleichzeitig der preussischen Regierung auch gegen uns dienen sollte — das ist mehr als wahrscheinlich. Die dabei interessierten Personen stellen dies natürlich in Abrede. Es ist jedoch Tatsache, daß man unmittelbar nach diesem Besuche angefangen hat, in Petersburg von einer unseren Interessen feindlichen Politik der Botschafter der Teilungsmächte zu sprechen.

So oft unsere Abgeordneten bei der Regierung vorstellig wurden, sich unserer Sachengänger anzunehmen, stets bekamen wir die Antwort, es zieme sich für Österreich nicht, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Mächte einzumischen. Dies war eine elende Ausrede. Denn jeder Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich darum zu kümmern, wie andere Staaten mit ihren Untertanen verfahren. Ja, die österreichische Regierung hat vor allen Dingen die Pflicht, mit den Interessen der verschiedenen, die Monarchie bildenden Nationen zu rechnen, umsomehr,

als die betreffende Nation eine stärkere Stütze des Staates bildet. Mit Preußen durch ein Bündnis verbunden, hat sie also die Pflicht, nicht nur ihre Untertanen vor den Schikanen preußischer Regierungsbehörden zu schützen, sondern auch dafür zu sorgen, daß diese Allianz für unsere Nation keine schädlichen Folgen habe. Dies hat die Gesellschaft von der Regierung, welche stets von der polnischen Fraktion in ihrer Staatsstellung unterstützt wurde, zu verlangen.

Durch innere Parteikämpfe in Anspruch genommen, widmet unsere öffentliche Meinung dem Reflex wohl zu wenig Aufmerksamkeit, welchen die durch den japanischen Krieg verursachte internationale Änderung der europäischen Lage auf unsere Stellung in der Monarchie wirkt.

Nicht ohne inneren Zusammenhang stehen die Tatsachen einer äußerst wohlwollenden Neutralität österreichischer Staatsbehörden den anarchistischen Strömungen im Königreich, sowie dem Gantsch'schen Attentate gegenüber, welches darauf gerichtet war, unsere politische Bedeutung in Österreich vollends zu vernichten.

Jetzt tritt wieder eine neue Reihe von Tatsachen der gleichen Art in die Erscheinung. Auf den Verlauf der Wahlen bei uns wollen gewisse Strömungen einen Einfluß ausüben, welche offenbar hinter dem Rücken der Staatsbehörden aus der Ferne einzuwirken versuchen. Diese fremden Einflüsse sind zweifellos zur Zeit noch zu schwach, um bei dem Ergebnis der Wahlen in die Wagschale zu fallen.

Trotzdem müssen wir mit ihnen rechnen und über deren Vorhandensein uns Rechnung ablegen. Sie beweisen nämlich, wie weit heutzutage die Berliner Einflüsse in die Wiener Zentralstellen hineingreifen, wie leicht die preußische Politik die letzteren gegen uns mobil machen kann.

Wir machen gegenwärtig eine für unsere ganze nationale Zukunft entscheidende Zeit durch. Es wird sich jetzt entscheiden, ob wir nach wie vor alle unsere Kräfte dazu verwenden müssen, uns vor der Ausrottungspolitik mindestens zweier Teilungsmächte gleichzeitig zu verteidigen oder ob sich unser Verhältnis zu Rußland möglicherweise derartig gestaltet, daß wir uns mit der ganzen Front gegen die gefährlichsten preußischen Angriffe wenden können.

Die preußische Regierung wird nichts versäumen, um dies zu verhindern; sie wird ihren möglichsten Druck auf die maßgebenden Kreise in Wien ausüben, um Österreich zu zwingen, ihr gegen uns in Petersburg zu sekundieren. Die künftige polnische Fraktion wird in der Richtung der äußeren Politik der Monarchie eine möglichst aufmerksame, energische Tätigkeit entwickeln müssen. Auf den ersten Plan ihrer Aufgaben muß die schwierige Pflicht treten, die uns feindlichen preußischen Einflüsse auf Österreich zu brechen. Ob sie dieser Aufgabe gewachsen sein wird?

Dies wird zunächst davon abhängen, wie viele Mitglieder sie zählen und wie sie zusammengesetzt sein wird.

Daran müssen wir am Wahltag denken. —

Aus Nr. 116 des Czas (Krakau)

vom 23. Mai 1907:

Der Sokoltag in Teschen.

Teschen, den 21. Mai 1907.

Am 2. Juni veranstaltete der Krakauer Sokolgau einen Sokolgaustag in Teschen. Es ist dies kein neuer Gedanke, denn eine derartige Versammlung sollte schon

vor einigen Jahren in Teschen stattfinden, aber damals stellten sich verschiedene Hindernisse politischer Natur in den Weg, welche dies nicht zuließen. Jetzt sind diese verschwunden, deshalb ist man auf den früheren Gedanken zurückgekommen und hat beschlossen, den Sokoltag am 2. Juni abzuhalten.

Nachdem dieser Beschluß gefaßt worden, fing man lebhaft an, sich mit den Vorbereitungen und mit allen den Dingen zu beschäftigen, welche den Tag verherrlichen und ihn zu einem glänzenden machen sollen. An den Vorbereitungen beteiligt sich der Gauvorstand selbst, nicht minder aber auch die örtlichen Faktoren, nämlich die schlesischen Gaue, namentlich aber der Teschener Gau. In ganz Schlesien gibt es derartiger Gaue zehn, in allernächster Zeit aber sollen noch einige neue entstehen. Und gerade der Sokoltag im Juni soll den Zweck haben, die Gründung neuer Vereine anzuregen.

Eine wie große Bedeutung für Schlesien die Sokolorganisationen haben, das beweist der Umstand, daß sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschen diese Organisationen fürchten. Die Sokolvereine in Schlesien unterscheiden sich von ähnlichen Organisationen in Galizien, während sie nämlich in Galizien vor allen Dingen nur die Intelligenz um sich gruppieren, rekrutieren sie sich in Schlesien meist aus Arbeitern und Handwerkern, ja es bilden sich sogar Sokolvereine auf dem Lande. Wie überall, so wirken sie auch hier vor allen Dingen in nationaler Richtung, daher die Furcht und die Angst unter den Sozialdemokraten, daß sie den Einfluß auf die breiten Bevölkerungsschichten einbüßen könnten. Von dort rührt auch deren Absicht her, besondere sozialdemokratische Turnvereine zu gründen.

Die schlesischen Sokolvereine bilden auch eine erfolgreiche Waffe in dem Kampfe mit der Germanisierung und Tschechisierung, denn obwohl sie keine politische Organisation bilden, so ziehen sie durch die Tatsache selbst, sich zu echt polnischen Vereinen zu organisieren, die Leute von den verschiedenen, bei uns so zahlreichen deutschen Turnvereinen oder den tschechischen Sokols ab und lehren die ungebildete Bevölkerung, sich mit eigenen Organisationen zu begnügen, welche neben der Gymnastik auch noch eine andere, anständige Zerstreuung bieten und dabei in stets rein nationaler Richtung wirken.

Der im Juni stattfindende Sokoltag wird außerdem nicht nur für das Sokoltum, sondern auch für ganz Schlesien von großer Bedeutung sein. Es werden Delegierte aus Galizien, Polen und Oberschlesien erscheinen. Eine derartige Zusammenkunft aus allen polnischen Landesteilen wird auf die hiesige Bevölkerung, namentlich auf die noch sehr deutsche Bevölkerung der Stadt Teschen nicht ohne Einfluß bleiben, umso mehr als die Versammlung sehr zahlreich zu sein verspricht. Bekanntlich haben die galizischen Sokols beschlossen, sich an dem allslawischen Sokoltag in Prag nicht zu beteiligen, dagegen den Sokoltag in Teschen recht zahlreich zu beschicken.

Der hiesige Sokolverein entwickelt deshalb eine recht rührige Tätigkeit, um den Landsleuten aus den anderen Landesteilen einen würdigen Empfang zu bereiten. Das Komitee, mit dem Vorsitzenden, Professor Galitsch an der Spitze, teilte sich in entsprechenden Kommissionen, besorgte Quartiere, einen entsprechenden Turnübungsplatz und einen Platz zur Aufstellung der Tribünen usw. Es ist nicht mehr viel Zeit, das Ende des Monats Mai rückt heran, die Vorbereitungsarbeiten schreiten deshalb schnell vorwärts.

Aus Nr. 245 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 29. Mai 1907:

Der Sokoltag.

Teschen, den 27. Mai.

Bekanntlich findet am Sonntag, den 2. Juni in Teschen ein Sokoltag des Krakauer Gaues statt. Dieser Sokoltag ist für uns Schlesier von ungeheurer Wichtigkeit. Zum ersten Male werden Vertreter der Sokolvereine nach Schlesien kommen, um die Zusammengehörigkeit und Solidarität aller ehemals polnischen Landesteile zu beweisen. Die bequeme geographische Lage Schlesiens wird das Erscheinen der Sokolturner aus dem preussischen Anteil und aus Oberschlesien, sowie aus dem Königreich erleichtern.

Aus dem österreichischen Anteil werden sich 30 galizische und 10 schlesische Vereine beteiligen. Während des Sokoltages wird gleichfalls das Fest der Fahnenweihe des Teschener Gaues stattfinden. Der Teschener Sokol hat sich die größte Mühe gegeben, um den Sokoltag zu einer großen Nationalfeier zu gestalten. Es ist eine große Agitation entfaltet worden, um zu dem Feste auch die Landbevölkerung, die Feuerwehren usw. heranzuziehen.

Selbstverständlich lassen alle diese Veranstaltungen „unsere Busenfreunde“ nicht ruhig schlafen. Die deutschen Turner haben für den 2. Juni gleichfalls ein Turnfest angesetzt, um den deutschen Charakter der Stadt zu wahren. In der Stadt werden Aufrufe verbreitet, um zu verhindern, daß sie von Eindringlingen beherrscht werde und die *Silesia*, das deutsche Lokalblatt, fordert zum Schutze vor den Reichen des zukünftigen polnischen Heeres auf, welches nach dem Aufstande zu dem Zwecke

gebildet werde, um Polen vom Meere zum Meere wiederherzustellen und sie vergießt bittere Tränen darüber, daß man zu diesen Veranstaltungen das „ruhige schlesische Volk“ mit hinzuziehen wolle.

Auch den maßgebenden Stellen ist der Sokoltag ein Dorn im Auge: nur mit Mühe wurde behördlicherseits die Erlaubnis zum Umzuge erteilt, auch hat die erzherzogliche Kammer die Hergabe des Turnplatzes verjagt. Die Stadt- und die Korpskommandantur haben ebenfalls, trotz des vorherigen feierlichen Versprechens, die Hergabe des vom Militär gepachteten Übungsplatzes verweigert.

Trotzdem verspricht, nach Beschaffung eines sehr entsprechenden Turnplatzes, der Sokoltag einen glänzenden Verlauf zu nehmen.

Es ist ebenfalls Pflicht unserer Landsleute aus Galizien, daß jeder, dem es nur möglich ist, am 2. Juni in Teschen erscheine. —

* * *

Zu den vorstehenden Ausführungen bemerkt der Krakauer *Czas* in seiner Nr. 121 vom 29. Mai d. J. folgendes:

„Die Nachricht von der Beteiligung der Großpolen und der Schlesier aus Preussisch-Schlesien an dem Sokoltage in Teschen bestätigt sich nicht. Es werden sich nur die Sokols des I. Gaues mit 42 Vereinen beteiligen. Ein Sonderzug für die Mitglieder der Sokolvereine geht am 2. Juni früh 4 1/2 ab, die Rückfahrt aus Teschen nach Krakau erfolgt um 9 1/2 abends. Die Rückfahrkarte kostet 5 Kronen.“ —

THE FIRST PART OF THE
HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK
FROM THE
FIRST SETTLEMENT
TO THE
PRESENT TIME
BY
JACOB LEVINSKY
OF THE
CITY OF NEW YORK

THE SECOND PART OF THE
HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK
FROM THE
FIRST SETTLEMENT
TO THE
PRESENT TIME
BY
JACOB LEVINSKY
OF THE
CITY OF NEW YORK

THE THIRD PART OF THE
HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK
FROM THE
FIRST SETTLEMENT
TO THE
PRESENT TIME
BY
JACOB LEVINSKY
OF THE
CITY OF NEW YORK

THE FOURTH PART OF THE
HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK
FROM THE
FIRST SETTLEMENT
TO THE
PRESENT TIME
BY
JACOB LEVINSKY
OF THE
CITY OF NEW YORK

THE FIFTH PART OF THE
HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK
FROM THE
FIRST SETTLEMENT
TO THE
PRESENT TIME
BY
JACOB LEVINSKY
OF THE
CITY OF NEW YORK

THE SIXTH PART OF THE
HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK
FROM THE
FIRST SETTLEMENT
TO THE
PRESENT TIME
BY
JACOB LEVINSKY
OF THE
CITY OF NEW YORK